spw

Heft 257
Ausgabe 4 - 2023 | 9,50 Euro

Zukunft des Sozialstaats

Klaus Dörre
Der ökologische Sozialstaat – ein linkes Zukunftsprojekt

Frank Nullmeier
Brauchen wir eine Ökosozialversicherung?

Michaela Evans und Lena Marie Wirth
Transformation von Arbeit: Soziale Dienstleistungen als vergessener Aktivposten im Transformationsdiskurs

Bernard Braun
Rezension: Die ökonomische Vernunft der Solidarität

Stefan Stache
Behinderung in beruflichen Übergängen – von der Zuweisung zur Selbstbestimmung

Regina Viotto
Politik an der Kette – europäische Fiskalregeln und deutsche Schuldenbremse blockieren sozial-ökologische Transformation

© Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum

Claudia Walther
Kurzum 4

MEINUNG

Gerhard Wegner
Solidarität mit Israel – Gemeinsam gegen Antisemitismus 6

SCHWERPUNKT: ZUKUNFT DES SOZIALSTAATS

Kai Burmeister, Stefan Stache und Felix Welti
Einleitung zum Heftschwerpunkt 11

Klaus Dörre
Der ökologische Sozialstaat – ein linkes Zukunftsprojekt 15

Frank Nullmeier
Brauchen wir eine Ökosozialversicherung? 23

Michaela Evans und Lena Marie Wirth
Transformation von Arbeit: Soziale Dienstleistungen als vergessener Aktivposten im Transformationsdiskurs 28

Bernard Braun
Rezension: Die ökonomische Vernunft der Solidarität 35

Stefan Stache
Behinderung in beruflichen Übergängen – von der Zuweisung zur Selbstbestimmung 38

Regina Viotto
Politik an der Kette – europäische Fiskalregeln und deutsche Schuldenbremse blockieren sozial-ökologische Transformation 45

ANALYSE & STRATEGIE

Arne Heise
(Über-)Reichtum als gesellschaftliches Problem 53

Katharina Wiese
Für einen ökofeministischen European Green Deal 57

Paul Oehlke
Rezension: Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt. Aktualität kollektiver Widerstandserfahrungen 60

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ANALYSE & STRATEGIE

Herbert Grimberg und Beenhard Oldigs
80 Jahre Detlev Albers
Intellektueller – Praktiker – Mahner – Ratgeber 63

Ernst Dieter Rossmann
Einer wie Bernie Sanders
Ein linkes Buch über das „Anpacken“ und Verändern 68

Verlagsmitteilung 75

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber*innen:
Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Matthias Miersch (Laatzen), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Alexandra Scheele (Berlin), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrücke (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Kai Burmeister, Stefan Stache und Felix Welti

Redaktion:
Ursula Bitzegeio, Kai Burmeister, Jan Dieren, Cordula Drautz , Ole Erdmann , Sebastian Jobelius, Katharina Oerder, Anna-Katharina Meßmer, Lasse Rebbin, Max Reinhardt, Michael Reschke, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Stefan Stache

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Sascha Howind • Tel.: +49 511-122 795 41 • redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44 309 Dortmund • Tel.: 0231 -2 02 00 11 • Fax 0231 -2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

Geschäftsführung:
Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468• BIC: PBNKDEFF • USt.-ID-Nr.: DE 122946515.
Die spw erscheint mit vier Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-), Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2023. Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: © Ilpa grafischer Betrieb GmbH

Satz und Druck: Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, Auflage: 960 Stück, Dezember 2023

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kurzum von Claudia Walther

Claudia Walther ist Mitherausgeberin der spw. Sie ist Co-Vorsitzende der Kölner SPD, koordiniert den Europa-Arbeitskreis der SPD Mittelrhein, hat 2019 für das Europäische Parlament kandidiert und ist beruflich bei der Bertelsmann Stiftung tätig zu den Themen Migration, Integration und Vielfalt in Kommunen.

Foto: © privat

Die derzeitigen Umfragewerte sind äußerst besorgniserregend. Die SPD liegt bei 14-15 Prozent, die AfD inzwischen zwischen 20 und 25 Prozent. In ostdeutschen Bundesländern liegen die Umfragewerte der AfD noch deutlich höher, beispielsweise in Thüringen bei ca. 34 Prozent. Jede:r dritte Wähler:in wählt dort also eine als rechtsextrem eingestufte Partei. Die AfD zieht ihre Positionierung vor allem aus einer Anti-Politik: Anti-Migration und -Vielfalt, Anti-Europa und Anti-Demokratie. Viele Kommentator:innen sagen, dass das Migrations-Thema entscheidend sein wird für die nächsten Wahlen. Bieten denn nun die Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages, der am 8.-10. Dezember in Berlin stattfand, eine gute und lösungsorientierte Grundlage für das Migrationsthema?

Wenn man sich die Gemengelage in Deutschland aus einiger Distanz anschaut, sieht man folgendes: Ein riesiges Personalmangel- und Fachkräfte-Problem wird immer deutlicher, droht die gesamte Wirtschaft zu lähmen und wirkt sich auf den Alltag der Einwohner:innen aus. Egal, ob in städtischen Ballungsgebieten oder im ländlichen Raum: Personal fehlt in Kitas, in Behörden, in Restaurants, bei Handwerkern. Allein in Kitas fehlen rund 380.000 Kita-Kräfte.

Gleichzeitig werden die Stimmen lauter, die über „zu viele" Geflüchtete klagen. Denn zusätzlich zu über 1 Million Schutzsuchenden aus der Ukraine sind bereits rund 300.000 Asylanträge (laut BAMF) eingegangen. Leider sind beide Themen offenbar nicht kompatibel, denn es gibt ein erhebliches „mismatch" in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Geflüchtete sind in erster Linie geflüchtet, haben oft Traumata, brauchen eine Zeitlang, um die deutsche Sprache zu lernen etc. Anerkennungsverfahren brauchen lange, bürokratische Hürden erschweren den Zugang zum Arbeitsmarkt. Und dennoch wollen die meisten Geflüchteten arbeiten, wollen Selbstvertrauen, Respekt und Unabhängigkeit durch Beschäftigung.

Beide Phänomene verstärken sich gegenseitig. Die zunehmende Ablehnung von Geflüchteten, die vor allem durch die AfD, aber auch durch Bild-Zeitung & Co geschürt wird, heizt eine rechtsgerichtete Stimmung an, führt zu Rassismus und rechten Anfeindungen. Eine der Konsequenzen ist die Abschreckung potenzieller Fachkräfte aus dem Ausland.

Durch den langjährigen Investitionsstau in unsere Infrastruktur, der durch die aktuelle Haushaltskrise infolge des Karlsruher Urteils droht verstärkt zu werden, entstehen gravierende Engpässe in Behörden, beim Wohnen und Unterbringung, bei Kitas und Schulen. Unsere aktuelle Infrastruktur reicht derzeit weder für Fachkräfte, noch für Flüchtlinge aus. Es verzögert sich durch diese Engpässe die Integration, vor allem von Flüchtlingen, vor allem in den Arbeitsmarkt. Dies wiederum verstärkt die mangelnde Akzeptanz von Teilen der Bevölkerung. Wir haben es mit einem Teufelskreis zu tun.

Die Regierung antwortet mit einer doppelten Ansage: zum einen soll die Integration „integrationsbereiter" Flüchtlinge verbessert und beschleunigt werden. Hierzu setzt sie auf den „Job-Turbo", auf die „Chancenkarte", auf das neue „Einbürgerungsrecht". Zum anderen liest man (sich beide Augen reibend) im Spiegel, dass der Kanzler „Im großen Maße abschieben" will. Diese empfundene Widersprüchlichkeit zwischen den „guten" und sogenannten „irregulären" Geflüchteten bereitet sogar den Mitarbeitenden der Ausländerbehörden nicht selten Kopfzerbrechen. Zudem steht der drohende Abbau der sozialen Infrastruktur, der neben Kitas und Offenen Ganztagsschulen auch die Flüchtlingsberatung betrifft, einer schnellen Integration im Wege. Von den Kapazitätsengpäs-

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sen in Ausländerbehörden ganz zu schweigen, die mit monatelangen Wartezeiten einhergehen.

Zurück zur Frage, ob der Bundesparteitag dieser Gemengelage gerecht werden konnte. Tatsächlich hat der Bundesparteitag mit seinem beschlossenen Antrag „Deutschland ist ein Einwanderungsland – wir gestalten Einwanderung“ fast die Quadratur des Kreises geschafft. Er hat deutlich gemacht, dass die SPD weiterhin „zum Grundprinzip der Humanität“ steht und gleichzeitig gefordert, dass die Kommunen unterstützt werden. Integration, nicht nur in den Arbeitsmarkt, soll durch den Abbau von Hürden beschleunigt und verbessert werden. Bei Geflüchteten will die SPD „Kettenduldung beenden und Spurwechsel ermöglichen“. „Spurwechsel“ bedeutet, dass jemand mit zugesicherter Beschäftigungsmöglichkeit (Arbeitsvertragsangebot) von der Asyl-„Spur“ in die Arbeits-„Spur“ wechseln kann – anstatt in das Herkunftsland zurückzukehren, um ein Arbeitsvisum zu beantragen. Gleichzeitig sollen Rückführungen und Asylprüfungen an den Außengrenzen an die Rechtsstaatlichkeit gebunden werden.

So weit, so gut, die Beschlusslage kann tatsächlich als gelungenes Kunststück bezeichnet werden, auch wenn es seitens der Jusos noch den ein oder anderen weitergehenden Antrag gab. Soweit die Theorie.

Kurzum:

In der Praxis erfordert dieser Beschluss nun die Umsetzung, das heißt vor allem Mut der Fraktion und der Sozialdemokrat:innen in der Regierung! Das bedeutet: Arbeitsmarktintegration, auch von Flüchtlingen, muss beschleunigt werden, Rechtsstaatlichkeit muss bei Rückführungen durchgesetzt werden. Vor allem brauchen die Kommunen mehr finanzielle Unterstützung! In die Kapazitäten von Kitas, Schulen, Wohnungsmarkt muss investiert werden – das erfordert die Reformierung der Schuldenbremse. Bürokratie muss abgebaut und Behördenhandeln modernisiert sowie digitalisiert werden. Und schließlich: Eine mutige Kommunikation ist notwendig. Eine Kommunikation, die zeigt, dass mit Zuwanderung auch immer auch Chancen verbunden sind – wenn es gelingt, die Herausforderungen lösungsorientiert in den Griff zu bekommen. Ohne diese Chancen werden alle ein Problem bekommen: spätestens, wenn bei eigenem Renteneintritt die Pflegekräfte fehlen. ■

Soziale Demokratie als Überlebenspolitik
Wolfgang Thierse und Thomas Meyer im Gespräch über die politischen Zeitläufe
Hg. von Klaus-Jürgen Scherer und Wolfgang Schroeder
198 S. | Pb. | € 20,00,
ISBN 978-3-7410-0284-7

In den letzten Jahrzehnten ist die Programmatik der SPD wesentlich durch Wolfgang Thierse und Thomas Meyer geprägt worden. Aus Anlass ihres 80. Geburtstags blicken sie zurück und bieten ungewöhnliche Einsichten in ihre Biografien und wie sie Politik im Wandel erlebt und mitgestaltet haben. Sie sprechen über ihre gemeinsame Herkunft in der DDR, ihre Sozialisation in Elternhaus, Schule und Ausbildung. Ihre Wege in die Sozialdemokratie und ihre Rolle als Politiker und Denker der sozialen Demokratie. Der eine flüchtete aus der DDR; der andere blieb bis zum Untergang und lebte im Schatten der Macht.
Unterschiedliche Leben in Ost und West laden zum Nachdenken über gesellschaftliche Grundfragen ein.

www.schueren-verlag.de SCHÜREN

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Solidarität mit Israel – Gemeinsam gegen Antisemitismus

von Gerhard Wegner

Prof. Dr. Gerhard Wegner ist ist Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens und war zuvor Gründungsdirektor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Foto: © privat

Warum die Situation in Israel / Palästina schon immer eine besondere Herausforderung für die deutsche Politik darstellte muss nicht eigens begründet werden. Seit der Shoa existiert eine unbestrittene besondere Beziehung, die eine grundsätzliche Solidarität mit Israel begründet und deswegen ein Engagement Deutschlands auf verschiedenen Ebenen legitimiert. Der 7. Oktober 2023 stellt all dies auf eine Bewährungsprobe. Wie stellt sich die politische Situation aktuell dar? Welche Handlungsanforderungen und -optionen ergeben sich? Darum soll es im Folgenden gehen. Ein Fazit sei vorweggenommen: Die Solidarität mit Israel ist sozusagen eine „von oben". Ein breites Solidaritätsgefühl in der Bevölkerung, wie mit der Ukraine, existiert nicht.

Zeitenwende 7. Oktober 2023

Wenn schon der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine seit Februar 2022 eine Zeitenwende herbeigeführt hat, so nun noch einmal umso deutlicher der 7. Oktober 2023. Denn mit dem alles an Brutalität überbietenden Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israelis und Israelinnen ist eine Form von Gewalt wieder begründet worden, von der mancher glaubte, sie wäre endgültig gebannt: Die des Pogroms an Jüdinnen und Juden. Wie auch schon früher richtet sich dieser Gewaltakt nicht auf das Erreichen begrenzter Ziele, sondern auf die Tötung von Jüdinnen und Juden überhaupt. Nicht darum, eine irgendwie geartete Verständigung über ein besseres friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern in Palästina zu erreichen, ging es – sondern um das Abschlachten des Gegners und damit letztlich um eine Art neuer Shoa. „From the River to the Sea" bedeutet nichts anderes als die Vernichtung Israels und seiner Menschen. Im Vergleich dazu ist Putins Angriffsziel geradezu zurückhaltend: ihm geht es „nur" um die Annexion der Ukraine, nicht um einen Genozid. Die Verwerflichkeit dieses Angriffs Russlands ist damit nicht geringer. Aber der Kontext des Angriffs der Hamas reicht weiter. Bedroht sind deswegen auch nicht nur Israelinnen und Israelis, sondern alle Juden und Jüdinnen, ganz gleich wo sie leben. Ihr Leben ist mehr denn je in Gefahr.

Bedrohung jüdischen Lebens – überall

Auch wenn diese Einschätzung der Radikalität der aktuellen Bedrohung jüdischen Lebens nicht von allen gleichermaßen geteilt werden würde hat der Terrorangriff der Hamas in Deutschland schnell zu einer breiten Solidarisierungswelle geführt. Dabei ist man sich auf jeden Fall in der Verurteilung der Hamas einig. Niemand, der ernst genommen werden will, stellt sich auf deren Seite – abgesehen von islamistischen Gruppen, die sich allerdings in den Straßen lautstark bemerkbar machen und – spätestens nach dem Verbot der Hamas – Strafverfolgungen auf sich ziehen können. Politik und gesellschaftliche Eliten erklärten sich als geschockt und als an der Seite Israels stehend. Dem Land wurde unisono das Recht zur Selbstverteidigung – ja bisweilen die Pflicht dazu, um die eigenen Bürger und Bürgerinnen zu schützen – zugesprochen. Israels Sicherheit sei deutsche Staatsräson, wie es seinerzeit Angela Merkel in der Knesset erklärt hatte. Die besondere Verantwortung aufgrund der historischen Schuld Deutschlands kommt immer wieder zur Sprache.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Dabei ist vielen Protagonisten der Solidarität bewusst, dass es nicht nur um Israel geht, sondern um alle Jüdinnen und Juden in der Welt. Für sie alle war dieser kleine Staat im Nahen Osten der ultimative Fluchtpunkt ihrer Sicherheit. Es gab das letztlich beruhigende Gefühl, in einer Situation der Gefahr immer noch nach Israel fliehen und dort in Sicherheit leben zu können. Jeder Jude und jede Jüdin hat das Recht dazu. In eben dieser Hinsicht ist die Gründung des Staates Israel die Konsequenz aus der Erfahrung der Shoa. Nie wieder soll es zu einer Situation kommen, in der sich Jüdinnen und Juden nicht gegen ihre Vernichtung wehren könnten. Damit im Zusammenhang steht auch die hoch professionelle Aufstellung der israelischen Streitkräfte. Genau in dieser Hinsicht stellte nun allerdings der 7. Oktober eine schockierende Desillusionierung dar. Das größte Morden an Jüdinnen und Juden seit der Shoa fand in eben diesem für sicher geglaubten Gebiet statt. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, antwortete dementsprechend auf die Frage, ob sich Jüdinnen und Juden in Deutschland mit dem Gedanken trügen, auszuwandern, konsequent nüchtern: „Wo sollen wir denn hin?“ Nichts beschreibt besser ihr gegenwärtiges Lebensgefühl.

Denn gemeinsam mit dem Pogrom der Hamas und dem Einsetzen israelischer Verteidigungsmaßnahmen wurde in Deutschland ein Ausbruch antisemitischer Hetze von einem Ausmaß losgetreten, den niemand bis dato für möglich gehalten hatte. Von Beschimpfungen im Alltag, über Schmähungen und Drohungen, Beleidigungen in der Schule oder an der Universität bis hin zur massiven Verbreitung antisemitischer Parolen in den sozialen Netzwerken oder auch ganz offen auf Demonstrationen islamistischer und palästinensischer Couleur erscheint nun fast alles möglich zu sein. Zum Verlust der Sicherheitsvorstellung in Bezug auf Israel tritt mithin eine wachsende reale Unsicherheit in Deutschland. Kann man seine Kinder noch allein zur Schule oder zum Kindergarten gehen lassen? Soll man sich noch offen als Jüdin oder Jude zu erkennen geben? Wie begegnet man realen Bedrohungen im Alltag? Und vor allem: Kann ich meinem Nachbarn noch trauen – auch dann wenn an meine Haustür der Davidstern geschmiert wurde? Wieweit trägt die Solidarität im Alltäglichen?

Nichtjüdischen Deutschen sind die hochgefahrenen Sicherheitsvorkehrungen für Synagogen und andere Treffpunkte von Jüdinnen und Juden oft peinlich: Es sei eine Schande, dass es so etwas brauche! Man schäme sich dafür. Die Rhetorik trifft. Aber es ändert nichts. Und auf der anderen Seite wird Solidarität vermisst. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurden Rathäuser in den Farben der ukrainischen Flagge angestrahlt, um die Verbundenheit zu zeigen. Nun gibt es sicherlich hin und wieder mal eine israelische Flagge und natürlich starke Worte der Politikerinnen und Politiker und anderer Mitglieder der gesellschaftlichen Elite. Das ist auch gut so. Insgesamt mangelt es aber deutlich an Zeichen der Empathie. Es gibt in Deutschland im Blick auf Jüdinnen und Juden und auf Israel ein „Empathiedefizit“.

Mangelndes Mitgefühl

Dass dem so ist, lässt sich klar an den Ergebnissen von Umfragen ablesen. Am prägnantesten äußert sich dazu Allensbach in der FAZ vom 23. November 2023. Zwar seien 76 Prozent der Deutschen über die Situation im Nahen Osten besorgt. Aber nur 35 Prozent billigen Israel das Recht zu, hart gegen die Hamas vorzugehen. 38 Prozent hingehen erwarten von Israel ein moderates Vorgehen, um die Zahl palästinensischer Opfer gering zu halten, wobei es im Osten sogar 45 Prozent sind. In der öffentlichen Diskussion sieht das ganz anders aus. Allerdings, darauf weist die FAZ hin, unterstützten 2006 Israels Einmarsch in den Libanon gegen die Hisbollah nur 21 Prozent der Deutschen, während 53 Prozent dagegen waren. Auch ist generell die Haltung gegenüber Israel relativ freundlicher geworden. Nur noch 38 Prozent - statt 48 Prozent im Jahre 2006 - behaupten, Israel halte zu Unrecht Gebiete besetzt. 44 Prozent werfen allerdings Israel vor, es tue zu wenig, um die Lage der Palästinenserinnen und Palästinenser zu verbessern.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Aber was das Generelle anbetrifft, so vertreten nur 34 Prozent der Deutschen (21 Prozent der Ostdeutschen) die Überzeugung, ihr Land hätte eine besondere Verantwortung für Israel. Die Mehrheit teilt folglich nicht die Meinung der Regierung und der Eliten. Dass Deutschlands Platz im aktuellen Konflikt mithin an der Seite Israels sei, wie es der Bundeskanzler vertritt, sehen nur 31 Prozent der Deutschen so, während 43 Prozent der Meinung sind, man solle sich besser raushalten (18 Prozent zu 58 Prozent der Ostdeutschen). Militärische Unterstützung gar wird abgelehnt (nur 9 Prozent dafür). Immerhin sehen 45 Prozent der Deutschen ein Problem im wachsenden Antisemitismus seit dem 7. Oktober, so dass knapp die Hälfte der Bevölkerung den Antisemitismus für ein großes Problem hält (im Osten jeder Dritte). 44 Prozent sind zudem der Meinung, dass Pro-Hamas-Demonstrationen verboten werden sollten – aber 41 Prozent halten das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit für gewichtiger. Überflüssig zu erwähnen, dass es stets „höhere soziale Schichten" sind, die klarer pro Israel und gegen Antisemitismus optieren.

Nun weisen diese Zahlen auch auf ein nicht geringes Solidaritätspotenzial hin, was sich möglicherweise sogar noch stärker als bisher mobilisieren ließe. Eine wirkliche Massenbewegung zugunsten der Jüdinnen und Juden ist jedoch nicht zu erkennen und sie zeigt sich ja auch nicht. Die Gründe hierfür liegen aus meiner Sicht, die ich allerdings nicht durch Umfrageergebnisse belegen kann, darin, dass auch unter denen, die sich in solchen Umfragen als Israel – solidarisch und damit sozusagen der „offiziellen Linie" folgend, äußern, häufig eine gewisse Relativierung vertreten wird. Zwar stünde man an der Seite Israels und natürlich würde man das Pogrom der Hamas verurteilen, aber man müsse auch sehen, dass Israel durch seine Politik gegenüber den Palästinensern auch eine Mitschuld daran trüge. Das wird mal deutlicher, mal weniger deutlich artikuliert und trägt zuweilen Züge einer durchaus plausiblen Kritik an Aspekten der Politik Israels – gleitet aber nicht selten auch in israelbezogenen Antisemitismus ab, wenn nicht mehr deutlich zwischen Täter (Hamas) und Opfer (israelische Zivilbevölkerung) unterschieden wird. Auf jeden Fall aber führt eine solche „Ja – aber" Haltung dazu, sich selbst aus dem Konflikt herauszunehmen, sich zurückzulehnen und abzuwarten, wie sich alles entwickelt. Aktive Solidarität entsteht daraus nicht, selbst wenn man vehement den Terror der Hamas verurteilt. Was dann als allein sinnvoll erscheint sind Vermittlungsbemühungen Deutschlands, aber ausdrücklich keine Parteilichkeit.

Israelbezogener Antisemitismus

Es kommt noch eine weitere, empirisch gesicherte, Erkenntnis hinzu: die Tatsache, dass fast 20 Prozent der Deutschen es fertigbringen, die Politik Israels gegenüber den Palästinensern mit der Politik der Faschisten gegenüber den Juden gleichzusetzen. Genauer: Der Aussage „Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg" stimmten 2022 manifest 19,2 Prozent der Deutschen zu (2020: 30,3%) – im Osten 13,5 (2020: 34,4%) und im Westen 20,8 Prozent (2020: 29,3%). (Quelle: Leipziger Autoritarismus Studie 2022, S. 68). Die Behauptung, dass durch die israelische Politik Juden immer unsympathischer werden teilen 2022 12,8 Prozent der Deutschen. Und 10 Prozent teilen die These: „Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten." Dem können auch migrantische Gruppen zustimmen, unter denen Muslime israelbezogenen Antisemitismus noch in weit größerem Ausmaß teilen. Das Feld der Sympathisanten solcher Aussagen, also derjenigen, die ihnen nicht widersprechen, wird weit größer sein.

In der „Mitte-Studie" 2022 / 23 der Friedrich – Ebert- Stiftung (Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros (Hg): Die distanzierte Mitte. Bonn 2023) wird israelbezogener Antisemitismus noch schärfer mit dem Item erfasst: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat." Dem stimmen „voll und ganz" und „eher" 15,4 Prozent zu, während 24,2 Prozent mit „teils/ teils" reagieren. 60,4 Prozent lehnen das Votum ab (S. 160ff). Die Studie

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

macht deutlich, dass „Judenfeindschaft eine eigenständige Dimension der Menschenfeindlichkeit“ sei und Vorurteile über den „typischen Juden“ (Rachsucht, Geldgier und Machtstreben) „reflexhaft“ mit der israelischen Politik in Verbindung gebracht werden (S. 157). Insgesamt hätte der Antisemitismus in 2022/23 mit einer manifesten Zustimmung von 5,7 Prozent und einem Graubereich von 15,3 Prozent (= 21%) (bei einer Ablehnung von 79 Prozent!) einen Höchstwert seit 2014 erreicht. Die Zahlen lagen bis 2020/21 bei um die 12 Prozent bzw. 88 Prozent. Deutlich ist zu erkennen, dass der nach dem 7. Oktober geradezu explodierende Antisemitismus nicht nur aus migrantischen und muslimischen Gruppen resultiert, wie politisch interessiert schnell behauptet wurde, sondern wesentlich breiter in der deutschen Bevölkerung insgesamt verankert ist. Allerdings bleibt die Ablehnung von Antisemitismus in der Bevölkerung hoch (4/5). Aber im Fall Israels liegt sie deutlich niedriger (3/5). Der israelbezogene Antisemitismus öffnet offensichtlich größere Spielräume des Menschenfeindlichen.

Anders als im Fall klassischer antijüdische Stereotypen oder Formen sekundärer Schuldabwehr, die ohne Probleme als Antisemitismus bezeichnet werden, ist die Legitimität des Begriffs „israelbezogener Antisemitismus“ allerdings in manchen Kreisen heftig umstritten. So wird Israel in postkolonialen Diskursen als typischer kolonialer Siedlerstaat gesehen, der – wie einst andere Kolonien und insbesondere Südafrika – ein Apartheidsregime gegenüber der autochthonen Bevölkerung entwickelt hätte. Insbesondere in Ländern des globalen Südens ist diese Sicht nicht selten herrschende Meinung und prägt die Diskurse – nicht zuletzt in den Debatten der UNO - mit Rückwirkungen auf Deutschland. Der palästinensische Kampf bekommt dann eine antiimperialistische Gloriole. Dass allerdings die mörderischen Angriffe der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung und ihre Nutzung des eigenen Volkes als Schutzschild gegenüber israelischen Angriffen als antikolonialer Befreiungskampf verstanden wird, erscheint mehr als absurd. Und ebenso kann nicht bestritten werden, dass Israel das Recht – und sogar die Pflicht – hat, sich gegen die Aggression der Hamas zu verteidigen.

Die Kritik an Maßnahmen der israelischen Regierung gegenüber Palästinensern z. B. im Westjordanland ist legitim und kann sogar notwendig sein. Sie findet auch in Israel selbst Resonanz. Sobald aber mit ihr die Infragestellung des Existenzrechts Israels und damit die auch nur angedeutete Zustimmung zu einer zweiten Shoa einhergeht („From the River to the Sea!“) kann es dafür keine Toleranz mehr geben. Dann handelt es sich um schlichten Antisemitismus übelster Art. Anfällig dafür sind leider auch internationale kirchliche Organisationen, wie z. B. der Weltkirchenrat.

Antisemitismus und Antimuslimismus

Wie geht es politisch weiter mit der Solidarität mit Israel und dem Kampf gegen Antisemitismus? Es wäre naiv, diese Fragen ohne die alles überwölbende Bedrohung durch den Vormarsch der Rechtsradikalen diskutieren zu wollen. Ihnen gelingt es zurzeit offensichtlich alle möglichen Konflikte zu instrumentalisieren und durch Formen der Täter – Opfer – Umkehr für sich auszunutzen. Entsprechend geschieht dies auch nach dem 7. Oktober, der zum einen dazu genutzt wird sich einmal mehr als von allen Anwandlungen des Antisemitismus frei zu erklären und sich als größter Freund Israels zu gerieren. Zum anderen aber wird der Angriff der Hamas dazu benutzt zu suggerieren, dass eigentlich fast alle Migranten und Muslime Sympathisanten des Terrors seien und deswegen nicht würdig, in Deutschland leben zu dürfen. Die bekundete Ablehnung des Judenhasses durch die Rechten dient so nur dazu, den Hass auf Muslime zu befördern. Unter den Anhängern der AfD finden sich – interessanterweise gemeinsam mit der FDP - die meisten Vertreter antisemitischer Überzeugungen. Am wenigsten Zustimmung gibt es bei den Grünen (Mitte-Studie S. 74 f).

Tatsächlich ist die Zahl antimuslimischer Vorfälle seit dem 7. Oktober angestiegen und die Angst vor größeren Anschlägen aus dem rechtsradikalen Milieu wächst. Diese Entwicklung darf bei aller Klarheit, was die Solidarität

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

mit Israel anbetrifft, nicht aus dem Blick verloren werden. Dies wird oft gerade auch von Jüdinnen und Juden betont. Muslimfeindlichkeit hat eine tiefsitzende Tradition in Deutschland und muss gerade jetzt bekämpft werden. Es ist zu erinnern an den hervorragenden „Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit" der Bundesregierung: „Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz" aus 2023, dessen Empfehlungen der Umsetzung harren. Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit treten nicht selten gemeinsam auf.

Was tun?

Wie aufgezeigt ist die allgemeine Situation von einer zwar „offiziell" solidarischen, aber im Grunde eher neutralen bis indifferenten Haltung der Deutschen geprägt. Die Resonanz auf die mörderischen Ereignisse vom 7. Oktober ist oft, wenn überhaupt, sozusagen eine des Kopfes – aber viel weniger der Emotionen oder des Herzens. Das wird von Jüdinnen und Juden auch bitter vermerkt. In diese Haltung fließen wieder erwachte klassisch „rechte" antisemitische und „linke" israelkritische Stereotypen ein – aber insgesamt wird man keinesfalls von einem durchgreifenden Antisemitismus sprechen können. Umfassende Solidarität sehe allerdings anders aus. Distanz ist wohl das passende Wort.

Gerade deswegen gilt politisch:

Eindeutige Solidarität mit Israel. Im Vordergrund muss in der gegenwärtigen Situation die klare und durch nichts relativierte Solidarität mit Israel stehen. Es braucht weit mehr Zeichen der Solidarität im kulturellen, sozialen und politischen Bereich.

Nachhaltigere Aktivitäten gegen Antisemitismus. Verschärft werden müssen polizeiliche und juristische Mittel der Repression aller Formen des Antisemitismus. Ihr Auftreten muss sofort geahndet werden können. In der Zivilgesellschaft muss Mut zur Zivilcourage vermittelt werden. Es braucht in konkreten Fällen sofortige Intervention. Und schließlich müssen alle Formen der Prävention, zentral im Bildungsbereich (Kindergarten, Schule, Ausbildung, Universität und Erwachsenenbildung) ausgebaut werden. Dabei gilt es auf jene Gruppen zu achten, die als besonders anfällig gelten können.

Gegen Antimuslimismus

Zum Kampf gegen Antimuslimismus liegen viele Empfehlungen vor. Entsprechende Maßnahmen dürfen jetzt nicht aus populistischen Gründen zurückgefahren werden. Auch für Muslime und Muslima braucht es Sicherheitsgarantien. Das beinhaltet allerdings die klare Forderung an sie, sich eindeutig vom terroristischen Islamismus zu distanzieren.

Gegen rechts

Letztlich sind all diese Vorhaben und Haltungen durch den Kampf gegen den wachsenden Rechtsradikalismus umrahmt. Sein Vordringen bedroht die freie Gesellschaftsordnung, ohne die es weder für Jüdinnen und Juden noch für Muslime noch für überhaupt jemanden Sicherheit geben kann. Auch, wenn von dieser Seite momentan dauernd die größte Solidarität mit Israel proklamiert wird: darauf kann sich niemand auch nur ein kleines Stück weit verlassen! ■

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zukunft des Sozialstaats

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister, Stefan Stache und Felix Welti[1]

Wie schwierig ein Regieren mit entgegengesetzten fiskalpolitischen und ökonomischen Ordnungsvorstellungen ist, zeigt der Umgang der Bundesregierung mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt. Dieser gefährdet dringend benötigte öffentliche Investitionen. So wichtig die Distanzierung von der Schuldenbremse und das Bekenntnis zum Sozialstaat durch den SPD-Bundesparteitag waren, so schwer wirkt die 2009 als Verfassungsänderung verankerte wirtschaftspolitische Fehlentscheidung fort. Strukturelle Fragen der Finanzierung öffentlicher Aufgaben bleiben unbeantwortet.

In den Debatten des Bundesparteitages und der Rede von Olaf Scholz klang immerhin deutlich an, dass der Sozialstaat auch eine ökonomisch produktive Rolle einnimmt, die nicht allein durch Transfers die private Nachfrage stützt, sondern wertschöpfend und transformativ wirkt. In spw wird diese Wertschöpfung im Diskurs über soziales und nachhaltiges Wachstum diskutiert. Gleichwohl besitzen die Sektoren der sozialen Dienstleistungen in der Regierungspolitik eine im Vergleich zur ökologischen Modernisierung der Industrie und öffentlicher Infrastrukturen nachgeordnete Bedeutung oder werden als nachgelagerte Bereiche betrachtet, die von der Wertschöpfung der exportgestützten Industrie und öffentlicher Umverteilung lediglich profitieren. Neben den jahrzehntelang vernachlässigten Investitionen in personenbezogene soziale Dienste, die heute unter Personalmangel und Arbeitsdruck leiden, wird die Bedeutung des Sozialstaates für die ökologische

1 Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg. Stefan Stache ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Sozial- und Gesundheitsrecht, Recht der Rehabilitation und Behinderung der Universität Kassel und Mitglied der spw-Redaktion. Prof. Dr. Felix Welti ist Hochschullehrer am Fachbereich Humanwissenschaften der Universität Kassel und Herausgeber der spw.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Transformation noch vielfach unterschätzt. Zum einen können soziale und gesellschaftliche Infrastrukturen bis hin zu öffentlichen Unternehmen den Arbeitsmarkt demokratischer gestalten und Beschäftigungsangebote bereitstellen. Zum anderen können sie zu einem sozial-ökologischen Wachstum beitragen. Schließlich kann der Sozialstaat Risiken durch den Strukturwandel der Beschäftigung, die Kosten des Klimawandels u. a. durch Überflutungen oder die Kosten der Transformation hin zu erneuerbaren Energien abfedern. Hierdurch können Verunsicherungen in Milieus vermindert werden, die sich eher durch die Transformation bedroht sehen und Menschen in anderen Milieus für diese mobilisiert werden.

Daher reicht die Strategie des solidarischen und ökologischen Sozialstaates weit über seine Finanzierung hinaus. Sie betrifft Systemfragen der sozialen Sicherung, des Gesundheitswesens, der Organisation sozialer Dienste: Bedarf es einer weiteren ökologischen Säule in der sozialen Sicherung und wie kann sie ausgestaltet sein? Primär wird es zunächst um durch Umbau und Krise induzierte klassische soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit gehen. Stärker werden dann auch genuine Risiken der ökologischen Krise wie Elementarschäden und die Notwendigkeit von Stadt- und Landschaftsumbau in den Blick rücken. Schließlich ist zu fragen, wie auch die Mechanismen des sozialen und ökologischen Transfers einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Produktionsweise gerechter werden können. Diese Diskussion ist immer wieder, teils noch unter anderen Vorzeichen („Maschinenbeitrag“) geführt worden.

Die Beiträge des Heftschwerpunkts

Was ist links? Klaus Dörre wirft in seinem Beitrag einen nüchternen Blick auf die sich gegenwärtig nicht nur in der Spannung zwischen fantasieloser Anpassung und visionären Utopien changierende linke Politik und deren Möglichkeiten, liefert nicht zuletzt auf Grundlage der Prinzipien eines ökologischen Sozialstaats neue Antworten auf diese noch nie einfache Frage. spw-Herausgeber Klaus Dörre zeigt sich als Impulsgeber einer ökologisch-sozialen Transformation, die aus den konkreten Erfahrungen in den Betrieben und sozialen Kämpfen zu entwickeln ist.

Frank Nullmeier befasst sich mit der Notwendigkeit, Klima- und Sozialpolitik zusammen zu denken, und stellt das Konzept einer Ökosozialversicherung vor, um die sozialen Folgen umweltbedingter Schäden und Risiken, wie beispielsweise nach der verheerenden Flut im Ahrtal, künftig besser abzusichern. Frank Nullmeier zeigt, wie aus traditionsreichen Organisationen dringend benötigte Formen des gesellschaftlichen Wandels entwickelt werden können.

Michaela Evans und Lena Maria Wirth gehen in ihrem Beitrag der Frage auf den Grund, ob sich soziale Dienstleistungen im Rahmen einer Strukturerweiterung zur proaktiven Ermöglichungsbedingung für eine neue Verantwortungsgemeinschaft im Zusammenspiel von Wirtschaft, Sozialstaat und Individuum entwickeln. Michaela Evans und Lena Maria Wirth zeigen, wie der Sozialstaat als Treiber einer solidarischen Dienstleistungsökonomie agieren kann.

Bernard Braun beschäftigt sich auf Grundlage des Buches „Ökonomische Vernunft der Solidarität“ von Hartmut Reiners mit Strategien und Reformen sozialstaatlicher Strukturen. Dies ist angesichts der aktuellen zwischen verlässlicher sozialer Absicherung und marktliberalem Effizienzdenken geführten Auseinandersetzungen um die Zukunft des Sozialstaats eine sehr anregende Lektüre. Bernard Braun stellt mit Hartmut Reiners heraus, warum die anti-ökonomische Attitüde der Verteidigung und Weiterentwicklung des Sozialstaats schadet. Erst die Wiederaneignung der sozial-ökonomischen Debatte kann den Beitrag sozialistischer Politik und Wirtschaft zum Fortschritt leisten.

Stefan Stache stellt in seinem Beitrag die Bedeutung höherer Beschäftigungschancen von Menschen mit Behinderungen heraus, Er identifiziert strukturelle und alltagspraktische Mechanismen von Benachteiligung und biografischer Zuweisung in Bildung und Rehabilitation in beruflichen Übergängen und an institutionellen Schnittstellen. Darüber hinaus skizziert spw-Redakteur Stefan Stache Wege, wie diese Benach-

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

teiligungen und Zuweisungen von beruflichen Verläufen zugunsten selbstbestimmterer Biographien langfristig abgebaut werden und Zugänge in den ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt geöffnet werden können und ordnet so die Behindertenpolitik in progressive und inklusive Sozialpolitik jenseits von Fürsorge und Charity ein.

Regina Viotto untersucht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 des Bundes im Hinblick auf die Umsetzung des „European New Deal" und entdeckt Inkonsistenzen mit Verweis auf die Entscheidungen des BVerfG zum Klimaschutz und zur Kreditaufnahme der EU. Mit der Freiheitssicherung künftiger Generationen hatte das Gericht in seiner Klimaschutz-Entscheidung die sozial-liberal-ökologische Begründung für die Gestaltung von Politik und Wirtschaft durch Zukunftsinvestitionen geliefert und die Notwendigkeit der europäischen und internationalen Dimension des Umbaus grundsätzlich anerkannt. Die fiskalpolitische Entfesselung des Staates hat das Gericht hingegen nun an die Politik zurückverwiesen. Damit stellt es dieser die Aufgabe, rasch übergreifende Mehrheiten für eine Korrektur von Verfassungsrecht zu finden, das den Herausforderungen der Zeit nicht gerecht wird.

Lange Linie der Sozialstaats-Diskussion

Die Beiträge dieses Hefts knüpfen an Diskussionen an, die die sozialdemokratische und sozialistische Linke seit langer Zeit beschäftigen. Der Sozialstaat hat sich seit dem 19. Jahrhundert konflikthaft als historischer Kompromiss herausgebildet: Er ist konservativ, soweit er Besitzstände sichert, politische Konflikte entschärft und den Kapitalismus stabilisiert, indem er ihn individuell erträglicher macht. Er ist liberal, soweit er die regionale, biografische und soziale Mobilität und Arbeitsmarktgängigkeit der Arbeitskräfte erhöht. Er stabilisiert die Konjunktur und mobilisiert Investitionen in (zunächst) schwer marktgängige Sektoren der Wirtschaft. Der so gewachsene Sozialstaat stellt sich in gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Perspektive zunächst als Errungenschaft dar, die gegen einen umverteilungsfeindlichen Abbau und einen marktkonformen Umbau durch Landnahme des Kapitals in solidarischen und gemeinwirtschaftlichen Sektoren zu verteidigen ist. Seit den 1970er Jahren stellt sich damit die Frage, wie der defensive Charakter von „Kampf dem Sozialabbau" überwunden werden kann, um nicht in ideologischer Nostalgie und der bloßen Verteidigung von fordistischer Massenproduktion, nationalstaatlichen und korporatistischen Institutionen und exklusiven Solidargemeinschaften stehenzubleiben oder zurückzuschreiten.

Der Sozialstaat selbst trug dann aber zu Voraussetzungen bei, auf denen Erwerbsbeteiligung und Emanzipation der Frauen, Verlängerung der Bildungs- und Jugendphase, den Nationalstaat transzendierende Arbeitsmigration und nicht zuletzt, befreit von unmittelbarer Existenznot, postmaterialistische Wachstumskritik neuer Mittelschichten gedeihen konnten. Die somit selbst veränderten sozialen Milieus und Organisationsformen fortschrittlicher Politik sind seitdem gefordert, die gewachsenen sozialstaatlichen Institutionen nicht nur zu verteidigen, sondern auf eine neue Stufe zu heben, indem Umverteilung und Dienstleistungen der Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Produktivkräfte nützlich gemacht werden. Kann der Sozialstaat nicht nur umverteilen und Risiken absichern, sondern auch eine positive Dialektik solidarischer Distribution von Reichtum und inklusiver Zugänglichkeit von Dienstleistungen mit einer progressiven und nachhaltigen Entwicklung seiner Produktivkräfte schaffen? So wie die fordistische Massenproduktion von der sozialstaatlich gestützten Nachfrage und der Fortschritt medizinischer Dienstleistungen von der Krankenversicherung für viele profitieren, müssen sich auch die solidarischen und inklusiven Elemente einer Care-Ökonomie für Pflege und Erziehung, einer Digitalisierung öffentlicher Dienste und einer nachhaltigen und natürliche Ressourcen schonenden Produktionsweise der reinen Profit- und Marktwirtschaft als überlegen erweisen. Dabei ist nicht nur der Staat als investierender Pionier gefragt, sondern die gesellschaftlichen Bewegungskräfte sind in diversen Formen kommunaler, verbandlicher, genossenschaftlicher und betrieblicher Wohlfahrtsproduktion freizusetzen.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sozialstaat in der spw

Diese Zeitschrift hat sich mit einer solchen über Abwehrkämpfe und Etatismus hinausweisenden Transformation des Sozialstaats seit ihrer Gründung 1977 immer wieder befasst. Jürgen Egert, Horst Peter oder Ursula Pausch-Gruber standen für eine Sozialpolitik, die auch neue Bewegungen einbezog. Seit der Finanzkrise 2009 und dem damit verbundenen Ende neoliberaler Hegemonie (ironischerweise in diesem Jahr ein letztes Mal mit der „Schuldenbremse" manifestiert) ist dies in einem wieder weiterentwickelten Debattenstrang deutlich geworden. In den letzten Jahren sind die Heftschwerpunkte 173 („Kurzarbeit und dann? Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gegen die Wirtschaftskrise", 2009), 179 („Gesundheitsgerecht – Soziale Gesundheitspolitik und -wirtschaft", 2010), 183 („Risiko Rente? Stand und Zukunft der Alterssicherung", 2011), 192 („Energiewende ökologisch und sozial?", 2012), 198 („Integrative Stadtpolitik", 2013), 204 („Soziales Wachstum", 2014), 207 („Fonds als Motor sozial-ökologischer Investitionen", 2015), 213 („Behinderung und Inklusion", 2016), 222 („Solidarische Arbeitsgesellschaft", 2017), 226 („Wessen Stadt, wessen Raum? Solidarische Wohnungspolitik", 2018), 235 („Gesellschaftliche Infrastrukturen – Von der Kapitalogik zur gemeinwohlorientierten Infrastrukturökonomie", 2019), 239 („Corona-Kapitalismus?", 2020), 244 („Systemfragen des Gesundheitswesens", 2021) und 253 („Nachhaltigkeit als Reformkonzept und als konkrete Utopie", 2022) zu nennen. Schon die Titel zeigen: Hier geht es um mehr als um Beitragssätze und Leistungshöhen, nicht nur um die distributive, sondern um die produktive Funktion der Sozialpolitik. Alle Hefte sind für Abonnentinnen und Abonnenten dieser Zeitschrift unter www.spw.de zugänglich.

Die Synthese von sozialem und ökologischem Umbau

In den letzten Jahren ist zudem die schon in den 1980er und frühen 1990er Jahren geführte Diskussion um den ökologisch-sozialen Umbau der Industriegesellschaften in den Mittelpunkt des Ringens um eine globale Koalition der Vernunft rund um die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen gerückt – was nicht zuletzt an der Radikalisierung ihrer Gegner aus den Fossilwirtschaften aller Himmelsrichtungen deutlich wird, die anstelle eines demokratischen Staats inklusiver sozialer Rechte eine Mischung aus paternalistischer Wohlfahrt und libertären Rechts des Stärkeren zu bieten haben. Die Pandemie zeigte die Sozialstaatsbedürftigkeit der in ihrem Stoffwechsel mit der Natur zutiefst herausgeforderten modernen Industriegesellschaften.

So stellen sich heute umso mehr die Fragen, die in diesem Heft bearbeitet werden: Wie müssen Sozi-al- und Gesundheitsdienste ausgestaltet sein, um den Bedürfnissen ihrer Nutzerinnen und Nutzer ge-recht zu werden? In welcher Weise müssen sich Strukturen und Alltagspraktiken in der Bildung und der Rehabilitation verändern, um inklusiver zu wirken und selbstbestimmte Biographien zu fördern und zu ermöglichen? Wie kann das in den Sozialversicherungen verankerte Prinzip der sozialen Selbstverwaltung neu belebt werden, um demokratische Willensbildung in diesen Institutionen zu stärken? Solche Fragen sind nicht nur zwischen Staat vs. Markt zu beantworten, sondern liegen – Stichworte Fehl- und Überversorgung - teils quer zu diesen Polen und verweisen auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten umfassender gesellschaftlicher Partizipation. Der konservative Pfad von Statusorientierung bzw. Statuszuweisung einschließlich von Sonderinstitutionen segregierender Bil-dung und Rehabilitation blockiert häufig selbstbestimmte Teilhabe z. B. am Arbeitsleben, statt diese zu fördern und reproduziert Benachteiligungen nicht oder wenig privilegierter Milieus und behinderter Menschen.

Ein partizipativ ausgerichteter ökologischer Sozialstaat, dessen Ressourcen für alle erreichbar sind, wäre auch insofern inklusiver, als er den gewachsenen Bedürfnissen der sozialen Milieus nach mehr Autonomie und demokratischer Partizipation entspräche. Demokratie, Sozialstaat und Nachhaltigkeit sind in einer gerechten Transformation zu verbinden. Der Weg dorthin, das wird bei Lektüre der oben genannten Hefte aus den letzten 15 Jahren deutlich, entsteht beim Gehen, die Bewegung geht den Programmen voraus. ■

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Der ökologische Sozialstaat – ein linkes Zukunftsprojekt

von Klaus Dörre

Dr. Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mitherausgeber der spw.

Foto: © Stella Weiß

„Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat", gestand der konservative Vordenker Frank Schirrmacher in einem bemerkenswerten Augenblick öffentlich ein. Es zeige sich, so der damalige FAZ-Herausgeber unter Berufung auf den erzkonservativen Thatcher-Biographen Charles Moore, dass ein „System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert".[1] Von der konservativen Rechten geadelt, schien die Linke auf der Siegerstraße. Sozialismus sei der „Hit des Jahres", titelte das konservative Magazin „The Spectator" angesichts der Wahlerfolge von Jeremy Corbins' Labour Party. Es gebe eine „neue Lust am Sozialismus", warnte die Neue Züricher Zeitung.[2] Die „progressive sozialistische Partei", die sich Corbyn vorstelle, wolle „das Wirtschaftssystem nicht mehr reformieren, sondern ‚ersetzen'". Das große Echo auf Corbyn verrate, dass er „die richtigen Fragen stellt", hieß es noch 2017 in der FAZ.[3] Sorgen bereiteten dem konservativen Feuilleton insbesondere Sympathien, die junge Leute für den Sozialismus hegten.[4]

Die Linke im freien Fall

Heute scheint es, als seien diese Sorgen unbegründet gewesen. Innerhalb wie außerhalb Europas befindet sich die Linke im freien Fall. Selbstzerstörung ist ihr bevorzugtes Geschäft. Nach einer Wahlniederlage ist der sozialistische Aufbruch innerhalb von Labour vorbei. Jeremy Corbin ist nicht einmal mehr Parteimitglied. Bernie Sanders formuliert noch immer fulminante Anklagen gegen den US-Kapitalismus[5], doch der Einfluss seiner Democratic Socialists auf die US-Politik ist marginal geblieben. Jenseits der angelsächsischen Kapitalismen sieht es für die sozialistische Linke kaum besser aus. Die linkspopulistischen Parteien an der südeuropäischen Peripherie haben ihren Zenit überschritten. In Spanien ist Podemos aus der sozialistisch geführten Regierung ausgeschieden. Die französische Linke zerlegt sich am Krieg in Nahost. Das griechische Linksbündnis Syriza will sich nach einer herben Wahlniederlage in eine demokratische Partei nach US-amerikanischem Vorbild verwandeln. Die deutsche Linkspartei befindet sich gar in einer Existenzkrise. Unklar ist, ob sie die nächste Wahlperiode übersteht. Doch vom Zerfall linker Alternativen profitieren derzeit weder die Sozialdemokratie noch grüne Formationen. Zwar haben sich einige sozialdemokratische Parteien vom Geist des „Dritten Weges" á la Tony Blair und Gerhard Schröder verabschiedet; es fehlt ihnen jedoch an einer Vision, die den Glauben an eine Lin-

1 Schirrmacher, Frank (2011): Bürgerliche Werte „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat". In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.08.2011. Aktualisiert: 15.08.2011, 16:37 Uhr https://www.faz.net/-gqz-6m1ki [letzter Zugriff: 11.12.2023].

2 Fuster, Thomas (2019): Die neue Lust am Sozialismus. In: Neue Züricher Zeitung vom 19.07.2019. Online unter https://www.nzz.ch/meinung/die-neue-lust-am-sozialismus-ld.1496769?reduced=true [letzter Zugriff: 11.12.2023].

3 Buchsteiner, Jochen (2017): Taugt Labour als radikales Vorbild? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.09.2017. Online unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kommentar-taugt-labour-als-radikales-vorbild-15224758.html?service=printPreview [letzter Zugriff: 11.12.2023].

4 „Dies ist eines der großen Rätsel unserer Zeit. Laut einer PEW-Umfrage aus dem Jahr 2011 haben 49 Prozent der 18- bis 29-jährigen Amerikaner eine positive Einstellung zum Sozialismus und nur 43 Prozent eine negative. Wenn es um den Kapitalismus geht, fällt das Votum mit 47 Prozent Zustimmung und 48 Prozent Ablehnung genau andersherum aus. Das Gleiche gilt für die britischen Millennials. Bei der letzten Wahl wählten 62 Prozent der 18- bis 24-Jährigen Labour. Wie ist das zu erklären?", fragte Toby Young im konservativen Magazin The Spectator. .Young, Tobi (2018): Of course the young like socialism – they're taught to. In: The Spectator. From magazine issue: 29 September 2018. Online unter: https://www.spectator.co.uk/article/of-course-the-young-like-socialism-they-re-taught-to/ [letzter Zugriff: 11.12.2023, eigene Übersetzung].

5 Sanders. Bernie (2023): Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein. Stuttgart: Clett-Kota.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ke mit gesellschaftsverändernder Kraft wiedererwecken könnte. Mit den grünen Parteien verhält es sich ähnlich. Wie die Sozialdemokratie stehen auch sie zumeist für ein modifiziertes „Weiter-So!"

Dazu passt, dass auch die weltweiten Klimabewegungen in den Jahren der Corona-Pandemie an Dynamik verloren haben. Politisch differenzieren sie sich aus, und teilweise überlagert die Aufregung über Protestformen, die zivilen Ungehorsam einschließen, die gesellschaftliche Diskussion über die Zielsetzungen der Bewegung. Neuerdings kommt hinzu, dass die Gallionsfigur dieser Bewegung, Greta Thunberg, mit einseitigen Statements zum Krieg in Nahost moralische Glaubwürdigkeit verspielt. Im starken Kontrast dazu befindet sich die radikale Rechte innerhalb wie außerhalb Kontinentaleuropas auf dem Vormarsch. In Italien und jüngst in den Niederlanden, aber auch in manchen deutschen Regionen ist sie bereits mehrheitsfähig geworden. Die Herrschaft eines neuen Autoritarismus, dem es hauptsächlich um die Akkumulation politischer Macht geht, ist deshalb gegenwärtig weitaus wahrscheinlicher als das Wiedererstarken einer erneuerten Linken.

Die Linke – realitätsfern?

Ein Problem der Linke sei, dass ihre Theoretiker „nur noch realitätsferne Ideen" verträten, behauptet der kluge Liberale Rainer Hank.[6] Er hat recht. Allerdings in anderer Weise als er selbst glaubt. Hank bezieht sich auf den Sammelband „What´s left?", der Anfang der 1990er Jahre Diskussionen auslöste. Liest man den Einleitungsbeitrag des Turiner Politikwissenschaftlers Norberto Bobbio[7], klingt manches tatsächlich so, als sei es für die Gegenwart geschrieben. Die Linke ist wieder da angelangt, wo sie nach der Implosion des staatsbürokratischen Sozialismus begonnen hatte, sich neu zu erfinden. Wir befinden uns am Ende eines Kampfzyklus, der mit der Zäsur von 1989 einsetzte und infolge der globalen Finanzkrise 2007-09 Chancen zur Neugeburt einer Linken für das 21. Jahrhundert zu eröffnen schien. Von globalisierungskritischen Protesten getragen, war eine populären Linke entstanden, die beanspruchte, alles besser zu machen als ihre traditionellen Vorgänger, die Überreste sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegungen eingeschlossen. Von dieser Linken, in der Göran Therborn eine einflussreiche Kraft erkennen will[8], die bereits weit mehr erreicht habe als die Bewegungen der 1968er-Revolte, ist in der Gegenwart nicht viel geblieben. Eine Linke für das 21. Jahrhundert ist noch nicht geboren. Sich das einzugestehen, führt zurück zu den drei Grundfragen, die Norberto Bobbio zu Begin des zurückliegenden Kampfzyklus aufgeworfen hatte: Wird die Linke noch gebraucht? Was ist eigentlich links? Und schließlich: Welches Zukunftsprojekt soll die Linke verfolgen?

Die Linke – wozu?

Beginnen wir mit der Nützlichkeitsfrage. Man muss nur den Halbzeitbericht der Vereinten Nationen zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele anschauen, um eine Antwort zu finden. Der Bericht liest sich wie eine Aufforderung zur Revolution, zu einer *Nachhaltigkeits*revolution. Bei ökologischen Zielsetzungen wie der Bekämpfung der Erderhitzung, der Bewahrung von Artenvielfalt und dem Erhalt der Ozeane geht es allenfalls im Schneckentempo voran. Hinsichtlich der Überwindung von Armut, der Beseitigung des Hungers und der Bekämpfung sozialer Ungleichheit sieht es eher noch schlechter aus. Viele Weltregionen verzeichnen Stagnation oder gar Rückschritt.[9] Selbstverständlich können Kipppunkt-Szenarien, wie sie das Potsdamer Klimainstitut vorlegt,[10] die Zukunft nicht exakt prognostizieren. Das Wissen um weltökologische Zusammenhänge ist noch immer viel zu lückenhaft, um

6 Hank, Rainer (2023): Ist der Traum der Linken ausgeträumt? Die politische Linke sucht ihre Zukunft. Dafür braucht sie neue Ideen. In: Frankfurter Allgemeine vom 24.11.2023.

7 Bobbio, Norberto (1993): Die Linke und ihre Zweifel, in: What´s Left? Prognosen zur Linken. Berlin: Rotbuch Verlag, S. 9-24.

8 Therborn, Göran (2023): Die Linke im 21. Jahrhundert. Progressive Selbsterneuerung in aggressiven Weltverhältnissen. Hamburg: VSA.

9 United Nations (2023). The sustainable development goals report. Special edition: Towards a rescue plan for people and planet. Online unter: https://unstats.un.org/sdgs/report/2023/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2023.pdf [letzter Zugriff: 11.12.2023].

10 Lenton, Tim et al (2023): The Global Tipping Points Report 2023. University of Exeter, Exeter, UK. Online unter: https://global-tipping-points.org/ [letzter Zugriff: 11.12.2023].

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gesellschaftliche Zukünfte exakt vorauszusagen. Doch es genügt, die Gegenwart zu bilanzieren, um zu wissen, dass gut gemeinte Ziele ohne radikale gesellschaftliche Veränderungen nicht zu erreichen sind.

Herausragende Naturwissenschaftler und Klimaforscher haben das längst erkannt. Ob „eine ‚soziale Marktwirtschaft' oder ein ‚demokratischer Sozialismus' das beste ‚Gesellschaftsmodell' für die mittelfristige Zukunft" sei, wage er „nicht zu beurteilen", schreibt Klimaforscher Hans-Joachim Schellnhuber. [11] Führende Köpfe der politischen Linken würden sich hingegen nicht einmal trauen, einen „demokratischen Sozialismus" als Ausweg aus der Klimahölle überhaupt in Erwägung zu ziehen. Wo sie regiert, versinkt die Linke – gleich ob sozialdemokratisch, grün oder dem Anspruch nach links davon, in jener gähnenden Leere der Realpolitik, die Schirrmacher als „Pfeifen im Walde" attackierte. Sahra Wagenknechts neuester Versuch, eine Partei jenseits eingeschliffener Links-Rechts-Distinktionen zu etablieren, endet programmatisch ausgerechnet dort, wo Schirrmacher seine Attacke gegen den marktradikal gewendeten Konservatismus startete – bei der sozialen Marktwirtschaft eines Ludwig Erhard.

Derart fantasielos bezieht die neue Partei BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) Sympathien aus der Sehnsucht nach der alten, im Rückblick idealisierten westdeutschen Bundesrepublik. Das mag wahlpolitisch für einige Zeit funktionieren, als Zukunftsvision taugt die Mischung aus Sozialpolitik und Migrationskritik aber nicht. Eher trifft zu, was Norberto Bobbio der Linken ins Stammbuch geschrieben hatte: Beginnt die Linke – wie Wagenknecht, so wäre aktuell hinzufügen – „die Identität von rechts und links in Zweifel zu ziehen, könnte das ein erstes Anzeichen dafür sein, daß sie an der eigenen Identität zweifelt."[12]

Jener Teil der Linken, der daran festhält, dass die Utopie einer besseren Gesellschaft „ein Wesenselement"[13] linker Identität ist, macht es unter umgekehrten Vorzeichen aber kaum besser. Der radikalen und Bewegungslinken mangelt es an Realitätssinn. Sie verschließt sich der Einsicht, dass das utopische Projekt „per definitionem unerreichbar" ist.[14] Weil sie die Spannungen, die zwischen dem Entwurf einer besseren Gesellschaft und dem politisch Möglichen zwingend auftreten, nicht produktiv aufzulösen vermag, schwanken die verschiedenen linken Strömungen beständig zwischen fantasieloser Anpassung an das Bestehende und einem visionären „Wünsch-Dir-Was", dem jede Aussicht auf Realisierbarkeit fehlt.

Dass es nicht gelingt, den Widerspruch zwischen Utopie und real Möglichem produktiv aufzulösen, rächt sich in einer Epoche der Ambivalenz, in der monolithische Haltungen „von vornherein zum Missglücken verurteilt" sind.[15] In einer Ära der Unsicherheit und Ungewissheit kommt linke Politik der Wahrheit dann am nächsten, wenn sie „den bestehenden Zwiespalt in die Analyse des Sachverhalts"[16] einbezieht. Anders gesagt, die Linke benötigt ein Zukunftsprojekt, geeignet, utopischen Überschuss freizusetzen, aber auch realitätstauglich genug, um bestehende Kräfteverhältnisse zu verändern. Ein ökologischer Sozialstaat könnte ein solches Zukunftsprojekt sein.

Was ist links?

Kaum aufgeschrieben, höre ich im Stillen, wie die linke Kakofonie der Gegenwart auf einen solchen Vorschlag antwortet. Reformismus, Staatsillusion und Rückkehr zu einem Projekt, dessen utopische Kraft schon gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts aufgebraucht war, lauten die Vorwürfe an den einen Pol des linken Spektrums. Illusorisch, weil nicht durchsetzbar, allenfalls für Grüne attraktiv, nicht mehrheitsfähig und deshalb realitätsfern, echot das Lager der Pragmatiker am entgegengesetzten Pol. Erwartbare Ablehnung

11 Schellnhuber, Hans¬ Joachim (2015): Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff. München, S. 703.

12 Bobbio (1993), S. 10.

13 Mit Bezug auf Marco Revelli ebd., S. 20.

14 Ebd.

15 Weiss, Peter (1981): Notizbücher 1971–1980, Erster Band, Berlin, S. 177.

16 Ebd.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

vor Augen, stellt sich die grundlegende Frage, was im 21. Jahrhundert eigentlich links ist. Mein Vorschlag lautet, das elementare Dreieck linker Politik mit seinen Koordinaten Freiheit, Gleichheit und Solidarität (Brüderlichkeit) zu einem Viereck zu erweitern. Der Erhalt von „Bewohnbarkeitsbedingungen“[17] des Planeten muss dem linken Koordinatensystem als zusätzliche Markierung hinzugefügt werden.

Die alte Linke des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte mit ihrer Politik bevorzugt auf der Klassenachse an. Die neue Linke, die aus der 1968er-Revolte hervorging, konzentrierte sich auf die Reproduktion. Die Linke des 21. Jahrhunderts darf die Produktion und die Klassenkonflikte keinesfalls übergehen, für sie gilt jedoch: Links ist im 21. Jahrhundert jede Politik, die dazu beiträgt, *erstens* die klimaschädlichen Emissionen, den Ressourcen- und *zweitens* den Energieverbrauch zu reduzieren, die Abkehr von fossilen Brennstoffen zu beschleunigen und den gesellschaftlich erzeugten Wohlstand so zu verteilen, dass er auch künftigen Generationen noch zur Verfügung steht. Sozialistisch sind solche Politiken, *drittens* wenn sie die Gleichheit aller in einer Weise fördern, die jedem und jeder Einzelnen das gesellschaftlich verantwortbare Maximum an Selbstbestimmung ermöglicht. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist *viertens*, dass Entscheidungsmacht, die auf dem Eigentum an und der Verfügung über Produktionsmitteln beruht, radikal demokratisiert wird.

Diese knappe Formel für einen demokratischen und zugleich nachhaltigen Sozialismus des 21. Jahrhunderts erkennt an, dass sich der alte industrielle Klassenkampf unter den Bedingungen einer epochalen ökonomisch-ökologischen Metakrise unumkehrbar in einen sozial-ökologische Transformationskonflikt verwandelt hat. Ohne Berücksichtigung des ökologischen Gesellschaftskonflikts lässt sich die soziale (Klassen-)Frage nicht mehr angemessen thematisieren und vice versa. Dabei ist zu beachten, dass Klassenauseinandersetzung und ökologischer Gesellschaftskonflikt in ihrer jeweiligen Eigendynamik zu betrachten sind. Zwar ist die Luxusproduktion für den Luxuskonsum der wohlhabendsten Klassen zum wichtigsten Treiber des Klimawandels geworden[18], dennoch wäre es grob fahrlässig, wollte man annehmen, Lohnabhängige, die auf soziale Gerechtigkeit pochen, seien unweigerlich auch die Vorreiter ökologischer Nachhaltigkeit. Die Sorge um Arbeitsplätze, sozialen Status, die Zukunft der Kinder und der Heimatregion kann das Gegenteil bewirken. Das hängt vor allem mit der eigensinnigen Dynamik zusammen, die der ökologische Gesellschaftskonflikt entfaltet. Diese Dynamik darf weder auf Klassenkampf reduziert werden, noch ist sie mit ihm identisch.

Die „Arbeit der Natur“[19], die in privatwirtschaftlicher Produktion als Gratisressource angeeignet wird, ist etwas anderes als Lohnarbeit. Ihre Inwertsetzung kann auch innerhalb sozialer Klassen spalten. Für Konflikte auf der Naturachse gilt deshalb, dass sie eigendynamisch verlaufen, wenngleich sie bei Eigentumsrechten, den Kosten der Transformation und den Konsequenzen für Lebensweisen Überlappungen mit der Kapital-Arbeit-Achse aufweisen. Das Ziel, die klimaschädlichen Emissionen in Deutschland bis 2045, in der EU bis 2050 auf netto Null zu reduzieren, bedeutet für alle Wirtschaftsbereiche, insbesondere aber für die industriellen Karbonbranchen, eine konfliktträchtige Zäsur, für die in den Klassengesellschaften des globalen Nordens und damit auch für die Bundesrepublik ein sozialer Mechanismus wirkt, der auf drei Prinzipien beruht:

(a) *Das umgekehrt interdependente Wohlfahrtsprinzip*: Der auf fossiler Basis angeeignete Wohlstand herrschender Klassen mit großem Klimafußabdruck verhält sich in umgekehrter Abhängigkeit zum Wohlstand beherrschter Klassen, die eine geringe Emissionslast verursachen.

17 Latour, Bruno/Schultz, Nikolaj (2022): Zur Entstehung einer ökologischen Klasse. Ein Memorandum. Berlin: Suhrkamp, S. 26.

18 Huber, Matthew T. (2022). Climate change as class war. Building socialism on a warming planet. London: Verso.

19 Moore, Jason W. (2020): Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals. Berlin: Matthes & Seitz, S. 114.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

(b) *Das Ausschlussprinzip:* Die umgekehrte Interdependenz beruht darauf, dass beherrschte Klassen von Entscheidungen über Investitionen und Innovationen ausgeschlossen sind.

(c) *Das Aneignungsprinzip:* Der Ausschluss verschafft Klassen mit großer Entscheidungsmacht einen materiellen Vorteil, weil er ihnen ermöglicht, sich „billige Naturen" auf Kosten beherrschter Klassen anzueignen.

Zugespitzt formuliert läuft dieser Aneignungsmechanismus darauf hinaus, dass winzige Minderheiten innerhalb der herrschenden Klassen Entscheidungen treffen, die das Überleben all derer beeinträchtigen, die zum Klimawandel am wenigsten beitragen und die unter den Folgen der Erderhitzung in der Regel am stärksten zu leiden haben. Links zu sein bedeutet im 21. Jahrhundert, diesen Wirkmechanismus zu bekämpfen, um ihn schließlich zu überwinden.

Welches Projekt?

Außer Kraft setzten lässt sich dieser Aneignungsmechanismus aber nur, wenn das eigentumsbasierte Entscheidungsmonopol über Produkte, Produktionsverfahren und deren stoffliche Zusammensetzung aufgebrochen wird. Als Konsequenz habe ich deshalb vorgeschlagen, die utopische Kraft eines erneuerten Sozialismus als Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution zu nutzen.[20] Denn die Begrenztheit des Erdballs und des menschlichen Lebens widerlegt die gängige Auffassung, expansiver kapitalistischer Besitz eigne sich als Konstitutionsprinzip des Zusammenlebens.[21] Für die Vision nachhaltig-sozialistischer Gesellschaften gilt jedoch, was Norberto Bobbio als allgemeines Problem linker Politik anspricht: Utopien sind nicht zu verwirklichen. Alle Bemühungen, die Insel Utopia zu erreichen, werden immer wieder von Scheitern, von Rückschlägen und Fehlentwicklungen begleitet sein.

Angesichts schrumpfender Zeitbudgets, die für eine Nachhaltigkeitsrevolution noch zur Verfügung stehen, kommt ein weiteres Problem hinzu. Um Mehrheiten zu gewinnen, müssen gesellschaftliche Gruppen für ein linkes Zukunftsprojekt gewonnen werden, die das „S-Wort" abschreckt. Ein ökologischer Sozialstaat eignet sich als Brückenprojekt, das die Verbindung zwischen radikalem Systemwechsel und Realitätssinn für gesellschaftliche Kräfteverhältnisse herstellen könnte. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich vier Konstitutionsprinzipen eines ökologischen Sozialstaats[22] benennen.

Prinzipien eines ökologischen Sozialstaats

Erstens muss er ein ökologischer und zugleich ein solidarischer, universalistischer Sozialstaat sein, dessen Schutzfunktion bei den Schwächsten der Gesellschaft beginnt. Für Rainer Hank bedeutet das: Wer der Ansicht sei, von Migration profitierten letztlich alle, müsse den „Sozialstaat weniger großzügig ausstatten"; wer ihn ausbauen wolle, „muss Migration einschränken".[23] Das ist keineswegs völlig falsch, aber eben auch nicht die ganze Wahrheit. Hank ignoriert ein zentrales Problem nahezu aller frühindustrialisierten Länder: Ihre Bevölkerung altert. Mit Blick auf das Arbeitskräftepotential könnten die EU-Mitgliedstaaten die Einwanderung von Millionen Geflüchteter nicht nur bewältigen; ihnen rasch Zugänge zu Erwerbsarbeit zu ermöglichen wäre ein Gebot gesamtwirtschaftlicher Vernunft. Will man ethnische Konflikte, die es in Einwanderungsgesellschaften nahezu zwangsläufig gibt, demokratisch einhegen, wird ein robuster, ausfinanzierter Sozialstaat benötigt.

Wie ein integrativer Sozialstaat funktioniert, lässt sich am Beispiel der nordschwedi-

20 Dörre, Klaus (2022): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution (2., erweiterte Auflage) Berlin: Matthes & Seitz.

21 Wenn ich es richtig sehe, hat Frank Nullmeier den Begriff eines ökologischen Wohlfahrtsstaates zuerst in die sozialpolitische Debatte eingeführt. Siehe dazu den Sozialpolitikblog https://difis.org/blog/ [letzter Zugriff: 11.12.2023] des DIFIS Bremen.

22 Arendt, Hannah (2006): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. 11. Aufl. München: Piper, S. 329.

23 Hank (2023), a.a.O.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schen Städtchens Skellefteå studieren. Erfolgreich stemmt man sich dort seit vielen Jahren gegen eine Abwärtsbewegung, die die Raumforschung als innere Peripherisierung bezeichnet. Gemeint ist der Niedergang von Regionen, in denen die Bevölkerung schrumpft, die Wirtschaft darniederliegt, die soziale Infrastruktur bröckelt, das kulturelle Leben zum Erliegen kommt und eine kollektive Abwertungserfahrung zu einer Unzufriedenheit führt, die sich häufig in der Wahl rechtsradikaler Parteien entlädt.

Nicht so in Skellefteå, wo Verwaltung, Politik und Wirtschaft sich seit vielen Jahren aktiv um Zuwanderung bemühen und Migranten, unter ihnen auch Geflüchtete, eine Schlüsselrolle einräumen. Der Ausbau eines integrativen regionalen Sozialstaats, der ökologische Nachhaltigkeitsziele mit bildungs-, sozial- und industriepolitischen Maßnahmen kombiniert und sie in einem partizipativen, gendersensiblen Umfeld praktiziert, ist das erfolgreich eingesetzte Instrument.[24]

Weil das Beispiel sofort die Frage nach der Finanzierbarkeit generöser sozialstaatlicher Leistungen aufwirft, sei *zweitens* hinzugefügt, dass ein ökologischer auch ein egalitärer, umverteilender Sozialstaat sein muss. Hanks Argument, die Linke habe sich in puncto Chancengerechtigkeit zu Tode gesiegt, führt in die Irre. Die Behauptung, eine Gesellschaft, in welcher der Sohn eines Tischlers und einer Industriearbeiterin Bundespräsident werde könne, habe das Versprechen eines Aufstiegs der Vielen erfüllt, bietet Anlass zu Heiterkeit. Sie besitzt in etwa den gleichen Wahrheitswert wie der Satz, die Kanzlerschaft Angela Merkels' sei ein Beleg für die erfolgreiche Integration des Ostens und des unaufhörlichen Voranschreitens von Geschlechtergerechtigkeit.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache, und das nicht nur bei Ost-West-Unterschieden und geschlechterspezifischen Ungleichheiten. 2019 hate der Gini-Koeffizient, ein international anerkanntes Maß für soziale Ungleichheit, in der Bundesrepublik Rekordniveau erreicht.[25] Die Ungleichheit hat Ausmaße angenommen, die das Wirtschaftswachstum behindern, weil sozialer Aufstieg blockiert wird. Wie die jüngste PISA-Studie erneut belegt, beginnt die Klassenspaltung bereits in der Schule. Um klassenspezifische Ungleichheiten zumindest abzuschwächen, müssen Wohlhabende gemäß ihres ökologischen und Klimafußabdrucks an den Kosten der sozial-ökologischen Transformation beteiligt werden. Grundsätzlich hat zu gelten: Je größer der Klimafußabdruck, desto umfangreicher muss auch der Beitrag sein, der einen ökologischen Sozialstaat finanziert. Nur so lässt sich korrigieren, was Forschungen zum Verhältnis von sozialer Ungleichheit und klimaschädlichen Emissionen belegen – der unverhältnismäßig hohe Emissionsausstoß kapitalistischer Eliten, der zu Lasten vor allem der ärmeren Bevölkerungshälfte geht.[26]

Dabei gilt es *drittens* zu bedenken, dass ein ökologischer Sozialstaat ein wirtschaftspolitisch interventionsfähiger Staat sein muss. Entgegen marktliberalen Legenden hängt die Innovationsfähigkeit kapitalistischer Ökonomien maßgeblich von den Eingriffen und finanziellen Ressourcen eines steuernden Staates ab.[27] Ohne staatliche Unterstützung wären in der Vergangenheit weder große Sprunginnovationen, noch die dafür notwendigen Forschungen möglich gewesen. Als Beweis führt die Ökonomin Mariana Mazzucato das Projekt der Mondlandung an, bei dem ein unterneh-

24 Das eigens ausgearbeitete Programm Skellefteå 2030 zielt darauf, „demografische Schrumpfung nicht mit Rückbau von Infrastruktur und staatlichen Leistungen zu reagieren, sondern quasi gegen den Trend zu investieren, um eine Abwärtsspirale zu verhindern und den demografischen Negativtrend durch eine gesteigerte regionale Attraktivität und gezielte Zuwanderung zu brechen. Siehe: Schmalz, Stefan/Hinz, Sarah/Singe, Ingo/Hasenohr, Anne (2021): Abgehängt im Aufschwung: Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland. Frankfurt a. M./New York.

25 Spannagel, Dorothee/Zucco, Aline (2022): WSI-Verteilungsbericht 2022: Armut grenzt aus., in: WSI-Miteilungen 6/2022, S. 465-473.

26 In Nordamerika und Europa hat die untere Einkommenshälfte – unter ihnen viele Angehörige der konventionellen Arbeiterklasse – ihre Emissionslast um fünf bis 15 Prozent reduziert. Diese Einkommensklassen erreichen damit Werte, die sich denen der Pariser Klimaziele für 2030 mit einer jährlichen Pro-Kopf-Emissionslast von etwa zehn Tonnen in den USA und ungefähr fünf Tonnen in europäischen Ländern annähern oder diese gar erreichen. Die wohlhabendsten Einprozent emittierten 2019 hingegen 26 Prozent mehr als vor 30 Jahren, die reichsten 0,01 Prozent legten gar um 80 Prozent zu. Chancel, Lucas (2022). Global carbon inequality over 1990-2019. Nature Sustainability, 5, S. 931–938.

27 Mazzucato, Mariana (2013): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

merischer Staat mit langfristiger strategischer Planung, enormer Forschungskapazität und dem gezielten Einsatz finanzieller Ressourcen erfolgreich agieren konnte. Dementsprechend plädiert Mazzucato für einen Staat, der sich nicht auf die Reparatur von Märkten beschränkt, sondern der Märkte selbst kreiert und reguliert, um sie an gesellschaftliche Werte und Ziele rückzubinden.[28]

Um es klar zu sagen: Gäbe es einen Staat, der die 17 „Sustainable Development Goals" zur verbindlichen Richtschnur politischer Missionen machen würde, wäre das ein riesiger Fortschritt gegenüber dem Status Quo. Denn ohne den Staat als gestaltendem Akteur hat die sozial-ökologische Transformation nicht den Hauch einer Chance. Den Staat ähnlich wie in China und nun auch in den USA gezielt einzusetzen, um die Wirtschaft zu entwickeln und beispielsweise eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft mit gerechten Handelsbeziehungen aufzubauen, kommt hiesigen Wirtschaftspolitikern überwiegend erst gar nicht in den Sinn. Ein staatlich gelenkter radikaler Umbau der Wirtschaft ist mit schwerfälligen Behörden, die im Routinemodus erstarren, aber nicht zu machen. Deshalb ist erstaunlich, dass Mariana Mazzucato als vorausdenkende Befürworterin eines progressiven Staatsinterventionismus davor zurückscheut, konsequent die Frage nach der Entscheidungsmacht über Produkte und Produktionsverfahren zu stellen.

Einheit von Produktion und Gewissen

Diese Kritik berührt *viertens* die systemtransformierende Dynamik eines ökologischen Sozialstaats. Hauptursache klimaschädlicher Emissionen sind die Investitionen, nicht die individuellen Konsummuster.[29] Entscheidungen über Geschäftsmodelle und Investitionen werden in der Bundesrepublik wie in allen kapitalistischen Gesellschaften von einer winzigen Oberschicht innerhalb der herrschenden Klassen getroffen. Im Umkehrschluss bedeutet dies nicht nur, dass große gesellschaftliche Mehrheiten und vor allem die eigentlichen Produzenten von Produktionsentscheidungen ausgeschlossen sind, der Ausschluss bewirkt zugleich, was der Philosoph Günther Anders einst als Trennung von Produktion und Gewissen bezeichnet hat. Im kapitalistischen Arbeitsprozess sind Herstellung und die Verantwortung für das Produkt moralisch auseinandergerissen. Der Arbeitsbetrieb produziere „Gewissenlosigkeit". Er bewirke Gleichgültigkeit der Arbeitenden gegenüber den erzeugten Gütern und sei deshalb Ursache für Apokalypsenblindheit und „Geburtsort des Konformisten".[30]

Das gilt es zu verändern, wenn die überfällige Nachhaltigkeitsrevolution schnelle Beine bekommen soll. Die Trennung von Produktion und Gewissen ist nur zu überwinden, wenn die Eigentumsfrage auf neue Weise gestellt wird. Anzugehen wäre, was kritische Betriebsräte, Gewerkschaftsaktive und Teile der Klimabewegungen einklagen: die radikale Demokratisierung eigentumsbasierter Entscheidungsmacht.

In einem ökologischen Sozialstaat hätte sich Wirtschaftsdemokratie auf die potenzielle Weigerung der Arbeitenden zu gründen, Produkte, die ökologisch unverantwortbare Effekte nach sich ziehen, erst gar nicht herzustellen. Als „Produktionsstreik" hat Günther Anders eine solche Option bezeichnet.[31] Wie sich dergleichen praktisch angehen ließe, hat der slowenische Arbeitsmister Luka Mesec unlängst in einem bemerkenswerten Interview verdeutlicht. Mesec plädiert für Belegschaftseigentum und Beschäftigtenkontrolle. Dabei bezieht er sich positiv auf den „Employee Stock Ownership Plan" (ESOP) in den USA. Dort existieren bereits 7.000 Betriebe mit etwa 30 Millionen Beschäftigten, in denen die Belegschaften die Kontrolle übernommen haben. In der EU finden jährlich bis zu 600.000 Betriebe keine Nachfolger, auch hier könnte ein solches Modell greifen.[32]

28 Mazzucato, Mariana (2021): Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft: Frankfurt a. M.: Campus.

29 Chancel 2022, a.a.O.

30 Anders, G. (2018) [1956]. Die Antiquiertheit des Menschen 1. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. 4. Aufl. München: C.H. Beck, S. 321.

31 Anders, G. (1982). Hiroshima ist überall. München: C.H. Beck, S. 383.

32 Mesec, Luka (2023). „Die Belegschaft soll die Kontrolle übernehmen". Ein Interview von Stephan Kaufmann. Frankfurter Rundschau, 27.11.2023.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

In einer radikalen Erweiterung ließe sich dieses Prinzip auch auf Großunternehmen ausweiten. Subventionen, die in die Privatwirtschaft fließen, könnten in Eigentumstitel der Belegschaften verwandelt werden, die durch gesellschaftliche Fonds verwaltet werden. Ein solcher Ansatz würde dem „Rehn-Meidner-Plan“ ähneln, den der Ökonom Rudolf Meidner seinerzeit für die schwedischen Gewerkschaften entworfen hatte.[33] Die Stärkung des Öffentlichen, etwa durch Rückführung von Bahn, Post, Kliniken etc. in, wenn nicht staatlichen, so genossenschaftlichen Gemeinbesitz, wäre ein weiterer Ansatzpunkt, um kollektive Entscheidungen zugunsten sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu befördern.

Ein ökologischer Sozialstaat, der wirtschaftliche Entscheidungsmacht demokratisiert, wird in der Zivilgesellschaft utopischen Überschuss mobilisieren müssen. Eine solche Vision wäre aber realitätstauglich genug, um im politischen Handgemenge bestehen zu können. In seinem Bemühen, die planetarischen Bewohnbarkeitsbedingungen zu bewahren, würde er ein konservatives Grundmotiv aufnehmen. Zugleich träte er das Erbe eines progressiven Liberalismus an, denn wirklich frei können wir nur sein, wenn wir Verantwortung „auch für das übernehmen, was wir erzeugen“[34]. Sozialistisch an einem solchen Projekt ist, dass es die Eigentumsfrage auf neue Weise ins Zentrum der Debatten um die im Gange befindliche große gesellschaftliche Transformation rückt. In einem ersten Schritt böte der Vorschlag Stoff, um die Frage „What´s Left?“ für das 21. Jahrhundert wieder aufzunehmen – am besten in einer konstruktiven Kontroverse, die Linke mit ihren Gegnern, mit Konservativen und Liberalen respektvoll, aber dennoch scharf und präzise zu führen haben. ■

33 Gowan, Saoirse (2022): Rudolf Meidner: Der radikale Reformer. In: Jacobin, 23. Juni 2022. Online unter: https://jacobin.de/artikel/rudolf-meidner-der-radikale-reformer-sozialdemokratie-meidner-plan-olof-palme [letzter Zugriff: 11.12.2023].

34 Anders (1982), S. 369.

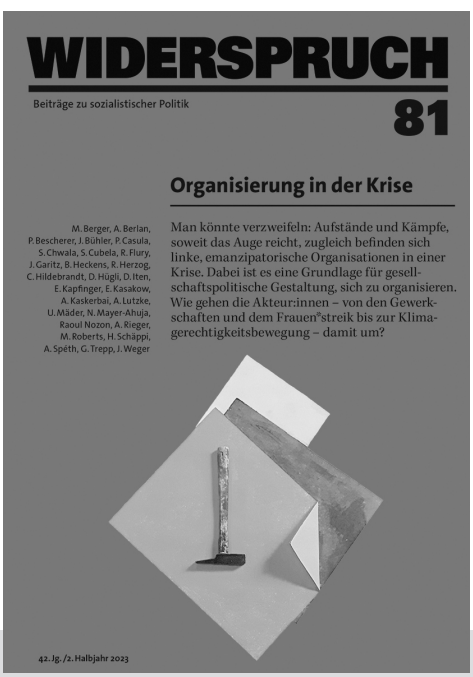
WIDERSPRUCH

Organisierung in der Krise

Man könnte verzweifeln: Aufstände und Kämpfe, soweit das Auge reicht, zugleich aber eine Krise von linken, emanzipatorischen Organisationen.

Dabei ist Organisierung die Grundlage für gesellschaftspolitische Gestaltung.

Wie gehen die Akteur:innen – von den Gewerkschaften und dem Frauen*streik bis zur Klimagerechtigkeitsbewegung – damit um?



232 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-03973-012-4

Einzelheft € 18.–
Jahresabonnement (2 Hefte) € 27.–
Förderabonnement (2 Hefte) € 100.–
Gönner:innen mindestens € 350.– pro Jahr

www.widerspruch.ch

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Brauchen wir eine Ökosozialversicherung?

von Frank Nullmeier

Dr. Frank Nullmeier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen und stellv. Direktor des Deutschen Instituts für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS).

Foto: © David Ausserhofer

Eine ökosoziale Reformpolitik hat im Jahre 2023 eher Rückschläge erlitten. Weder ist es bei der CO_2-Steuer gelungen, die Klimageldkompensation gesetzgeberisch zu verankern, noch beim Heizungsgesetz eine sozial gestaffelte Subventionierung in die Wege zu leiten. In beiden zentralen ökologischen Politikvorhaben kam der Klimakomponente die Rolle des Vorläufers in der Gesetzgebung zu, ohne dass eine Lösung für die sozialpolitische Begleitung in der Regierungskoalition ausgehandelt bzw. in den Bundestag eingebracht worden war. Mit dem Verfassungsgerichtsurteil zur Nichtigerklärung des zweiten Nachtragshaushaltes 2021 ist nun auch jenes Sondervermögen hinfällig geworden, das als Finanzierungstopf für die sozialpolitische Komponente der Klimapolitik fungieren sollte.

Die CO_2-Steuer (genauer: Bepreisung im Rahmen des Brennstoffzertifikatehandels) und das Klimageld sind schon konzeptionell so entwickelt, dass es sich um zwei rechtlich getrennte Vorgänge handelt: die Pro-CO_2-Einheit-Steuererhebung und die spätere Pro-Kopf-Auszahlung. Rechnerisch ergibt sich die soziale Komponente aus der Klimageldauszahlung minus der Summe der CO_2-Steuerzahlungen in einem Jahr. Ist der Saldo positiv, liegt eine soziale Kompensation vor. Sozialpolitisches ist mithin nur in der Resultante zu erkennen – und dürfte nicht hinreichend bemerkt werden, zumal die Besteuerung bereits seit 2021 ohne jede sozialpolitische Kompensation erfolgt. Eine Reziprozität bzw. eine innere Beziehung zwischen Steuer und Klimageld wird daher öffentlich gar nicht mehr herzustellen sein und erschließt sich nur bei einigem rechnerischen Aufwand. Zudem ist das Klimageld wegen seiner für alle gleichen Höhe nicht als Sozialleistung erkennbar, auch wenn es redistributiv wirkt. Soziales wird zwar getan, aber es wird nicht als Sozialpolitisches erkennbar. Eine sozialpolitische Durchdringung der Klimapolitik erfolgt so noch nicht. Dazu bedarf es einer grundlegend sozialpolitischen Verfassung klimapolitischer Vorhaben, wie dies im Rahmen einer Ökosozialversicherung möglich wäre.

Hier wird noch kein ausgearbeiteter konkreter Vorschlag für eine Ökosozialversicherung präsentiert, sondern nur gezeigt, dass der Institutionstyp Sozialversicherung sich auch für die bessere Abstimmung zwischen Sozial- und Klimapolitik eignet:

- Sozialversicherungen ermöglichen es, monetäre Leistungen von vornherein nach sozialen Kriterien zu differenzieren, also auch Klimapolitik und Sozialpolitik zu integrieren.

- Sozialversicherungen können neben Transferzahlungen auch Beratungs- und Präventionsleistungen umfassen und können diese in einem einheitlichen institutionellen Rahmen aufeinander abstimmen.

- Sozialversicherungen schaffen durch ihren Charakter als Pflichtversicherung eine Versichertengemeinschaft als Gesamtheit der Versicherten, die finanzielle Solidarität gewährleistet und so verdeutlicht, dass die jeweilige Aufgabe, hier die sozialverträgliche Klimapolitik, eine Angelegenheit aller ist.

- Sozialversicherungen sind organisatorisch eigenständige öffentliche Körperschaften, die sich wesentlich über Beiträge finanzieren. Bis auf die staatlichen Unterstützungs-zahlungen bzw. eine staatliche Beitragssäule sind die Finanzen einer Sozialversicherung außerhalb des Bundesetats angesiedelt. Die Ökosozialpolitik kann daher in erheblicher Weise aus der Haushaltspolitik des Bundes ausgegliedert werden, auch wenn die Beitragsfestsetzung eine genuin bundespolitische Aufgabe bleibt.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Was kennzeichnet Sozialversicherungen?

Es sind fünf Merkmale, die den Institutionstyp der Sozialversicherung auszeichnen und seine besondere Leistungsfähigkeit ausmachen:

1. Eine Sozialversicherung setzt Leistungen und Beiträge zueinander ins Verhältnis. Sie bietet ein Modell der Reziprozität. Im Unterschied zu Privatversicherungen ist dieses Verhältnis aber nicht auf der Basis individueller Äquivalenz kalkuliert, sondern erfolgt gemäß sozialer Teilhabeäquivalenz, je nach Sozialversicherungszweig in ganz unterschiedlichem Umfange: Bei der Rentenversicherung ist die Nähe zur individuellen Äquivalenz von Beitragszahlungen und Rentenleistungen größer als in der Krankenversicherung die Relation zwischen Beiträgen und Versorgungsleistungen. Der soziale Ausgleich innerhalb des gemeinschaftlich gepoolten Risikos ist ein Definitionselement von Sozialversicherungen.

2. Die Finanzierung von Sozialversicherungsleistungen erfolgt nicht über Steuern, die dem Non-Affektationsprinzip unterliegen, sondern über Beiträge derjenigen, die zur Versichertengemeinschaft zählen.

3. Sozialversicherungen beruhen auf Pflichtmitgliedschaft. Sie sind keine Vereinigungen mit freier Mitgliedschaft. Nur so kann Free-Riding-Verhalten vermieden werden.

4. Leistungen der Sozialversicherung werden zudem ohne eine Bedürftigkeitsprüfung gewährt.

5. Die rechtliche Trennung vom unmittelbaren Staatsapparat in der Form öffentlich-rechtlicher Körperschaften mit einem gewissen Maß an Selbstverwaltung wird meist als weiteres Grundprinzip von Sozialversicherungen angesehen.

Nicht mehr zum Definitionskern gehören dagegen die paritätische Beitragsfinanzierung, hier gibt es erhebliche Abweichungen in den Sozialversicherungssystemen. Ebenso ist der Bezug auf Erwerbseinkommen und Erwerbspersonen nicht zwingend, auch wenn er historisch zu den zentralen Merkmalen der Sozialversicherungen in Deutschland gehörte. Auch eine Bürger*innenversicherung ist eine Sozialversicherung.

Klimawandel, Klimapolitik und ökosoziale Risiken

Klimapolitik und Sozialversicherung zusammenzudenken, mag zunächst seltsam erscheinen. Schließlich geht es in der Klimapolitik um eine Verminderung insbesondere des CO_2-Ausstoßes, um die weitere Klimaerwärmung zu verhindern (vgl. Edenhofer/Jakob 2019). Natürlich ist nicht zu erwarten, dass alle Fragen der Klimapolitik durch das Institutionsmodell der Sozialversicherung gelöst werden können, aber doch Probleme einer sozialverträglichen Transformation. Sozialversicherungen sind dazu da, Risiken auszugleichen, Verschlech¬terungen der sozialen Lage zumindest zu einem bestimmten Teil abzufangen oder zu kompensieren. Zu beachten ist, dass sich die soziale Situation des Einzelnen bzw. der Haushalte im Bereich von Klima und Klimapolitik auf vier Weisen verändern und verschlechtern kann:

1. durch die Klimakrise selbst, durch Hitzewellen, den Eintritt von Umweltkatastrophen und Überschwemmungen, aber auch durch andere ökologische Krisen wie die verminderte Artenvielfalt,

2. durch gesellschaftliche, insbesondere ökonomische Reaktionen auf den Klimawandel wie z. B. Preisanstiege für bestimmte Energieformen,

3. durch klimapolitische Anpassungsmaßnahmen (adaptation) und

4. durch klimapolitische Präventions- und Transformationsmaßnahmen (mitigation oder auch: transition bzw. transformation).

Die Auswirkungen von Klimakrise und Klimapolitik auf die Einkommens-, Arbeitsmarkt- und Lebenslage vieler Menschen sind weithin bekannt und vielfach beschrieben.[1]

1 Für einen Überblick zur bisherigen Diskussion zum Zusammenhang von Klima- und Sozialpolitik: siehe Bohnenberger 2022.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Das muss hier nicht wiederholt werden. Bei den Sozialversicherungen spielen die Ursachen des Eintritts eines Risikofalls allerdings oft nur eine untergeordnete Rolle. Aber in der Unfallversicherung spielt die Ursache eine zentrale Rolle, wenn zu klären ist, ob es sich um einen Unfall im Arbeitskontext handelt oder nicht bzw. ob eine Krankheit eine Berufskrankheit ist oder nicht. Aber für alle nicht berufsbedingten Krankheiten ist es nicht relevant, ob diese nun ausgelöst werden durch abträgliches Verhalten wie ungesunde Ernährung oder durch Stress am Arbeitsplatz, Ärger in der Familie, genetische Vorbelastungen oder Beeinträchtigungen durch das veränderte Klima etc. Ursachen spielen für die Gewährung von Gesundheitsdienstleistungen und Krankengeld daher in der Regel keine Rolle. Insofern werden alle Folgen des Klimawandels bloß als eine weitere Ursache für den Eintritt eines bekannten sozialen Risikos erscheinen.

Man kann daher, wenn die klassischen Risikofälle Erwerbsminderung, Krankheit, Tod, Pflege, Verunfallung oder Arbeitslosigkeit zunehmend von klima- und umweltpolitischen Entwicklungen bedingt werden, von einer *ökologischen Prägung sozialer Risiken* sprechen, wie wiederum am Beispiel der Gesundheit gezeigt werden kann. Die wichtigsten Effekte des Klimawandels umfassen Krankheiten und Todesfälle als Folge von Hitzewellen und als Folge von sehr kalten Winterzeiten sowie Krankheiten, Unfällen oder Todesfällen infolge von Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen, Bränden oder Stürmen und in Reaktion auf veränderte Luftqualität. Es verändern sich die Intensitäten und das Ausmaß bestimmter Krankheiten sowie die Stärke von Krankheitserregern wie z. B. Viren in ihrer Wirkung auf Mensch, Tiere und Pflanzen. Neue Krankheiten können auftreten, aber all dies ist im Rahmen der Krankenversicherung zu bearbeiten. Auch andere ökologisch geprägte soziale Risiken können im Rahmen der bestehenden Sozialversicherungssysteme aufgefangen werden: So können durch Klimawandel bedingte veränderte Arbeitsmarktchancen in bestimmten Berufen und Branchen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitslosenversicherung zumindest bearbeitet werden.

Keineswegs abgesichert sind dagegen die Folgen auf die Einkommen

- aus erforderlichen Aufwendungen für den Schutz gegen die Klimakrise,
- aus Preissteigerungen für bestimmte Produkte und Leistungen aufgrund von marktlichen Entwicklungen oder
- aus Preissteigerungen aufgrund staatlich initiierter Klimaanpassungs- oder -transformationspolitik. Verschiebungen in der Verfügbarkeit und dem Preisniveau von Energiequellen und Ressourcen durch CO_2-Steuern oder entsprechendem Emissionshandel und regulativen Maßnahmen.

All dies trifft Menschen mit ganz unterschiedlichem Einkommen und ökonomischen Anpassungsmöglichkeiten. In einer neuen Sozialversicherung kann man diesem Klimainflationsrisiko weitaus besser begegnen als mit den Mitteln von Einmalzahlungen oder einem für alle gleichen Klimageld. Von einem *Klimainflationsrisiko* sollte man nur dann sprechen, wenn sich Preiserhöhungen, seien sie politisch gewollt (z. B. Emissionshandel) oder gerade nicht gewollt (z. B. spekulative Tendenzen auf Energiemärkten), auf spezifische Produktgruppen beziehen. Wenn Preissteigerungen durch staatliche Transformationspolitik bewusst herbeigeführt werden, setzt eine marktwirtschaftliche Lösung des Umwelt- und Klimaproblems (Edenhofer/Jakob 2019) voraus, dass Substitutionsmöglichkeiten als Reaktion auf Preissteigerungen zur Verfügung stehen. Wenn die monetären Kosten der alternativen Handlungsmöglichkeiten zumindest kurzfristig aber höher sind als die durch Steuern verteuerten traditionellen Produkte, dann kommt es zum Verbleib bei den alten Produkten mit dem Zwang zur Hinnahme der Preissteigerungen. Ähnlich ist es, wenn die weltwirtschaftlichen Reaktionen auf Klimaveränderungen und Klimapolitik so abrupt erfolgen, dass die Preissprünge auch bei Haushalten mit mittleren Einkommen zeitweise nur mit Schwierigkeiten bewältigt werden können. Aus klimabedingten Preissteigerungen, die als Signal für eine zu verändernde Lebensweise gelten

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

könnten, wird ein nur schwer zu bewältigendes *ökosoziales Risiko insbesondere für untere und mittlere Einkommensgruppen*. Will man nicht die Klimawandelvorsorge und -bekämpfung zu einer Angelegenheit des Geldbeutels werden lassen, bedarf es eines Schutzes gegen das Risiko, einkommensmäßig zu stark belastet zu werden.

Dass Klimapolitik ohne soziale Flankierung politisch nicht durchsetzbar sein wird und Verwerfungen erzeugt, die niemand wollen kann, ist nach dem Heizungsgesetz-Debakel des Jahres 2023 einsichtig. Dass aber diese sozialpolitische Begleitung der Klimapolitik nicht in bloßer „Flankierung" durch (Einmal-) Zahlungen oder Subventionstöpfe erfolgen kann, sondern genuin sozialpolitischer Regelungs- und Organisationsformen bedarf, ist noch neu. Genau da kann die Idee einer Ökosozialversicherung ansetzen.

Die Grundidee einer Ökosozialversicherung

Auf dem Gebiet der Sozialpolitikforschung war die ökologische Thematik lange Zeit nur bei wenigen Autor*innen Ausgangspunkt eigener Forschung und Theoriebildung. Die umfassendste Verbindung sozialer und ökologischer Fragen hat wohl Ian Gough in „Heat, Greed and Human Need. Climate Change, Capitalism and Sustainable Wellbeing" aus dem Jahre 2017 präsentiert. Seine Zielsetzung lautet: „to integrate sustainability, efficiency and justice goals within the world of democratic welfare states" (Gough 2017: 108). Eine Vielzahl der in diesem Buch gemachten Überlegungen sind seither intensiv in dem neuen Forschungsfeld der Sustainable Welfare Research diskutiert und auch weiterentwickelt worden. Derartige Entwürfe konzentrieren sich aber oft auf Maßnahmen und Programmlinien. Es bedarf jedoch zusätzlich einer *institutionellen Verknüpfung* von Klimapolitik und Sozialpolitik. Die Schaffung einer Ökosozialversicherung als sechster Säule des deutschen Sozialversicherungssystems kann genau das leisten.

Grundelement jeder Sozialversicherungslösung ist das Poolen von Risiken. Das zu versichernde ökosoziale Risiko liegt in der Einkommensminderung durch erhöhte Aufwendungen für den Klimaschutz oder aufgrund der Schadensfolgen von Extremwetterereignissen etc. Versichert wird in einer Ökosozialversicherung das Risiko, durch Klimawandelfolgen oder Klimaschutzmaßnahmen in seiner Einkommenssituation stark beeinträchtigt zu werden. Der Versicherungsfall in einer Ökosozialversicherung ist als Eintritt einer Schädigung der Einkommenssituation als Folge der zunehmenden Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen definiert. Leistungen der Versicherung werden nur dort ausgelöst, wo die Schädigungen sich sozial extrem ungleich auswirken oder schlicht nicht mehr getragen werden können. Entsprechend muss über eine Reihe von Indikatoren und dazu gehörende Schwellenwerte entschieden werden. Derartige Konkretionen bilden für Sozialversicherungen aber keine neue Entscheidungssituation. Im Rahmen der Krankenversicherung muss darüber entschieden werden, welche Behandlungen, Arznei- und Hilfsmittel als notwendige, ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Elemente der Gesundheitsversorgung gelten können. Das entscheidet in der Bundesrepublik nicht das Parlament oder eine einzelne Krankenkasse, sondern der Gemeinsame Bundesausschuss, ein Gremium mit Krankenkassen und Leistungserbringern als entscheidungsberechtigten Mitgliedern und Patient*innenvertretungen mit beratender Stimme. Bei einer Ökosozialversicherung wird man ebenso ein Gremium benötigen, das die – sicher immer umstrittenen – Entscheidungen über Schädigungsindikatoren und Schwellenwerte trifft.

Im Einzelnen könnte der Versicherungsfall so aussehen, dass bei Eintritt einer Minderung des verfügbaren monatlichen Einkommens durch erhöhte klimabedingte Aufwendungen (z. B. erhöhte Energiekosten, Anschaffung einer neuen Heizungsanlage) um einen bestimmten, je nach Einkommensniveau sozial gestaffelten Prozentwert eine Ausgleichszahlung durch die Sozialversicherung erfolgt. Auch hier gilt, dass die Feststellung der Aufwendungen, die als klimabedingt zählen, nach gesetzlichen Vorgaben durch geeignete Gremien innerhalb der Ökosozialversicherung

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

erfolgt. Die Versicherungsleistung besteht hier in Transferzahlungen zum (Teil-)Ausgleich der Einkommenseinbußen. Statt Subventionen z. B. für erneuerbare Energien breit gestreut zu finanzieren, kann hier sozial gezielt ein Ausgleich geschaffen werden.

Über Transferleistungen hinaus sind auch Leistungen zur Prävention denkbar, z. B. Beratungsdienstleistungen zur Verbesserung der CO_2-Bilanz von Haushalten und Unternehmen. Eine noch größere Dimension können Präventionsleistungen annehmen, wenn man aus dem Aufkommen einer Ökosozialversicherung auch den Aufbau eines dem Arbeitsschutz analogen Systems betrieblicher ökologischer Vorsorge fördern würde, z. B. mit Dekarbonisierungsbeauftragten (zusätzlich oder in Kombination mit Umweltbeauftragten) in den Betrieben zur Entwicklung von CO_2-Minderungsstrategien und Kontrolle von entsprechenden Standards.

Die Ökosozialversicherung könnte auch für Mieter*innen und Wohnungsbesitzer*innen eine Absicherung darstellen: Für Wohnungsbesitzer*innen wäre es eine Pflicht-Elementarschadenversicherung – auch um Situationen wie zuletzt im Ahrtal zu verhindern, dass *nach* einer Überschwemmungskatastrophe erst eigens Bund-Länder-Fonds gebildet und Regeln gefunden werden müssen, wie mit jenen umgegangen werden soll, die auf eine eigene Privatversicherung für ihr Gebäude verzichtet haben im Verhältnis zu jenen, die sich versichert hatten. Die gemeinsame Regelung in der Ökosozialversicherung kann mit einer Verwaltung auch über die privaten Versicherungen verbunden werden, so dass keine Nachteile für die Branche der Privatversicherungen entstehen müssen. Für Mieter*innen mit nicht so hohem Einkommen wäre es eine Absicherung gegenüber Lasten aus der Modernisierungsumlage, wie sie sich zum Beispiel beim Austausch der Heizungsanlage durch die Vermieter*innen ergeben.

Auf der Seite der Finanzierung ist zunächst an Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber zu denken. Auf Seite der Erwerbstätigen könnten die Ökosozialbeiträge nach dem Einkommen gestaffelt anfallen. Basis eines Ökosozialversicherungsbeitrages auf Arbeitgeberseite könnte der Kohlenstoffgehalt von im Unternehmen eingesetzten Energieträgern sein mit der Bemessungsgrundlage der CO_2-Emissionen in Tonnen, die bei der Nutzung dieser Energieträger frei werden, um zusätzliche Anreize zur klimaneutralen Produktion zu setzen.

Die Konzeption der Ökosozialversicherung als klassische Arbeitnehmer*innenversicherung entspricht aber nicht dem Charakter des alle Personen betreffenden Problems des Klimawandels. Es bietet sich vielmehr die Einbeziehung aller Wohnpersonen an. Hausbesitzende (grundsteuerpflichtige Personen) zahlen einen nach Extremwettergefährdungsklassen gestaffelten zusätzlichen Beitragssatz. Bei selbstgenutztem Wohneigentum entfällt dann der Beitragsanteil, der auf die Mieter*innensicherung gegen die Belastung aus der Modernisierungsumlage entfallen. Über eine Beitragsbemessungsuntergrenze für Kleinunternehmen und kleine Selbständige wäre zu diskutieren. Als weitere Beitragssäule könnten die Einnahmen aus der CO_2-Steuer (oder ein Anteil davon) genutzt werden.

Dies sind nur allererste Überlegungen, um die Idee einer Ökosozialversicherung durch ein wenig Konkretion plausibel zu machen. Es bedarf natürlich der Zusammenarbeit von Expert*innen für Klimapolitik und solchen für Sozialpolitik, um aus dieser Idee einen Entwurf zu entwickeln, der schließlich als Grundlage von Modellrechnungen und politischen Überlegungen zur Umsetzung dienen könnte. ■

Literatur:

Bohnenberger, K. (2022): Klimasozialpolitik. Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik, DIFIS-Studien 3/22, online unter: https://difis.org/institut/publikationen/publikation/24 [letzter Abruf: 7.12.2023].

Edenhofer, O./Jakob, M. (2019): Klimapolitik: Ziele, Konflikte, Lösungen, München.

Gough, I. (2017): Heat, Greed and Human Need. Climate Change, Capitalism and Sustainable Wellbeing, Cheltenham (UK)/Northampton (MA).

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Transformation von Arbeit: Soziale Dienstleistungen als vergessener Aktivposten im Transformationsdiskurs

von Michaela Evans und Lena Marie Wirth

Michaela Evans, Leiterin des Forschungsschwerpunktes „Arbeit und Wandel", Institut Arbeit und Technik (IAT), Westfälische Hochschule, Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind: Entwicklung von Erwerbsarbeit und informeller Arbeit, Arbeitspolitik und soziale Dienstleistungsarbeit sowie Digitalisierung der Arbeitswelt.

Foto: © IAT

Dr. Lena Marie Wirth leitet gemeinsam mit Michaela Evans den Forschungsschwerpunkt Arbeit & Wandel am Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind: Veränderungsbewältigung in Organisationen, gesunde Arbeits- und Organisationskonzepte, neue Technologien und deren Einfluss auf die Wahrnehmung und Interpretation von (Arbeits-)Welt sowie häusliche Sorgenetzwerke im Rahmen von Gesundheit und Pflege.

Foto: © privat

Wirtschaft und Arbeitswelt stehen vor großen Herausforderungen. Die demografische Entwicklung, akute Fach- und Arbeitskräfteengpässe in vielen Branchen und Berufen, der Bedeutungsgewinn der Fachkräfteanwerbung aus dem Ausland, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) ebenso wie Strategien der Dekarbonisierung für eine „grüne" Wirtschaft stehen beispielhaft hierfür (Rat der Arbeitswelt 2023). Charakteristisch für diesen Wandel ist die Parallelität von Struktur- und Technologiewandel einerseits, sozioökonomischem und soziokulturellem Wandel andererseits. In Politik und Fachwelt wird die längerfristig wirksame Richtung dieses Wandels oftmals in das begriffliche Konzept „sozialer, ökonomischer und ökologischer Transformation" gefasst. Leitend ist der Grundgedanke komplexer, aber gleichwohl progressiv ausgerichteter Veränderungsprozesse für eine nachhaltigere Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweise. Das begriffliche Konzept „sozialer, ökonomischer und ökologischer Transformation" ist ebenso unbestimmt wie mehrdeutig. Dies ist einerseits ein Vorteil, da es damit hinreichend ist, die Vielfalt und Komplexität gegenwärtiger Veränderungsprozesse zu integrieren. Andererseits bergen diese Unbestimmtheit und Mehrdeutigkeit das Risiko, dass die dafür notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung bestehender Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensverhältnisse aus dem Blick geraten.

Entgegen der weit verbreiteten Sorge um einen technologisch begründeten Arbeitsplatzabbau werden die künftigen Aussichten mit Blick auf das verfügbare Stellenangebot insgesamt gleichbleibend eingeschätzt (Matthes et al. 2019). Prognosen zufolge wird das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland jedoch auch unter der Bedingung von Zuwanderung bis 2060 deutlich zurückgehen (Hellwanger et al. 2023). Die Engpasslage auf dem Arbeitsmarkt wird sich in einigen Bundesländern und Regionen in den kommenden Jahren nochmals deutlich verschärfen (Zika et al. 2022). Zwar sind insgesamt keine Arbeitsplatzverluste für Deutschland zu befürchten, gleichwohl ist eine Um- und Neuverteilung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsperspektiven zwischen Regionen, Branchen und Berufen wahrscheinlich, wobei insbesondere für den Sozial- und Gesundheitssektor ein deutlich steigender Fach- und Arbeitskräftebedarf prognostiziert wird (Matthes et al. 2019; Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2023).

Dies erfordert eine strukturelle Neuausrichtung von Zukunftsstrategien für Regionen, Betriebe und (potenziell) Beschäftigte: Wie kann es gelingen, den steigenden Fach- und Arbeitskräftebedarf einzulösen? Wie können individuelle Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt, Beschäftigungsfähigkeit und berufliche Entwicklungsperspektiven angesichts komplexer und

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

volatiler Veränderungsdynamiken sichergestellt und gefördert werden? Welche konkreten Maßnahmen sind in Hinblick auf unterschiedliche Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensverhältnisse notwendig, um eine positive – mehr noch: progressive – Transformations- und Gestaltungsperspektive für Regionen, Betriebe und (potenziell) Beschäftige zu entwickeln? Gerade in Regionen, die in den vergangenen Jahrzehnten erheblich vom Strukturwandel betroffen waren, ist der Begriff „Transformation" für viele Menschen auch abstrakt, Transformationen können zudem durch Ungewissheit und Zukunftssorgen geprägt sein (Schulz/Trappmann 2023).

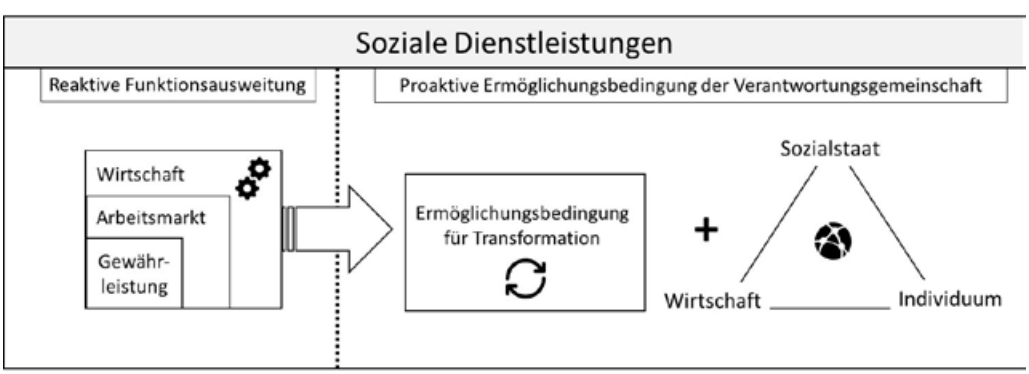
Strukturelle Funktionserweiterung sozialer Dienstleistungen

Soziale Dienstleistungen stellen neben Transferleistungen die zweite Säule des deutschen Wohlfahrtsstaates dar. Sie werden in Form personenbezogener Beratung, Betreuung, Begleitung, Pflege und Therapie durch soziale Dienste erbracht (Dahme/Wohlfahrt 2015). Der Blick in die Geschichte zeigt: Sozialer und ökonomischer Wandel waren schon immer auf das Zusammenspiel mit leistungsfähigen personenbezogenen, sozialen Dienstleistungen angewiesen. Stand zunächst primär die Gewährleistungsfunktion sozialer Dienstleistungen im Mittelpunkt, wurde diese Perspektive im nächsten Schritt um eine sozialpolitische Dienstleistungsfunktion erweitert. Hierdurch rückten die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Wirkungseffekte von Sozialpolitik in den Fokus (Badura/Gross 1976: 11). Im Strukturwandel der 1990er Jahre wurde deutlich, dass soziale Dienstleistungen in Erweiterung ihrer Funktion der Gewährleistung und der Abfederung individueller Lebensrisiken einen Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor darstellen. Dies fand in Begriffen wie „Gesundheitswirtschaft" oder „Sozialwirtschaft" seinen Ausdruck. Leitend war der Gedanke, dass mehr und qualitativ hochwertige soziale Dienstleistungen sowohl die Lebensverhältnisse der Menschen entscheidend verbessern als auch volkswirtschaftliche Beschäftigungs- und Wertschöpfungseffekte erzielen.

Mit der Funktionserweiterung sozialer Dienstleistungen veränderte sich die Perspektive: Es ging nicht mehr allein darum, individuelle Benachteiligungen durch soziale Dienstleistungen aufzufangen, sondern über leistungsfähige soziale Dienstleistungen ein Fundament dafür zu schaffen, dass sozialer und ökonomischer Fortschritt unter Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts überhaupt möglich wird.

Aktuell erhitzen Debatten die Gemüter, die über notwendige Investitionen für gelingende soziale, ökonomische und ökologische Transformationen geführt werden. Dabei erscheinen die Umfragewerte der Parteien oftmals diskursleitender als ein Blick auf das große Ganze. In diesem Kontext wird ein altbekanntes Narrativ neu bemüht: Ein kostenintensiver Sozialstaat mit seinem Sozialleistungssystem auf der einen Seite, eine innovations- und investitionsintensive Wirtschaft auf der anderen Seite. Diese di-

Abbildung 1: Strukturelle Funktionserweiterung sozialer Dienstleistungen



Quelle: eigene Darstellung

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

chotome Unterscheidung in zwei Antagonisten verfehlt die Abhängigkeiten und Komplementarität zwischen Wirtschaft und Sozialstaat. Angesichts dieser Argumentationslogik scheinen nicht nur die Erfahrungen der Corona-Pandemie schon wieder Lichtjahre entfernt zu sein, sondern auch der Gedanke der Investivfunktion des Sozialleistungssystems, seiner personenbezogenen, sozialen Dienste und sozialer Dienstleistungsarbeit.

Wir vertreten die These, dass Investitionen in und Innovationen für soziale, personenbezogene Dienstleistungen nicht nur unverzichtbar zur Abfederung individueller, sozialer und ökonomischer Risiken im Wandel von Wirtschaft und Arbeitswelt sind, sondern dass soziale Dienstleistungen im Kontext der skizzierten Transformationen eine strukturelle Funktionserweiterung erfahren. Soziale Dienstleistungen werden zur proaktiven Ermöglichungsbedingung für eine neue Verantwortungsgemeinschaft im Zusammenspiel von Wirtschaft, Sozialstaat und Individuum (s. Abb. 1). Mit „Ermöglichungsbedingung" wird hier begrifflich eingefangen, dass an immer mehr Stellen deutlich wird, dass unsere Gesellschaft ohne mehr Aufmerksamkeit, Investitionen und Innovationen in soziale Dienstleistungen zukünftig nicht mehr die Leistungsstärke aufbringen werden kann, die für gelingende Transformationsprozesse in den nächsten Jahren erforderlich sein wird. Soziale Dienstleistungen sind aus dieser Perspektive kein kostenintensives Problem, sie sind sowohl eine „herrliche Gelegenheit" (Joan Robinson 1965: 109 ff; zitiert nach Lehndorff 2006: 273) als auch „drängende Notwendigkeit" für eine progressiv ausgerichtete Transformationspolitik.

Transformation von Arbeit: Soziale Dienstleistungen als Ermöglichungsbedingung

Die vorab skizzierte Funktionserweiterung sozialer Dienstleistungsarbeit lässt sich exemplarisch anhand von drei Beispielen erläutern: Der Sicherstellung von Vereinbarkeitsstrukturen für pflegende Erwerbstätige, der Förderung der Teilhabe am Erwerbsleben durch Infrastrukturen für frühkindliche Bildung und Erziehung sowie der Arbeitsmarktintegration langzeitarbeitsloser Menschen.

Rund 3 Millionen Menschen in Deutschland sind pflegende An- und Zugehörige und zugleich pflegende Erwerbstätige (Rebaudo et al. 2021: 17). Einschränkungen im Erwerbsleben können bereits dann eintreten, wenn regelmäßig häusliche Pflegetätigkeiten von mehr als einer Stunde pro Tag ausgeübt werden. Pflegende Angehörige weisen eine niedrigere Wochenarbeitszeit im Vergleich zu Personen ohne Pflegeaufgaben auf (Kuhlmey/Budnick 2022: 551). Rund ein Drittel der pflegenden Beschäftigten reduziert ihre Arbeitszeit aufgrund hoher Belastungen oder gibt die Berufstätigkeit sogar ganz auf (Schneekloth et al. 2017). Die Folgen sind unter anderem Einkommensrisiken für die pflegenden Beschäftigten und ein erhöhter Krankenstand in Unternehmen.

Die Übernahme familialer Sorgearbeit – worunter auch die Pflege von Familienmitgliedern oder Freunden fällt – ist zudem einer der zentralen Hinderungsgründe für die Teilhabe an beruflichen/betrieblichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (Osiander/Stephan 2018). Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ist entsprechend nicht nur eine Anforderung, die individuell gelöst werden kann, sondern sie ist auch Gestaltungsaufgabe für Unternehmen und Regionen. Denn auch familiale und informelle Sorgenetzwerke sind fragil (z.B. Eggert et al. 2021). So engagieren sich vielerorts Unternehmen, Behörden und andere Organisationen vor dem Hintergrund ihres akuten Arbeits- und Fachkräftemangels im Zusammenspiel mit sozialen Diensten dafür, passgenaue Angebote zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege vorzuhalten (Völz et al. 2023).

Die Sicherstellung von Infrastrukturen für frühkindliche Bildung und Erziehung, der Ausbau von Ganztagsschulen sowie flexibler Betreuungsangebote für (Grund-)Schulkinder, sind zentrale Voraussetzungen für die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, die wirtschaftliche Stabilität von Familien sowie die Erwerbs- und Karrierechancen von Eltern. Von den insgesamt 5,3 Mio. erwerbstätigen Müttern mit Kind unter 18 Jahren arbeiten etwa 2,5 Mio.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

weniger als 28 Stunden die Woche. Würden diese Mütter ihre Erwerbstätigkeit durch gute Vereinbarkeitsstrukturen nur um eine Stunde erhöhen, wären dies 2,5 Mio. Wochenstunden an zusätzlicher Arbeitszeit – das entspricht bei einer 36-Stunden-Woche insgesamt 71.000 Vollzeitäquivalenten (Prognos 2022). Doch faktisch fehlen in Deutschland derzeit entsprechende Betreuungsmöglichkeiten. Dies führt dazu, dass Eltern die Betreuung oftmals selbst organisieren müssen, Arbeitsstunden reduzieren oder gar nicht erst auf den Arbeitsmarkt zurückkehren. Fehlende Infrastrukturen sind zudem für die Umverteilung von familialer Sorgearbeit kaum förderlich. Auch in diesem Kontext werden Arbeitgeber bereits selbst aktiv, indem sie für ihre Belegschaft professionelle Arbeitgeberservices, die von privaten und freigemeinnützigen Trägern angeboten werden, in Anspruch nehmen, um die Betreuungssituation für ihre Beschäftigten zu verbessern.

Das Ruhrgebiet – und hier insbesondere das nördliche Ruhrgebiet mit der Emscher-Lippe-Region – hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil an langzeitarbeitslosen Menschen. Die meisten von ihnen kämpfen mit gravierenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen, oft handelt es sich um chronische Erkrankungen (Schad et al. 2023). Früher wurde primär die sozialpolitische Verantwortung adressiert mit dem Ziel, die Teilhabe von gesundheitlich beeinträchtigen langzeitarbeitslosen Menschen zu erhöhen. Doch in Zeiten, wo in nahezu allen Branchen und Regionen händeringend nach Arbeits- und Fachkräften gesucht wird, werden wirksame Maßnahmen einer integrierten Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik auch zu einer Frage der Zukunftsaussichten von Wirtschaft, Beschäftigung und regionaler Strukturpolitik.

Bei einem unteren Schätzwert weisen über 1.570.000 Menschen im SGB II-Leistungsbezug erhebliche gesundheitliche Einschränkungen auf (Schad et al. 2023). Darüber hinaus haben langzeitarbeitslose Menschen oftmals nicht nur gesundheitliche Einschränkungen, sondern sie sind zugleich mit multiplen Alltagsherausforderungen konfrontiert. Dazu zählen etwa fehlende Ausbildungs- und Schulabschlüsse, ein höheres Lebensalter wie auch familiale Sorgeverpflichtungen (z. B. Kindererziehung, Pflege von An- und Zugehörigen), die nach wie vor zu den Hauptherausforderungen für die Sicherstellung von Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt zählen (Klingert/Lehnhart 2017). Über 200.000 junge Menschen unter 25 Jahren sind derzeit arbeitslos (Bundesagentur für Arbeit 2023), ihre Integration in den Ausbildungs- und Stellenmarkt erfordert mehr als Jobmessen oder Angebote der Berufsorientierung. Die Entwicklung gesundheitsbezogener Interventionsansätze und arbeitsmarktintegrativer Gesundheitsförderung für erwerbslose Menschen hat in den letzten Jahren an Bedeutung und nicht zuletzt mit dem Förderaufruf zum Bundesprojekt „rehapro“ nochmals deutlich an Dynamik gewonnen. Wie unter anderem das rehapro-Projekt „G.A.T – Gesundheit.Arbeit.Teilhabe“ gezeigt hat, können durch innovative sektorübergreifende Unterstützungsdienste und gesundheitsorientierte Case-Management-Konzepte neue Wege der Integration langzeitarbeitsloser Menschen beschritten werden[1].

Funktionserweiterung, aber fehlender strategischer Bedeutungsgewinn: Droht der Kipppunkt?

Soziale Dienstleistungen haben, gemessen an ihren Beschäftigungs- und volkwirtschaftlichen Wertschöpfungseffekten, in den letzten Jahrzehnten erheblich an Bedeutung und Umfang gewonnen. Der Ausbau sozialer Dienstleistungen wurde jedoch begleitet durch den Einzug von ökonomischen Denkfiguren in die Steuerungsmechanismen derjenigen Organisationen/Institutionen (Vogd et al. 2018; Slotala 2011), die soziale Dienstleistungen anbieten. Ein populäres Beispiel ist der Einzug des „New Public Managements“ in die deutsche Verwaltung, die auch nicht vor Arbeitsmarktagenturen oder sozialen Diensten „Halt“ machte (Schedler und Proeller 2011). Für die Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitsaufgaben und vor allem auch den infrastrukturellen Ausbau, bedeutete dies, dass Klient:innen und pflegebedürftige Personen immer öfter zu Kund:innen wurden

1 Vgl. https://www.modellvorhaben-rehapro.de/SharedDocs/Projektdaten/Projektdarstellung_GAT.html [letzter Abruf: 11.12.2023].

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

(Becker et al. 2017). Das Ziel, durch diese Umdeutung Effizienzressourcen im Sozial- und Gesundheitssektor zu heben, verkannte den Umstand, dass benachteiligte Personen keine Kund:innen sind, sondern ihre Bedarfe und Bedürfnisse in (quasi)-vermarktlichten Strukturen nicht zu einer Optimierung des Angebots führen (ebd.).

Neben den positiven Auswirkungen, wie bspw. neuen Beschäftigungsfeldern im Bereich sozialer Dienstleistungen, wird in den letzten Jahren immer deutlicher, dass die gestiegene Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen von einem sich stetig zuspitzenden Fachpersonenmangel begleitet wird. Die Fachpersonen, welche die sozialen Dienstleistungen anbieten können, wachsen nicht im gleichen Ausmaß wie die Arbeitsfelder und die gesellschaftlichen Gestaltungsherausforderungen. Weiterhin zeigt sich, dass Fach- und Hilfspersonen diese stark nachgefragten Berufe unter den aktuellen vermarktlichten Bedingungen nicht mehr ausführen können und wollen (Auffenberg et al. 2022). Zu groß scheint eine Diskrepanz zwischen berufsethischen Grundlagen und den Realitäten in den Institutionen (Wirth et al. 2021).

Hier droht ein sozialer und ökonomischer Kipppunkt: Denn zum einen spiegelt sich die Funktionserweiterung sozialer Dienstleistungen zwar in ihrem quantitativen, nicht jedoch in ihrem strategischen Bedeutungszuwachs wider. Zum anderen werden personelle Engpässe in den sozialen Dienstleistungen zu einem Risiko für eine progressiv ausgerichtete Transformationspolitik. Denn die Ausläufer fehlender Aufmerksamkeit, nachhaltiger Investitionen und Innovationen im Bereich sozialer Dienstleistungen sind bereits zu verspüren. Fachpersonen arbeiten bei hoher Nachfrage nur dort, wo die Bedingungen gut sind und Fachpersonen arbeiten nur dann, wenn sie eigene Sorgenetzwerke für ihre jungen/alten An- und Zugehörigen haben. Soweit diese mitunter durch soziale Dienste erbrachten Leistungen nicht vorhanden sind, fehlen diese Personen in ihren eigentlichen Berufen. Wie die Coronakrise eindrücklich gezeigt hat, fehlen sie im Bereich der sozialen Dienstleistungen selbst, aber auch innerhalb von weiteren Branchen und Berufen, die für gesellschaftliche, wirtschaftliche und sozioökologische Transformationsbemühungen händeringend benötigt werden.

Soziale Dienstleistungen, Wirtschaft und Sozialstaat: Auf dem Weg zu einer neuen Verantwortungsgemeinschaft?

Die Herausforderungen zur Bewältigung der „sozialen, ökonomischen und ökologischen Transformation" drohen unsere Gesellschaft immer stärker zu spalten, da weiterhin in bekannten Dichotomien zwischen Sozialstaat und Wirtschaft, aber auch Sozialstaat/Wirtschaft und individueller Verantwortung gedacht und gehandelt wird. Hier gilt es entsprechend der Einschätzung der Autorinnen einen dringend notwendigen Perspektivwechsel weg von einzelnen Verantwortungsdichotomien und -zuschreibungen hin zu einer Verantwortungsgemeinschaft zu wagen. Im Kern sind damit drei Schritte erforderlich, die neben dem Wechsel der Perspektive konkrete Umsetzungshinweise umfassen:

- **Investiv- und Ermöglichungsfunktion von sozialen Dienstleistungen ausbauen**

Soziale Dienstleistungen haben im Rahmen der anstehenden Transformation einen maßgeblichen Einfluss auf eine erfolgreiche Bewältigung aktueller sozialer, ökonomischer und ökologischer Transformationsanforderungen. Sie eröffnen Möglichkeitsräume für eine Gesellschaft, die allen beteiligten Menschen Zugang zu einer nachhaltigeren Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweise eröffnen.

- **Abkehr von dichotomen Narrativen und Suchbewegung hin zu einer Verantwortungsgemeinschaft**

Die aktuellen Transformationsanforderungen umfassen alle Bereiche unserer Gesellschaft und können infolgedessen nicht mit einzelnen Initiativen grundlegend bewältigt werden. Diese einfach erscheinende Aussage greift jedoch grundlegende Dichotomien unserer politischen und gesellschaftlichen Grundverständnisse an. Dichotome Verantwortungsbereiche zwischen Individuum und Sozialstaat/Wirtschaft sowie Wirtschaft und Sozialstaat lösen sich auf. Das

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Resultat sind neue Formen von geteilter Verantwortung im Verantwortungsdreieck: Sozialstaat, Wirtschaft und Individuum, die sich nicht auf „klare Zuständigkeiten" berufen können, sondern als progressive Suchbewegung stets neu ausgehandelt werden. Ziel muss es daher sein, diesen Wandel und die damit verbundenen Aushandlungsprozesse stärker zu beforschen und parallel aktiv mitzugestalten.

- Visibilität von Ansätzen zur „geteilten Verantwortung" fördern und ausbauen

Wir sind mittendrin in der Transformation. Überall entstehen neue Ansätze für ein Tragen von geteilter Verantwortung. Was jedoch fehlt sind gezielte Maßnahmen zur Erhöhung der Visibilität dieser Ansätze und zur Förderung für deren Ausweitung. „Wege entstehen dadurch, dass man sie geht" (Kafka), muss demnach um ein Teilen dieser Wegerfahrung ergänzt werden, damit geschaffene Möglichkeitsräume nach deren Öffnung nicht leer bleiben, da ein Verharren in gewohnten Mustern kurzfristig einfacher erscheint. ■

Literatur

Auffenberg, J./Becka, D./Evans, M./Kokott, N./Schleicher, S./Braun, E. (2022): „Ich pflege wieder, wenn …" - Potenzialanalyse zur Berufsrückkehr und Arbeitszeitaufstockung von Pflegefachkräften. Kooperationsprojekt der Arbeitnehmerkammer Bremen, des Instituts Arbeit und Technik Gelsenkirchen und der Arbeitskammer des Saarlandes. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.

Badura, B./Gross, P. (1976): Sozialpolitische Perspektiven. Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen. München: Piper.

Becker, K./Lenz, S./Thiel, M. (2017): Pflegearbeit zwischen Fürsorge und Ökonomie. Längsschnittanalyse eines Klassikers der Pflegeausbildung. In: Berliner Journal für Soziologie 26, S. 1–27.

Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. (2015): Soziale Dienstleistungspolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Döhner, H/Gaugisch, P./Geyer, J./Hendlmeier, I./Igl, G./Jungjohann, I. et al. (2016): Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. 1. Auflage. Berlin: Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP-Themenreport).

Ehrlich, U./Minkus, L./Hess, M. (2020): Einkommensrisiko Pflege? Der Zusammenhang von familiärer Pflege und Lohn. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 53 (1), S. 22–28.

Eggert, S./Teubner, C./Budnick, A./Gellert, Paul (2021): Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: generelle und aktuelle Herausforderungen Betroffener. In: Jacobs, K./Kuhlmey, A./Greß, S./Klauber, J/Schwinger, A. (Hg.): Pflege-Report 2021. Sicherstellung der Pflege: Bedarfslagen und Angebotsstrukturen. Berlin et al.: Springer: S. 59–69.

Hellwagner, T./Söhnlein, D./Weber, E. (2023): Modeling Migration Dynamics in Stochastic Labor Supply Forecasting. IAB-Discussion Paper 5/2023, Nürnberg.

Klingert, I./Lenhart, J. (2017): Jobcenter-Strategien zur Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen. IAB-Forschungsbericht 3/2017, Nürnberg.

Kuhlmey, A./Budnick, A. (2023): Pflegende Angehörige in Deutschland: Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit. In: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz 66 (5): S. 550–556.

Lehndorff, S. (2006): Motor der Entwicklung – oder fünftes Rad am Wagen? Soziale Dienstleistungen als gesellschaftliche Investitionen. In: Lehndorff, S. (Hg.): Das Politische in der Arbeitspolitik: Ansatzpunkte für eine nachhaltige Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung. Berlin: Edition Sigma, S. 249–277.

Matthes, B./Dauth, W./Dengler, K./Gartner, H./Zika, G. (2019): Digitalisierung der Arbeitswelt: Bisherige Veränderungen und Folgen für Arbeitsmarkt, Ausbildung und Qualifizierung. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. IAB-Stellungnahmen, 11/2019. Nürnberg.

Osiander, C./Stephan, G. (2018): Unter welchen Bedingungen würden sich Beschäftigte weiterbilden? Ergebnisse eines faktoriellen Surveys. IAB-Discussion-Paper 4. Nürnberg.

Prognos (2022): Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Beitrag zur Fachkräftesicherung. Policy-Paper im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Unternehmensprogramms "Erfolgsfaktor Familie". Berlin.

Rat der Arbeitswelt (2023): Transformation in bewegten Zeiten. Nachhaltige Arbeit als wichtigste Ressource. Berlin.

Rebaudo, M./Calahorrano, L./Hausmann, K. (2021): Daten zur Informellen Pflege - Pflegebedürftige und Pflegende. Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnik (FIT). St. Augustin.

Schad, D./Evans, M./Hilbert, J. (2023): Soziale Verantwortung als Zukunftshoffnung: Nachhaltige Gesundheitsförderung bei Langzeitarbeitslosen als Ressource gegen Arbeitskräftemangel (i.E.).

Schedler, K./Proeller, I. (2011): New Public Management. 5., korrigierte Aufl. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt (UTB, 2132).

Schneekloth, U./Geiss, S./Pupeter, M. (2017): Studie zur Wirkung des Pflege- Neuausrichtungs-Gesetzes (PNG) und des ersten Pflegestärkungsgesetzes (PSG I), Abschlussbericht. München.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Schulz, F./Trappmann, V. (2023): Erwartungen von Beschäftigten an die sozial-ökologische Transformation. Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 308. Düsseldorf.

Slotala, L. (2011): Ökonomisierung der ambulanten Pflege. Eine Analyse der wirtschaftlichen Bedingungen und deren Folgen für die Versorgungspraxis ambulanter Pflegedienste. 1. Aufl. Wiesbaden: VS-Verl. (Gesundheit und Gesellschaft).

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2023): Blickpunkt Arbeitsmarkt - Arbeitsmarktsituation im Pflegebereich. Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.

Völz, S./Evans, M./Borchers, U./Schnecke, J.H. (2023): Wie unterstützen Unternehmen die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege? Eine explorative Typologie. Forschung Aktuell, 2023 (12). Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen. Gelsenkirchen.

Vogd, W./Feißt, M./Molzberger, K./Ostermann, A./Slotta, J. (2018): Entscheidungsfindung im Krankenhausmanagement. Zwischen gesellschaftlichem Anspruch, ökonomischen Kalkülen und professionellen Rationalitäten. Wiesbaden: Springer VS.

Wirth, L. M./Ruppert, N./Schilke, K./John, S. M./Büscher, A./Hülsken-Giesler, M. (2021): Gesunde Personalbemessung. Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung in Kontexten der systematischen Personalbemessung für die Pflege (GePAG), Abschlussbericht zur Machbarkeitsstudie im Auftrag der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW). Osnabrück.

Zika, G./Schneemann, C./Zenk, J./Kalinowski, M./Maier, T./Bernardt, F. et al. (2022). Fachkräftemonitoring für das BMAS: Mittelfristprognose bis 2026. Forschungsbericht Bundesministerium für Arbeit und Soziales, FB602. Berlin.

2. Auflage

Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf
Globalisierung der Unsicherheit
Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik
2. Auflage 2023 – 393 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-513-9
Für Bibliotheken auch als Ebook-Campuslizenz bestellbar:
ISBN 978-3-98634-146-6

Heide Gerstenberger
Staatsgewalten
2023 – 324 Seiten – 32,00 €
ISBN 978-3-89691-090-5
Für Bibliotheken auch als Ebook-Campuslizenz bestellbar:
ISBN 978-3-98634-144-2

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Rezension: Die ökonomische Vernunft der Solidarität

von Bernard Braun[1]

Hartmut Reiners (2023).
Die ökonomische Vernunft der Solidarität.
Perspektiven einer demokratischen Sozialpolitik.
Wien. Promedia – Edition Makroskop
272 Seiten, 22,00 €

Auch wenn die knapp 90 Prozent der Bevölkerung von der Wiege bis zur Bahre umfassend gegen Krankheitsrisiken versichernde, beitragsfinanzierte, solidarisch verfasste und von Versicherten- und Arbeitgebervertretern selbstverwaltete Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in diesem Jahr 140 Jahre alt geworden ist und drei andere ähnlich konstruierte und agierende Sozialversicherungsträger auch schon über 100 (Renten-, Arbeitslosenversicherung und Berufsgenossenschaften) bzw. fast 30 Jahre (Pflegeversicherung) alt sind, wird ihr ökonomisches Prinzip und Wirken aus zwei gesellschaftspolitisch unterschiedlichen Lagern oder Perspektiven in Frage gestellt.

Mit einer Flut von Annahmen und Mythen (vgl. dazu u.a. auch Hartmut Reiners (3. Auflage - 2018. Mythen der Gesundheitspolitik. Bern), über den angeblich dominanten Verhaltenstyp des „homo oeconomicus", den „Missbrauch" oder „moral hazard" von gesundheitlich oder sozial nicht notwendigen solidarisch verfassten Leistungsangeboten oder die Gefährdung des im internationalen Wettbewerb stehenden Wirtschaftsstandorts Deutschland durch Lohnnebenkosten, wird die Wirtschaftlichkeit und Effektivität sozialstaatlich verfasster Einrichtungen und Systeme von marktliberalen Wissenschaftlern und Politikern bestritten und ihnen damit ihre Legitimation entzogen. Als wirtschaftlichere und effektivere Alternativen werden vor allem privatwirtschaftliche Versicherungen propagiert, aber auch komplett steuerfinanzierte Institutionen.

In der kritischen und berechtigten Auseinandersetzung mit massiv renditeorientierten privaten Krankenhauskonzernen, aber auch mit den nicht wenigen DRG-optimierenden öffentlichen oder freigemeinnützigen Krankenhäusern oder mit profitorientierten Investoren in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und Pflegeeinrichtungen wird unter der pauschalen Charakterisierung dieser Entwicklungen als „Ökonomisierung" oft das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Die kritische Beschäftigung mit der „Ökonomisierung" als per se und fast vollständig negativ, unethisch oder amoralisch übersieht und vernachlässigt nämlich die positive ökonomische Bedeutung eines sozialstaatlichen Gesundheitswesens und bereitet, ohne dies jemals zu wollen, das Feld für diejenigen, die eine Verschlankung des Sozialstaats in Richtung Privatisierung propagieren. Dass es dabei auch jetzt schon zu massiven Interessenkonflikten kommen kann, zeigt z. B. das Nebeneinander von gewerkschaftlichen Forderungen nach mehr und besser qualifiziertem und bezahltem Personal in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen, der Kritik an der Höhe von Beiträgen und der Zurückhaltung bei Initiativen zum Abbau von Ressourcenverschwendung durch Über- und Fehlversorgung in Versorgungseinrichtungen.

Für die weitere Auseinandersetzung mit beiden hier skizzierten Strategien und die Reformen sozialstaatlicher Strukturen aus ökonomischer Sicht liefert nun das Buch des Volkswirts und langjährigen Verantwortlichen für Gesundheitspolitik in den Gesundheitsministerien der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Brandenburg, Hartmut Reiners, eine Fülle theoretischer und empirischer Argumente und Belege.

In der Einleitung und den drei ersten Kapiteln entwickelt Reiners in der kritischen Aus-

1 Bernard Braun ist Sozial- und Gesundheitswissenschaftler und assoziiertes Mitglied des SOCIUM der Universität Bremen; seit 2005 Herausgeber und Mitautor der gesundheitswissenschaftlichen Website www.forum-gesundheitspolitik.de.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

einandersetzung mit Positionen markt- und neoliberaler Ökonomen, aber auch mit eher linksliberalen Vertretern einer durch soziale Gerechtigkeit geprägten „Subjektivierung der Sozialpolitik“ (Stefan Lessenich) eine Reihe von Kernargumenten einer aus seiner Sicht notwendigen „großen Sozialökonomie“ (S. 10) oder „eigenen Politischen Ökonomie“ (S. 77) des Sozialstaats und seiner Versicherungsträger.

Ausgangspunkt ist seine Feststellung, es mangele „an einer ökonomischen Fundierung der Sozialpolitik als der Steuerung eines Wirtschaftszweiges mit mehr als acht Millionen Beschäftigten, der sich grundlegend von anderen Branchen unterscheidet“ (S. 10). Die Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftszweigs betrug 2022 439,6 Milliarden Euro, was einem Anteil von 12,7 Prozent an der Gesamt-Bruttowertschöpfung entspricht und täglich eine Wertschöpfung von 1,2 Mrd. Euro bedeutet. Zu den Unterschieden zu anderen Branchen gehört u.a. die in den letzten 10 Jahren durchschnittliche Wachstumsrate von 4,6 Prozent pro Jahr, ebenso wie die geringere Rationalisierbarkeit von personalen Dienstleistungen.

Anders als in den Anfangsjahren der GKV stehen nicht mehr Lohnersatzleistungen oder andere Geldleistungen im Mittelpunkt des Handelns (2019 waren dies noch rund 6 Prozent ihrer Ausgaben), sondern eine Fülle gesundheitlicher und sozialer Dienste oder Sachleistungen für lebenslang möglicherweise auftretende Risiken oder Bedarfe. Den Sozialstaat charakterisiert Reiners daher zunehmend als eine „Dienstleistungswirtschaft“, die sich „genauso wie das Bildungswesen und die Verkehrsinfrastruktur zu einem unverzichtbaren Teil der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion“ (S. 11/12) entwickelt hat. Hinzu kommt, die für die große Mehrheit der Sozialversicherten lebenslängliche Sicherheit und Stabilität vor den möglichen Folgen einer Vielzahl von gesundheitlichen und sozialen Risiken.

Auf dem Weg zu einem weiteren grundlegenden Verständnis des Sozialstaats grenzt sich Reiners einerseits grundsätzlich gegen marktliberale Ökonomen ab, welche die Absicherung sozialer Risiken nicht als „genuin staatliche Aufgabe“ (S. 12) betrachten und die Übertragung an privatwirtschaftliche Unternehmen für wirtschaftlicher und wirksamer halten. Andererseits weist er aber auch darauf hin, dass in der Auseinandersetzung mit unsozialer Ökonomisierung und Kommerzialisierung das Pochen auf den „sozialethischen Grundzug“ (S. 13) des Sozialstaats nicht ausreiche, sondern dabei auch „gewichtige wirtschaftliche Argumente“ (S. 13) genutzt werden können und müssen. Zentral ist dafür die These, dass der Sozialstaat und seine sozialen Träger „allgemeine Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Alterung und Krankheit effektiver absichern (kann) als privatwirtschaftliche Alternativen“ (S. 13).

In vier weiteren Kapiteln zeigt Reiners für das Risiko Arbeitslosigkeit, die soziale Sicherheit im Alter, die gesetzliche Krankenversicherung und das Risiko Pflegebedürftigkeit durch eine Fülle empirischer Daten, „dass unser Sozialversicherungssystem trotz aller Reformbedürftigkeit sehr viel effektiver ist als die Angebote der privaten Assekuranz. Sein Ausbau ist keine Überforderung unserer Volkswirtschaft, sondern dient der gesellschaftlichen und ökonomischen Stabilität“ (S. 108).

Für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung sieht Reiners diese auch ökonomische Überlegenheit z.B. durch folgende Daten belegt:

– Die in Deutschland real existierende Alternative der Privaten Krankenversicherung (PKV), also einer privaten statt kollektiv-sozialstaatlichen Absicherung der Versorgung von Krankheitsrisiken, „gibt für die gleichen medizinischen Behandlungen deutlich mehr aus als die GKV“ (S. 206). Von der stationären Behandlung abgesehen, für die es durch das DRG-System einheitliche Preise gibt, bezahlte die PKV für quantitativ und qualitativ vergleichbare Fälle ambulanter ärztlicher Behandlung 2020 rund das Doppelte als die GKV. Und auch für ihre gesamte Verwaltung gibt die PKV mit 8,8 Prozent ihrer Einnahmen fast das Doppelte der Verwaltungskosten der GKV aus (S. 205ff.).

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Verlagerung der Gesundheitsausgaben in die privaten Haushalte bedeutet nicht nur die Verallgemeinerung dieser Unwirtschaftlichkeit der PKV mit einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten und entsprechenden Forderungen nach Lohnerhöhungen, sondern durch den Verlust der für die Kosten und die Qualität von Leistungen in der GKV zuständigen kollektiven Steuerungsinstrumente der GKV beträchtliche Effektivitätsverluste. Alles in Allem würde eine Privatisierung des Gesundheitswesens also das Betreten eines „ökonomisch irrationalen Politikpfads" (S. 206) bedeuten.

– Dies träfe auch für die 2020 vom Präsidenten des Bundessozialgerichts, Rainer Schlegel, als Alternative zur traditionellen und angeblich unwirtschaftlichen Form der Sozialversicherung vorgeschlagene komplette Umstellung der Kranken- und Pflegeversicherung von der Beitrags- auf eine Steuerfinanzierung zu. Abgesehen von der Tatsache, dass der Bundeshaushalt dafür im Jahr 2020 um 66 Prozent hätte erhöht werden müssen (Bundeshalt: 443,4 Mrd. Euro und Ausgaben der Kranken- und Pflegeversicherung 291,6 Mrd. Euro), würden die Belastungen durch die notwendigen erheblichen Steuererhöhungen ohne eine grundlegende Reform der Steuerpolitik vor allem die unteren und mittleren Einkommensgruppen treffen (siehe dazu auch Hartmut Reiners (2022). Die ökonomische Vernunft der Selbstverwaltung. In: Braun/Klenk/Klemens (Hrsg.). SELBST verwalten! Wie Ehrenamtliche unser Gesundheitswesen mitgestalten. Stuttgart: S. 42-52).

Nicht zuletzt als Bilanz seiner jahrzehntelangen Mitarbeit an gesundheits- und sozialpolitischen Dauerbaustellen plädiert Reiners u.a. zum Schluss des Kapitels zur Gesundheitspolitik für eine Grundsanierung des Gesundheitssystems statt einer Endlosschleife von Reparaturarbeiten. Zu den Reformfeldern der Gesundheitspolitik zählt Reiners den Umbau des immer noch weltweit fast einmaligen dualen Systems von GKV und PKV zu einem einheitlichen Krankenversicherungssystem bzw. einer Bürgerversicherung für alle Einwohner:innen, den Aufbau von Versorgungsstrukturen, in denen die immer noch weitgehend gegeneinander abgeschottete stationäre und ambulante Versorgung patientenbezogen integriert ist, eine Neuordnung der politischen Verantwortung für die Bedarfsplanung und die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung und eine Reform der Krankenhausfinanzierung (S. 214ff.). Hinzu kommen noch Reformen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, die Förderung von Prävention sowie die Aus- und Weiterbildung von ärztlichen und nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen.

Auch wenn man die provokante Frage Reiners' für berechtigt hält, „weshalb steigende Gesundheitsausgaben als Kostensteigerungen bewertet werden und nicht als erfreuliches Wirtschaftswachstum" (S. 205), schießt sein Bemühen um mehr Zustimmung zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Sozialausgaben mittels des Prädikats „erfreulich" etwas über das Ziel hinaus und kollidiert dabei u.a. mit dem ebenfalls bedeutsamen Ziel einer bedarfsgerechten und verschwendungsarmen Gesundheitsversorgung. „(Un)erfreulich" sind z.B. Ausgaben für gesundheitlich nicht notwendige Über- oder Fehlversorgung, die Ausgaben für häufig nutzlose Vitamine und Nahrungsergänzungsmittel oder Ausgaben für die Folgen der Medikalisierung und Pathologisierung von sozialen Problemen.

Wer sich an dem zukünftig eher noch zunehmenden aber oft faktenfrei (siehe dazu die aktuellen Debatten über die so genannten sozialpolitischen Pullfaktoren für Migrant:innen oder über die Existenz wie Wirkungen des Bürgergeldes) und voller „ideologischem Dampf" (108) geführten sozialpolitischen Diskurs über die Ökonomie und die Wirkung sozialstaatlicher Institutionen beteiligen will, dem sei dieses Buch wärmstens empfohlen. ■

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Behinderung in beruflichen Übergängen – von der Zuweisung zur Selbstbestimmung[1]

von Stefan Stache

Stefan Stache ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Sozial- und Gesundheitsrecht, Recht der Rehabilitation und Behinderung der Universität Kassel und Mitglied der spw-Redaktion.

Foto: © Universität Kassel

1. Einleitung

Seit dem letzten Jahrzehnt haben sich die Beschäftigungschancen für Menschen mit Behinderung[2] verbessert. Die gesunkene Arbeitslosigkeit geht nicht allein auf den demografischen Wandel, sondern auch auf Neueinstellungen zurück. Dennoch liegt die Arbeitslosenquote von Menschen mit schwerer Behinderung noch immer rund doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote. Zudem ist in der Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit von Menschen mit schwerer Behinderung wenig Dynamik[3] zu erkennen, obwohl Langzeitarbeitslose mit schwerer Behinderung, die die Grundsicherung erhalten, insgesamt über eine höhere Formalbildung als Grundsicherungsempfänger*innen ohne schwere Behinderung verfügen. Insbesondere die Beschäftigten von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) profitieren bislang nicht von der verbesserten Arbeitsmarktlage in Folge des Fachkräftemangels, Übergänge aus den Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt sind selten.

Der nachfolgende Artikel gibt einen exemplarischen Einblick in die Mechanismen der Benachteiligung behinderter Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt an verschiedenen institutionellen beziehungsweise biographischen Schnittstellen. Es wird aufgezeigt, in welcher Weise Strukturen sowie Handlungs- und Bewertungsmuster zu diesen Mechanismen beitragen und sie reproduzieren. Abschließend werden strukturelle und weitere Reformmöglichkeiten skizziert.

2. Vorstrukturierte Biografien

Das deutsche Bildungswesen wirkt trotz seiner teilweisen Bildungsöffnung und -expansion noch immer sozial selektiv.[4] Sowohl in den Bildungsabschlüssen als auch in der Erwerbsstruktur zeigt sich ein langfristiger Trend zu höherer Qualifikation.[5] Im Zuge dessen sind nicht allein die Anteile der akademischen Professionen an allen Erwerbstätigen gestiegen, sondern auch die der Semiprofession, wie z. B. der soziokulturellen Dienstleistung (Erziehung, Therapieberufe etc.).[6] Daher ist der Zusammenhang zwischen der Qualifikation und der beruflichen Teilhabemöglichkeit ebenfalls enger geworden. Die Chancen auf Bildungsabschlüsse bzw. höhere Bildungsabschlüsse und berufliche Teilhabe sind zwischen beeinträchtigten und nicht beeinträchtigten Menschen ungleich verteilt.

1 Dieser Artikel basiert auf den Veröffentlichungen Stache, Stefan (2023): Inklusion in beruflichen Ausbildungsübergängen – strukturelle Probleme und politische Handlungsmöglichkeiten Kassel. sowie Stache, Stefan (2023): Werkstätten für behinderte Menschen - Teilhabeerwartungen und Möglichkeiten der Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt. Kassel. Beide Broschüren zu finden unter: https://www.uni-kassel.de/fb01/institute/institut-fuer-sozialwesen/fachgebiete/sozial-und-gesundheitsrecht-recht-der-rehabilitation-und-behinderung/forschung [letzter Abruf: 11.12.2023].

2 Ich verwende im Folgenden den Begriff Menschen mit Behinderungen oder behinderte Menschen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Sofern von Beeinträchtigungen die Rede ist, zitiere ich empirische Befunde oder grenze eine gesundheitliche Beeinträchtigung von gesellschaftlich bedingten Behinderungen eines Menschen ab.

3 vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022): Arbeitsmarktsituation schwerbehinderter Menschen 2021. Nürnberg. S, 4.

4 vgl. Vester, Michael (2006): Die geteilte Bildungsexpansion - die sozialen Milieus und das segregierende Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland. In: K.-S. Rehberg (Hg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Frankfurt am Main: Campus, S. 73–89.

5 vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2021): Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigung. Teilhabe-Beeinträchtigung-Behinderung. Bonn. S. 164.

6 vgl. Vester, Michael (2014): Zunehmende Kompetenz – wachsende Unsicherheit. Hg. v. Leibniz Universität Hannover. Hannover. S. 47ff.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat zweifelsohne Wirkung entfaltet", gleichwohl zeigen sich unter anderem strukturelle „Beharrungstendenzen."[7] Zwar sind die separierende Beschulung und die Sondereinrichtungen im Zuge der Debatte um die Umsetzung der UN-BRK unter Druck geraten, was sich beispielsweise darin äußert, dass der Anteil der in Förderschulen unterrichteten Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf seit dem letzten Jahrzehnt abgenommen hat. Gleichwohl wird die Mehrheit von rund 56 Prozent der Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen noch in Förderschulen unterrichtet.[8] Wenig überraschend fordert der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung, die nach wie vor segregierende Bildung in Förderschulen zu beenden und fordert, die Schüler*innen umgehend in Regelschulen aufzunehmen, sofern dies selbstbestimmt sei. Jene Regelbeschulung soll qualitativ hochwertig angelegt sowie personell und finanziell gewährleistet sein.[9] Neben der Schulart ist die Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs von immenser Bedeutung für die Bildungsbiografie. In der Literatur werden die Unschärfe des Begriffs, seine Ressourcen, aber auch Risiken zuweisende Funktion sowie dessen stigmatisierende Wirkung kritisiert.[10] Ferner folgt aus der Anerkennung bzw. Zuweisung des Förderbedarfs ein Dilemma zwischen der Zuteilung von pädagogischen Ressourcen und negativer Etikettierung (Etiketten-Ressourcen-Dilemma).[11]

In welcher Weise Inklusion verstanden und umgesetzt wird, ist unter anderem von den schulstrukturellen Entwicklungspfaden der Bundesländer abhängig.[12] Zwischen den Pfaden unterscheiden sich die Quoten der Sonderbeschulung. Jedoch können auch innerhalb der Entwicklungspfade die Zuweisung des sonderpädagogischen Förderbedarfs sowie die Art der Entscheidungsprozesse, Handlungsspielräume der Akteur*innen und die personelle Organisation voneinander abweichen.[13] Ob ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wird und die Schüler*innen einer Förderschule zugewiesen werden, ist mithin das Ergebnis eines relativen Entscheidungsprozesses, der neben den obigen Faktoren von „pädagogischen Tradierungen" abhängig ist.[14] Es unterscheidet sich nicht allein die Anzahl der Förderschüler*innen, sondern auch die Verteilung auf die Förderschwerpunkte im Ländervergleich.[15] Handlungsspielräume der Bildungsadministration können zu „Aushandlungsprozessen" und erhöhter Reflexion regionaler Entwicklungen führen.[16] In vielen Ländern beziehen sich die Instrumente zur Qualitätsmessung des Unterrichts nicht ausdrücklich auf Inklusion. Sie basieren u. a. auf persönlichen Überzeugungen der Entwickler*innen der Instrumente, bildungspolitischen Entscheidungen, dem Grad schulischer Inklusion im Bundesland und beziehen Menschen mit Behinderungen nicht in die Entwicklung der Instrumente ein.[17] Nach wie vor sind Teile der sonderpädagogischen Praxis von ableistischen Denk- und Handlungsmustern geprägt. Diskurse von Inklusion und Integration vermitteln den Eindruck, segregierende und ableistische Praktiken würden zurückgedrängt. Inklusion, so die noch immer tonangebende Vorstellung von Normalität, sei nur in dem Maße möglich, in der die Art und Schwere der Behinderung die Anpassung an jene Normen zulasse.

Sowohl die Bildungsbeteiligung als auch der schulische Lernerfolg werden durch den Habitus der Herkunftsfamilie beeinflusst. Je

7 ebd., S. 211.

8 vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland IVC/Statistik (2022): Sonderpädagogische Förderung in Förderschulen 2021/2022. Berlin. S. 8.

9 vgl. UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 2015, S. 11.

10 vgl. Moser, Vera (2022): Inklusion im Bildungssystem: Definition, Steuerung, Prozesse und Wirkungen. Ergebnisse des Promotionskollegs 040 „Inklusion-Bildung-Schule". Hg. v. Hans Böckler Stiftung. Düsseldorf. S. 14.

11 vgl. ebd., S. 14.

12 vgl. Gasterstädt, Julia (2021): Same same but different-Ein Vergleich der Entwicklung inklusiver Strukturen in zwei Bundesländern in Deutschland. In: Andreas Köpfer, Justin J. W. Powell und Raphael Zahnd (Hg.): Handbuch Inklusion international / International Handbook of Inclusive Education. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 179–196. S. 180-181.

13 vgl. ebd., S. 189-191.

14 Schmidt, Christian (2017): Inklusion in beruflicher Bildung im Anschluss an die Förderschule. In: Felix Welti und Andrea Herfert (Hg.): Übergänge im Lebenslauf von Menschen mit Behinderungen. Hochschulzugang und Berufszugang mit Behinderung. Kassel: kassel university press, S. 88–107. S. 91.

15 vgl. ebd., S. 94 f.

16 Gasterstädt a.O., S. 189.

17 vgl. Moser a.O., S. 18.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

näher dieser der tonangebenden Kultur und höheren Bildung steht, umso höher fallen die Bildungschancen aus.[18] Förderschüler*innen stammen vorwiegend aus sozial benachteiligten Familien, die über geringe kulturelle und materielle Ressourcen verfügen. Zugleich ist das Maß der Beziehungsnetzwerke und belastbarer Beziehungen gering. Somit können die Eltern ihre Kinder nicht oder kaum bei der Ausbildungsplatzsuche unterstützen.[19] Im Ergebnis wirken die genannten strukturellen und kulturellen Mechanismen zusammen, wodurch sie Ungleichheiten reproduzieren.

Im Jahr 2018 verließen rund 72,3 Prozent der Förderschüler*innen die Schule ohne Hauptschulabschluss oder mit einem Förderschulabschluss.[20] Analysen der Daten einiger Bundesländer zeigen, dass unter starken Schwankungen ein teilweise wesentlich geringerer Teil die Schule ohne Abschluss verlässt als Schüler*innen aus Förderschulen.[21]

Benachteiligungen im allgemeinbildenden Schulsystem setzen sich im beruflichen Übergangssystem fort. Menschen mit Beeinträchtigung verfügen häufiger als Menschen ohne Beeinträchtigung über keinen beruflichen Abschluss, auch wenn zwischen 2009 und 2017 der Anteil derjenigen ohne beruflichen Abschluss bei allen Menschen mit Beeinträchtigung von 22,2 Prozent auf 20,6 Prozent leicht absank.

Im Zuge des Trends der Höherqualifikation kommt es zu Effekten der Verdrängung nach unten. Für Förderschüler*innen wirkt sich dieser Druck verschärfend aus, da sie nur unter besonders hohem Aufwand höhere Qualifikationen erreichen können und überwiegend die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen und häufiger keinen Berufsabschluss erwerben.[22]

3. Segregierende und abwertende Zuweisung

Alle Träger der Rehabilitation sind nach § 8 SGB IX verpflichtet, sowohl bei der Auswahl als auch bei der Umsetzung von Leistungen das Selbstbestimmungsrecht zu „beachten und [zu] fördern, bspw. durch Beteiligung an der Planung und Gestaltung der einzelnen Hilfen".[23] In der Praxis sind die Möglichkeiten junger Menschen mit Behinderungen, Ausbildungsübergänge selbstbestimmt zu gestalten, jedoch deutlich begrenzt. So „unterliegen [die Übergangswege] noch immer weitreichenden institutionellen Beschränkungen"[24]. Dies äußert sich unter anderem darin, dass die Rehabilitand*innen häufig nicht über ihre Wunsch- und Wahlrechte informiert werden.[25] Wie auf der Basis von qualitativen Interviews und der Auswertung von Beratungsgesprächen in den Rechtskreisen des SGB II und III herausgearbeitet wurde, prägen nicht allein die institutionellen Logiken, sondern auch die Einstellungen der Fachkräfte deren Beratung und Entscheidungen. In unterschiedlicher Weise beziehen sie eigene Vorstellungen der Normalität von Arbeit und Biografien auf die Klient*innen. Teile der Handlungsmuster sind an Defiziten statt an den Ressourcen der Klient*innen orientiert.[26]

18 vgl. Bourdieu, Pierre; Passeron, Jean-Claude (1971): Die Illusion der Chancengleichheit: Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. Stuttgart: Klett.

19 vgl. Blanck, Jonna (2020): Übergänge nach der Schule als »zweite Chance«? Eine quantitative und qualitative Analyse der Ausbildungschancen von Schülerinnen und Schülern aus Förderschulen »Lernen«. Weinheim: Beltz Juventa. S. 71f.

20 vgl. Menze, Laura; Sandner, Malte; Anger, Silke; Pollak, Reinhard; Solga, Heike (2021): Jugendliche aus Förderschulen mit Schwerpunkt „Lernen": Schwieriger Übergang in Ausbildung und Arbeitsmarkt. Nürnberg (IAB-Kurzbericht, 22/2021). S. 2f.; Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020): Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt. Bielefeld. S. 145.

21 vgl. BMAS a.O., S. 169.

22 vgl. BMAS a.O., S. 208.

23 Theben, Martin; Hlava, Daniel (2022): Wunsch- und Wahlrecht. In: Olaf Deinert, Felix Welti, Steffen Luik, Judith Brockmann, Minou Banafsche, Hans Bechtolf und Claudia Beetz (Hg.): Behindertenrecht. Arbeits- und Sozialrecht, Öffentliches Recht, Zivilrecht: alphabetische Gesamtdarstellung. 3. Auflage. Baden-Baden, Marburg: Nomos; Lebenshilfe (Stichwortkommentar), Rn. 1-33. S. 1609.

24 Thielen, Marc; Katzenbach, Dieter; Schnell, Irmtraud (Hrsg.) (2013): Prekäre Übergänge? Erwachsenwerden unter den Bedingungen von Behinderung und Benachteiligung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt. S. 9.

25 vgl. Theben, Hlava, a.O., S. 1613.

26 vgl. Schadow, Sina; Clement, Ute (2021): Der Sinn von Arbeit-Orientierungsmuster von Gatekeepern am Übergang zur Arbeitswelt. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 2021 (3), S. 50-53; Clement, Ute; Schadow, Sina (2022): Soziale Repräsentationen von Arbeit und ihre Bedeutung in individuellen Übergangssituationen. In: Sandra Bohlinger, Gero Scheiermann und Christian Schmidt (Hg.): Berufsbildung, Beruf und Arbeit Im Gesellschaftlichen Wandel. Zukünfte Beruflicher Bildung Im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Springer, S. 217–231. S. 224ff.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Schüler*innen, die dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ zugeordnet werden, gehen fast immer in eine WfbM über. Eine qualitative Studie zu Übergängen mit Förderschüler*innen, die dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung zugeordnet waren, deutet auf den engen Zusammenhang von Praktika in der Werkstatt während des Schulbesuchs und dem Übergang in eine WfbM hin.[27] Mittels der Praktika werden die Schüler*innen auf die Arbeitsbereiche in den WfbM orientiert.[28] Demgegenüber können betriebliche Praktika sowie eine selbstbestimmte Wahl des Ausbildungsberufs den Übergang in den regulären Ausbildungsmarkt fördern.[29] Neben der Zusammenarbeit mit den Schulen tragen Entscheidungen der Eltern zum Übergang in die WfbM bei, die sie als „risikoarme Alternative”[30] betrachten. Seit dem Jahr 2005 stieg die Zahl der WfbM-Beschäftigten, einschließlich Eingangsverfahren/Berufsbildungsbereich (EV/ BBB), von 256.500[31] über 294.500 Personen im Jahr 2019 auf rund 287.700 Personen im Jahr 2021.[32] Ein Teil dieses Anstiegs könnte auf die Einordnung von Erwerbslosen im SGB-II-Bezug als arbeitsunfähig durch die Jobcenter zurückzuführen sein. Als arbeitsfähig gilt, wer mindestens drei Stunden täglich am allgemeinen Arbeitsmarkt erwerbstätig sein kann.[33] Diese Grenze bildet zugleich die Schnittstelle zwischen den Jobcentern und Institutionen der Sozialhilfe. Im Zuge der Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung Mitte der 2000er Jahre kam es zu negativen Folgewirkungen für die berufliche Rehabilitation. „Die Logik der schnellen Arbeitsvermittlung, auch um den Preis von Einkommens- und Qualifikationsverlusten, traf behinderte Menschen und machte sie zu nachrangigen `Betreuungskunden´“.[34] Hierdurch wurden die Grenzen des Übergangs von der Betreuung der Jobcenter in die WfbM fließender.[35]

In einer qualitativen Befragung von Reha-Berater*innen der BA zeigte sich, dass die Vorstellung der Berater*innen durch das medizinische Modell von Behinderung geprägt ist. In den defizitorientierten Klassifikationsmustern erscheint die segregierende Beschulung in „gesonderten Maßnahmen“ als angemessen. Jene Muster stehen im Widerspruch zu den von den Berater*innen geäußerten Zielen der individuellen Förderung. Sowohl das zur Verfügung gestellte Budget als auch die Zahl der eingekauften Maßnahmenplätze engen die Handlungsspielräume der Berater*innen ein.[36] Es ist wahrscheinlich, dass der vorherige Besuch einer Förderschule oder eine festgestellte Lernbehinderung die Defizitorientierung bestätigt und auf diese Weise wie ein Etikett wirkt.[37]

Die BA weist arbeitsmarktnahe Plätze auf Grund von Prognosen erfolgreicher Übergänge zu.[38] Trotz der rechtlichen und politischen Priorität betrieblicher Ausbildung werden die theoriereduzierten Fachpraktiker*innenberufe hauptsächlich in Berufsbildungswerken ausgebildet, in Betrieben hingegen nur in einem geringen Maße, nämlich nur zu 10 Prozent.[39] Eine Ausbildung in Fachpraktiker*innen/ Reha-Berufen führt eher in gering entlohnte

27 vgl. Nepomyashcha, Yuliya (2021): Schulisch-berufliche Übergänge im Kontext von Inklusion. Studie zu Unterstützungsstrategien für förderbedürftige junge Menschen. Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Magdeburg. S. 211f.

28 vgl. Zölls-Kaser, Philine (2023): Der Übergang Schule-Beruf von Schüler*innen des Förderschwerpunktes Geistige Entwicklung. Berufswünsche und berufliche Bildungsmöglichkeiten. In: Teilhabe 62 (2), S. 50–57.

29 vgl. Ginnold, Antje (2008): Der Übergang Schule - Beruf von Jugendlichen mit Lernbehinderung. Einstieg - Ausstieg - Warteschleife. Bad Heilbrunn: Klinkhardt. S. 311-312; Nepomyashcha a.O., S. 284ff.

30 Schreiner, Mario (2017): Teilhabe am Arbeitsleben. Die Werkstatt für behinderte Menschen aus Sicht der Beschäftigten. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 62

31 vgl. BAG WfbM (2005): Entwicklung der Werkstattplätze. Online verfügbar unter https://www.bagwfbm.de/category/34.

32 vgl. Engels, Dietrich; Deremetz, Anne; Schütz, Holger; Eibelshäuser, Svenja; Pracht, Arnold; Welti, Felix; von Drygalski, Clarissa (2023): Studie zu einem transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entgeltsystem für Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen und deren Perspektiven auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Abschlussbericht. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. S. 36. Im Jahr 2005 überschritt die Zahl der Beschäftigten, die in der con_sens Studie 2003 für das Jahr 2010 prognostizierte Höhe (vgl. Obermeier, Tim; Naumburger, Maria; Kukula, Nicole; Sell, Stefan (2016): Zugänge in die Werkstätten für behinderte Menschen. Eine Analyse des Zugangsgeschehens in Westfalen-Lippe. Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM). Remagen. S. 22).

33 § 8 Abs. 1 SGB II.

34 Welti, Felix (2019): Zwischen unteilbaren Menschenrechten und gegliedertem Sozialsystem. Behindertenpolitik erster und zweiter Ordnung von 1990 bis 2016. In: Theresia Degener, Marc von Miquel, Wilfried Rudloff und Felix Welti (Hg.): Aufbrüche und Barrieren. Behindertenpolitik und Behindertenrecht in Deutschland und Europa seit den 1970er Jahren. 1. Auflage. Bielefeld: transcript. S. 15–42. S. 29.

35 vgl. ebd., 2019, S. 29.

36 vgl. Blanck a.O., S. 184.

37 vgl. ebd., S. 216.

38 Schmidt a.O., S. 100.

39 vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderung. Bielefeld. S. 172.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Tätigkeiten und ist nach traditionellen Geschlechterrollen geordnet. Ähnliche Risiken birgt auch die Ausbildung in einem Berufsbildungswerk.[40]

4. Verschlossene Zugänge und Marginalisierung

Arbeitgeber*innen halten Menschen mit Behinderung z. T. für nicht/wenig leistungsfähig oder kompetent genug, weshalb sie Menschen ohne Behinderungen bevorzugen.[41] Erworbene Kompetenzen erscheinen in Bewerbungsverfahren als minderwertig, sofern die herrschenden Bewertungsschemata Kompetenz nur als nichtbehindert verstehen.[42] Beeinflusst etwa eine Beeinträchtigung eine Körperhaltung, die Art oder das Vermögen zu gehen, zu sitzen und zu sprechen, trifft das auf Erwartungen an ein sicheres und nichtbeeinträchtigtes Auftreten.[43] Interviews mit Personalverantwortlichen aus verschiedenen Privatunternehmen und dem öffentlichen Dienst sowie arbeitsuchenden Menschen mit Behinderungen zeigen, dass geschlossene Arbeitsmarktzugänge, neben strukturellen Barrieren und unterschiedlichen Ressourcen zwischen Großunternehmen sowie Klein- und mittleren Unternehmen (KMU), auch mit Vorurteilen und Stereotypen betrieblicher Akteur*innen zusammenhängen. Letztere sind vor allem in Unternehmen ausgeprägt, die über wenig oder keine Erfahrung mit behinderten Menschen verfügen. Menschen mit Behinderungen sollen „qualifiziert, leistungsfähig und belastbar"[44] sein. Hinsichtlich der Frage, wie Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt gelangen können, herrschten bei den befragten Unternehmen, die die Quote nicht erfüllen, Hilflosigkeit und Ratlosigkeit[45]. Behinderte Menschen erlebten den regionalen Arbeitsmarkt als geschlossen, mussten teils um die Bewilligung von Hilfsmitteln kämpfen und erfuhren die Leistungen der Arbeitsvermittlung nicht als hilfreich.[46] Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen haben insgesamt größere Schwierigkeiten beim Arbeitsmarktzugang als Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.[47] Inklusion sehbehinderter Menschen erscheint als technisch machbar; assistive digitale Technologien, die eine Audiowiedergabe ermöglichen, können Barrieren vermindern und abbauen. Deren Nutzung ist jedoch durch die Marktmacht von Konzernen oder spezialisierter Anbieter bestimmt. Zudem setzen sie z. T. Kompetenzen voraus, über die Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen ausschließen können. Das Versprechen von Inklusion richtet sich v. a. an Höher- und Hochqualifizierte, welche ihre Beeinträchtigung durch ihre Kompetenz und mittels digitaler Technologien ausgleichen sollen. Dennoch werden die Kompetenzen auch höher- und hochqualifizierter sehbehinderter Menschen abgewertet, wie Interviews mit sehbehinderten Teilnehmer*innen in Maßnahmen eines Berufsförderungswerks belegten.[48] Z. T. werden sie auf Umschulungen in typische Rehabilitationsberufe verwiesen, die an den jeweiligen Standorten angeboten werden, z. B. „Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation" und „IT-System-Kauffrau/ Kaufmann"[49]. Dem (drohenden) Ausschluss aus dem ersten Arbeitsmarkt gingen häufig Prozesse der Marginalisierung voraus, u. a. durch Aufgaben unter Qualifikationsniveau oder die Arbeit in belastenden wie niedrig entlohnten Tätigkeiten.[50] Einen Faktor für Vorbehalte gegenüber der Einstellung von Menschen mit Behinderung kann die Arbeitsbelastung und Überforderung der Fachvorgesetzten darstellen.[51] Insbesonde-

40 vgl. BMAS a.O., S. 209.

41 vgl. Schmidt a.O., S. 97.

42 vgl. Allen a.O.; Edwards et al. a.O., Paterson a.O.

43 vgl. Allen, Chris (2004): Bourdieu`s Habitus, Social Class and the Spatial Worlds of Visually Impaired Children. Urban Studies. Sage Publications, Ltd. London; Edwards, Claire; Imrie, Rob (2003): Disability and Bodies as Bearers of Value. Sociology BSA Publications, Sage Publications. London; Paterson, Kevin (2020): It`s about me. Understanding the experience of speech impairment. In Routledge Handbook of Disability Studies. Routledge. London.

44 Kardoff, Ernst von; Ohlbrecht, Heike (2013): Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung. Expertise im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Hg. v. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Berlin. S. 66.

45 vgl. ebd., S. 78.

46 vgl. ebd., S. 53, 56f.

47 vgl. ebd.

48 Vgl. Fischer-Tahir a.O., S. 39ff.

49 ebd., S. 20.

50 vgl. ebd., 75ff.

51 vgl. Hergesell, Janis (2020): Emotionale Involvierung von Vorgesetzten als Risiko für (Wieder) Eingliederungsprozesse. Unter reha-recht.de; Hergesell, Jannis (2021): Stay at Work and Return to Work in der betrieblichen Praxis. Und dann verzichte ich lieber auf den chronisch Kranken. In: Soziale Sicherheit 70, 2021 (5), S. 180–184.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

re kleine und mittlere Unternehmen verfügen zum Teil nicht über die Ressourcen für z. B. das Stellen von Anträgen für Lohnkostenzuschüsse und unterstützende Hilfen oder sie kennen die Leistungen nicht.[52] 80 Prozent der Betriebe, die Menschen mit Behinderungen ausbilden, kritisieren fehlende Bewerbungen als größtes Hindernis, drei Viertel dieser Betriebe wünschen sich mehr Unterstützung in Form von sozialpädagogischer Begleitung und Kontinuität der Ansprechpersonen.[53] Diskurse des Bewerber*innenmangels oder der fehlenden Ausbildungsreife blenden die strukturellen Faktoren aus. Tatsächliche oder vermeintlich fehlende Bewerbungsmotivation oder Kompetenz werden den Jugendlichen individuell zugerechnet.[54] Allein die privatwirtschaftlichen Sektoren zu betrachten, ließe jedoch die Rolle des Staates für die Gestaltung des Arbeitsmarktes außer Acht. Durch die Folgen der Sparpolitik u. a. für die personellen Ressourcen im öffentlichen Dienst und der Entstaatlichung u. a. durch Privatisierungen öffentlicher Unternehmen sanken besonders in den 2000er Jahren die Möglichkeiten des demokratischen Einflusses auf den Arbeitsmarkt.[55] Aufgrund des Arbeitskräftemangels gehen einige Behörden in jüngster Zeit dazu über, bislang am Arbeitsmarkt marginalisierte oder von diesem ausgeschlossenen Gruppen als Beschäftigte anzuwerben.

Insgesamt stehen behinderte Menschen unter dem Druck der individuell zu verantwortenden Inklusion in einen für sie tendenziell prekär strukturierten Arbeitsmarkt. Sie bewältigen ihren Alltag und bearbeiten ihre Beeinträchtigung im Zusammenhang mit der beruflichen Biografie, mit ihren jeweiligen kulturellen und materiellen Ressourcen ihrer Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata, d. h. dem Habitus ihres Herkunftsmilieus[56] sowie mit den Bedingungen der beruflichen Felder und wohlfahrtsstaatlichen Ressourcen.[57] Die Handlungsspielräume der Akteure im jeweiligen Feld, d. h. auch von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen bzw. Behinderungen, hängen auch von der Möglichkeit zur Mobilisierung eigener sozialer Rechte ab. Für Menschen mit Behinderungen bedarf es einer starken Motivation, die eigenen Rechte zu mobilisieren, weil diese im Alltag mit hohen Zugangshürden versehen sind. Es fehlt häufig an Kenntnissen eigener Rechte. Menschen mit Behinderung treffen auf physische Barrieren, komplizierte Verfahren und Vorurteile bei Behörden oder in gerichtlichen Verfahren. Zugleich sind sie in vermehrtem Maße als nicht Behinderte auf Teilhabeleistungen angewiesen und müssen ihr Recht selbst mobilisieren.[58]

Behinderung erscheint in privilegierten Milieus eher als gestaltbar oder als Problem der Gesellschaft, in den Augen weniger Privilegierter als Schicksal. Erstere können, entsprechend dem sicheren Habitus und der höheren Kapitalausstattung, die Auseinandersetzung mit Reha-Trägern um die Bewilligung beantragter Leistungen eher als Spiel anstelle einer Belastung oder existenziellen Bedrohung betrachten.[59]

5. Ausblick

Segregierende bzw. exkludierende Strukturen und Alltagspraktiken wirken vor allem in Sonderinstitutionen wie Förderschulen, Werkstätten für behinderte Menschen oder in Berufsförderungswerken und selbst in der Umsetzung von Instrumenten zusammen,

52 vgl. Thielen, Marc (2019): Der Übergang Schule-(Aus)Bildung-Beschäftigung in Deutschland. Ein Überblick mit Fokus auf Inklusion im Kontext von Behinderung und Benachteiligung. In: Christian Lindmeier, Helga Fasching, Bettina Lindmeier und Dirk Sponholz (Hg.): Inklusive Berufsorientierung und berufliche Bildung – aktuelle Entwicklungen im deutschsprachigen Raum. 2. Beiheft Sonderpädagogische Förderung heute. Weinheim: Juventa Verlag, S. 150–172. S. 167.

53 vgl. REHADAT Statistik (2015): Menschen mit Behinderung in der dualen Ausbildung-begünstigende und hemmende Faktoren. Köln. Online verfügbar unter https://www.rehadat-statistik.de/statistiken/bildung/ausbildung/menschen-mit-behinderung-in-der-dualen-ausbildung/, zuletzt geprüft am 23.02.2023.; Nepomyashcha a.O., S. 114f.

54 vgl. Thielen, Marc; Handelmann, Antje (2021): ‚Fit machen' für die Ausbildung. Eine Ethnografie zu Unterricht in der Berufsvorbereitung. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 218ff.

55 vgl. Fisahn, Andreas (2008): Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates. Köln.

56 Zum Begriff des Habitus vgl. Bourdieu, Pierre & Wacquant, Loïc J.D. (2017): Reflexive Anthropologie. 4. Aufl. Suhrkamp. Frankfurt am Main.

57 vgl. Fischer-Tahir, Andrea (2021): Sehbehinderung und Arbeit. Rekonfiguration im digitalen Kapitalismus. Bielefeld: transcript Verlag. S. 75-128.

58 vgl. Rambausek, Tonia (2015): Behinderte Rechtsmobilisierung. Eine rechtssoziologische Untersuchung zur Umsetzung von Artikel 19 der UN – Behindertenrechtskonvention. Wiesbaden.

59 vgl. Müller, Arne (2018): Diskriminierung im Kontext von Behinderung, sozialer Lage und Geschlecht: Eine qualitative Analyse im Anschluss an Pierre Bourdieu. Bielefeld: transcript Verlag.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

welche die Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt fördern sollen. Anstelle einer individualisierten und neoliberalen Lesart von Inklusion als individuelle Anpassungsleistung gilt es die Strukturen der Bildung und des Arbeitsmarktes zu öffnen und auch die Praxis der Rehabilitation und unterstützender Instrumente an den Teilhabeerwartungen behinderter Menschen zu orientieren. Strukturelle Veränderungen von segregierender zu inklusiver Bildung sowie ein Strategiewechsel von geschützter Beschäftigung in Werkstätten hin zu unterstützter Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt u. a. in Inklusionsbetrieben können Biographien öffnen. Eingefahrene abwertende und defizitorientierte Denk- und Handlungsmuster können sich durch Erfahrungen verändern. Solche Lernprozesse setzen u. a. auskömmliche zeitliche, personelle und materielle Ressourcen voraus. Die Bereitschaft von Arbeitgeber*innen zur Neueinstellung behinderter Menschen lässt sich durch feste Ansprechpartner*innen und Unterstützung bei der Beantragung von Lohnkostenzuschüssen, Arbeitsassistenzen und Hilfsmitteln sowie unterstützte Probebeschäftigungen und Praktika fördern. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen können ihre Möglichkeiten zur Einstellung behinderter Menschen und zur Gestaltung des Arbeitsmarktes deutlich stärker nutzen. Nicht zuletzt müssen die Möglichkeiten für neue und positive Erfahrungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, kontinuierliche Begleitung bei Übergangsprozessen in den ersten Arbeitsmarkt usw. aus der Perspektive auch sozial weniger oder nicht privilegierter behinderter Menschen erreichbar sein. Eine peer basierte biographische Beratung, die behinderten Menschen in verschiedenen biographischen Phasen regelhaft angeboten und durch Menschen mit ähnlichen Beeinträchtigungen geleistet wird, könnte Unsicherheiten vermindern und die Mobilisierung eigener Rechte unterstützen.

Insbesondere strukturelle Verschiebungen benötigen Zeit, da sie fester Bestandteil des deutschen wohlfahrtsstaatlichen und ökonomischen Pfads sind. Der, allerdings durch den Konjunktureinbruch derzeit gedämpfte, Arbeitskräftebedarf ist ein wichtiger Hebel für Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt. Er wird jedoch nicht ausreichen, um bislang marginalisierte oder ausgeschlossene Gruppen zu erreichen. Eine langfristig angelegte Strategie der Arbeitsmarktinklusion kann zu Verbesserung der Qualität der Arbeit für alle beitragen. ■

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 34. Jahrgang, Nr. 136, Dez. 2023, 232 Seiten

Multiple Krise

Feldmann – ***Multiple Krise?*** / Schwan – ***Zwischen Krisen und Transformation*** / Czeskleba-Dupont – ***Rolle und Herkunft von Krisen im Kapitalismus*** / Dellheim – ***Der BDI als Katalysator*** / Reichhardt – ***Widerspruchskonstellationen der Reproduktionskrise*** / Foster – Degrowth: ***Postwachstums-Planung*** / Friedrich – ***Die Krisenprofiteure*** / Deppe – ***Multiple Krise – Wie kommen Theorie und Praxis zusammen?***

Arbeitskämpfe 2023: Hesselbarth – Liegl / Kilroy – ***Streikmonitor: Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2023*** / Müller – ***EVG-Streik: Die Grenzen der Solidarität*** **Und:** Lotter – ***Marx' Begriff der geschichtlichen Notwendigkeit*** / Gerhardt – ***Die Langen Wellen der Krisentheorie*** / Kornfeld – ***Verteilungskämpfe und Inflation*** / Klundt – ***Grundrisse kritischer Kinderarmutsforschung*** / Friedmann – ***Das kurze Jahr 1923*** – **Sowie:** Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 / Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: PF 700 346, 60553 Ffm, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Politik an der Kette – europäische Fiskalregeln und deutsche Schuldenbremse blockieren sozial-ökologische Transformation

von Regina Viotto

Dr. Regina Viotto ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld. Sie arbeitet dort im Projekt der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema „Der europarechtliche Rahmen sozial-ökologischer Transformation".

Foto: © privat

European Green (New) Deal erfordert Investitionen

Die Transformation der Wirtschaft im Sinne ihrer Dekarbonisierung ist derzeit die größte Herausforderung für die EU. Im Jahr 2019 beschloss die EU-Kommission den sogenannten „European Green Deal" – mittels dieses Programms soll die EU bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden. Hierzu hat sie ein europäisches Klimaschutzgesetz erlassen, das als Zwischenziel vorgibt, bis zum Jahr 2030 bereits 55 Prozent der CO_2-Emissionen gegenüber 1990 einzusparen. Das als „Fit-for-55" bekannte Gesetzespaket ist umfangreich und leitet eine substantielle ökologische Transformation ein.

So wird beispielsweise der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert; das Ziel für das Jahr 2030 wurde von 32 Prozent auf 45 Prozent angehoben und die Beschleunigung für entsprechende Genehmigungsverfahren beschlossen. Weiterhin wird der Emissionshandel um zusätzliche Sektoren wie Schiffsverkehr und Gebäude erheblich erweitert. Die Konsequenz ist, dass zukünftig ca. 85 Prozent aller europäischen Emissionen an Zertifikate gebunden sind, deren Anzahl gemäß der Klimaziele immer weiter absinkt. Ein Teil der Einnahmen soll in den Klimasozialfonds fließen, der mit einem Volumen von rund 80 Milliarden Euro in den Jahren 2026 bis 2032 u. a. Kleinunternehmen und Menschen mit niedrigen Einkommen unterstützen soll.

Die Kommission hat im Mai dieses Jahres zudem ein Grenzausgleichssystem auf den Weg gebracht, das schrittweise Abgaben auf Importe vorsieht, für die noch kein CO_2-Preis bezahlt wurde, damit inländische Produkte gegenüber Importen wettbewerbsfähig bleiben. Auf diese Weise wird dafür gesorgt, dass die Bemühungen der EU um Emissionsreduzierung nicht durch Importe aus dem Nicht-EU-Ausland, auf die keine CO_2-Abgabe gezahlt werden muss, obsolet werden. Eine Aushöhlung der Klimaziele durch Verlagerung von Emissionen wird dadurch verhindert. Das „Fit-for-55-Paket" regelt auch die Renaturierung von Ökosystemen wie Meeren, Flüssen, Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen, normiert in der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur[1], die zunächst von den Konservativen im EU-Parlament blockiert, inzwischen aber verabschiedet wurde. Mit diesem Rechtsakt werden erstmals rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung stark gefährdeter Ökosysteme und bedrohter Arten aufgestellt. Die Liste ließe sich noch erweitern. So sind ebenfalls die Gebiete der umweltfreundlichen Mobilität und „sauberen" Kraftstoffe erfasst, die der Kreislaufwirtschaft und der Nutzung von Wasserstoff-Technologie.

Trotz seiner ökologischen Ambitionen reicht der „Green Deal" in seiner bisherigen Form nicht aus. Die Transformation der Wirtschaft hat immense soziale Folgekosten in

1 Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates über die Wiederherstellung der Natur vom 22.6.2022, COM (2022) 304 final; online unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022PC0304 [letzter Abruf: 8.12.2023].

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Form von höheren Preisen für Mobilität, Energie etc., die ein großer Teil der Bevölkerung kaum oder nicht tragen kann. Zwar hat die EU einen „sozial gerechten Übergang" verlautbart und will „Ungleichheit und Energiearmut durch klimapolitische Maßnahmen"[2] bekämpfen. Neben dem bereits erwähnten Klimasozialfonds gibt es zu diesem Zweck noch den „Just Transition Fund", der Regionen förderfähig macht, bei denen klimapolitisch bedingte Strukturreformen anstehen. Dieser Fonds hat ein Volumen von knapp 20 Milliarden Euro für die Jahre 2021 bis 2027. Beide Instrumente laufen über lange Zeiträume und haben geringe Volumina. Soziale Härten werden damit etwas abgefedert, aber die propagierte Bekämpfung von Ungleichheit ist das nicht.

Abgesehen von der sozialen Schieflage des „Green Deal" ist sein finanzielles Volumen auch zu klein, um wirksame Klima- und Industriepolitik zu betreiben. Die gesamten EU-Ausgaben für die Jahre 2021 bis 2027 betragen ca. 1,82 Billionen Euro; enthalten ist der EU-Haushalt in Höhe von 1.074 Milliarden Euro (sogenannter mehrjähriger Finanzrahmen) und der Aufbaufonds „Next Generation EU" in Höhe von 750 Milliarden Euro[3], für den die EU sich erstmals in ihrer Geschichte verschuldet hat. 30 Prozent von dieser Summe, also ca. 547 Milliarden Euro, sind für den „Green Deal" eingeplant – das sind jährlich 78 Milliarden Euro. Die Summe ist – bezogen auf die gesamte EU – viel zu gering. Die Euro-Memorandum-Gruppe hält EU-weit Investitionen in Höhe von 2 Prozent des EU-BIPs für erforderlich.[4] Das wären umgerechnet pro Jahr 290 Milliarden Euro; es klafft somit jedes Jahr eine Lücke von 212 Milliarden Euro.

Vorbild für die EU-Politik müsste der amerikanische „New Deal" von Franklin Delano Roosevelt in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts sein; der Begriff „New Deal" war schließlich die historische Vorlage für den europäischen „Green Deal" der Kommission. Roosevelt überwand die Weltwirtschaftskrise in den USA, indem er in Rekordhöhe in die Infrastruktur des Landes und in Soziales (öffentliche Beschäftigungsprogramme, Einführung von Sozialsystemen und Mindestlöhnen etc.) investierte. Insgesamt wurden über sieben Jahre jährlich 6 Prozent des BIPs von 1929 ausgegeben[5], was die Wirtschaft ankurbelte und Arbeitslosigkeit und Armut drastisch sinken ließ. Natürlich war die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre eine andere Situation; dennoch gibt es auch Parallelen zur heutigen Klimakrise.

Innerhalb eines kurzen Zeitfensters muss die Wirtschaft gänzlich umgestellt werden, um CO_2-Neutralität zu erreichen. Dies betrifft nahezu alle Branchen. Die Autoindustrie wird auf E-Mobilität umgestellt, fossile Energien werden durch regenerative ersetzt, neue Technologien wie beispielsweise Wasserstoff werden erforscht und implementiert, die Kreislaufwirtschaft muss in vielen Branchen Schritt für Schritt eingeführt werden etc. etc. Um gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen, muss diese gewaltige Transformation sozial gestaltet werden. Die Umstellung und der notwendige soziale Ausgleich sind gewaltige Herausforderungen, die nur mit eben solchen Investitionen gelingen können.

Europäische Fiskalregeln: Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 2022

Die politische Debatte um Investitionen ist in Deutschland zurzeit fokussiert auf die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse, die das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 15. November diesen Jahres sehr weitreichend ausgelegt hat. Hierauf wird noch zurück zu kommen sein – in den Blick genommen werden müssen allerdings auch die europäischen Fiskalregeln, denn die EU

2 Mitteilung der Europäischen Kommission vom 14.7.2021, COM (2021) 6550 final, Abschnitt 2.1, online unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0550&from=EN [letzter Abruf: 8.12.2023].

3 Weitere Informationen zum Aufbaufonds NGEU online unter: https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-recovery-plan/ [letzter Abruf: 8.12.2023].

4 EuroMemo Group, EuroMemorandum 2023: „Europe in Polycrisis: Struggles for Survival, Climate and Energy Justice", S. 7, 29; online unter: www.euromemorandum.eu

5 Schumacher, Juliane, Green New Deals, RLS 2021, S. 17 [letzter Abruf: 8.12.2023].

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ist ein noch größerer Akteur, was das Projekt der klimaneutralen Ökonomie angeht. Neben den Maastricht-Kriterien (jährliche Neuverschuldung höchstens 3 Prozent des BIP, Gesamtschuldenstand nicht höher als 60 Prozent des BIP), die für die EU-Mitgliedstaaten gelten[6], existiert der die EU selbst betreffende Art. 311 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union). In dessen Absatz 2 heißt es: „Der Haushalt wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert." Dies wurde bisher ganz überwiegend so verstanden, dass die Norm eine Kreditaufnahme seitens der Union untersagt.[7] Diese Auslegung steht im Einklang mit der wirtschaftsliberalen Ausrichtung der EU-Verträge.

Nichtsdestotrotz hat die EU aufgrund der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise den Wiederaufbaufonds „Next Generation EU" (NGEU) geschaffen und in dem Zusammenhang erstmalig und bisher einmalig 750 Milliarden Euro (in Preisen von 2018) an den Kapitalmärkten als Kredit aufgenommen. Die Kreditaufnahme durch die Union gleicht einer kleinen Revolution. Die Verträge wurden gleichsam durch die Wirklichkeit ausgehebelt – die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie waren so groß, dass die Union nicht umhinkam, ein Hilfspaket für die Mitgliedstaaten zu schnüren und sich zu diesem Zweck auch zu verschulden. Konkret wurde die Kommission zur Aufnahme von Krediten ermächtigt durch den Eigenmittelbeschluss des Rates der EU vom Dezember 2020. Die Mitgliedstaaten mussten ihm zustimmen, was der Deutsche Bundestag im März 2021 tat, indem er den Entwurf des sogenannten „Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetzes" annahm.

Gegen die Zustimmung in Form dieses Gesetzes wurden vor dem Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden eingelegt, und vor einem Jahr, im Dezember 2022, erging das Urteil, dass Deutschland dem Eigenmittelbeschluss des Rates zustimmen durfte und die Verfassungsbeschwerden unbegründet seien.[8] Auch wenn diesem Urteil ein anderer Sachverhalt zugrunde liegt als der aktuellen Entscheidung zur Schuldenbremse und es hier um europäische und nicht um deutsche Fiskalregeln ging, so sind die Ergebnisse doch faktisch inkonsistent. Beide Urteile wurden vom Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts gefällt; allerdings erging die Entscheidung zum europäischen Corona-Wiederaufbaufonds nicht einstimmig, sondern enthielt ein Sondervotum von Richter Peter Müller, früherer CDU-Ministerpräsident (Saarland), der anscheinend ebenfalls eine treibende Kraft im Verfahren um die Einhaltung der Schuldenbremse war. An dieser Stelle konnte er sich nicht durchsetzen. Inhaltlich besagt das Urteil, dass die EU ihre Kompetenzen mit der Kreditaufnahme „nicht offensichtlich" verletzt habe.

Was den Prüfmaßstab angeht, so hatten die Richter bereits im „Honeywell-Beschluss"[9] von 2010 entschieden, Kompetenzüberschreitungen der EU als nationales Verfassungsgericht nur zu rügen, wenn sie „strukturell bedeutsam" und „offensichtlich" seien. Nach diesem Maßstab akzeptierte das Gericht im Ergebnis die Einstufung der Kreditaufnahme als „sonstige Einnahmen" im Sinne des Art. 311 Absatz 2 AEUV ausnahmsweise unter bestimmten Bedingungen wie der Erreichung eines EU-vertraglichen Zwecks, zeitlicher Befristung und Beschränkung in der Höhe. Die Höhe der Kreditermächtigung dürfe nicht höher sein als der Umfang des regulären Haushalts der Union. Als in den Verträgen explizit aufgeführter Zweck wird hier die Befugnis der Union gemäß Art. 122 AEUV, Mitgliedstaaten in Notsituationen finanziell beizustehen, gesehen. Im Eigenmittelbeschluss der EU ist vermerkt, dass die Mittel nur für die „Bewältigung der Folgen

6 Seit 2020 sind sie wegen Corona-Pandemie und Ukrainekrieg ausgesetzt, aber ab 2024 sollen sie in Form des Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder gelten.

7 So u. a. Herdegen, Matthias, Europarecht, 22. Auflage 2020, § 11 Rn. 2,11; Magiera, Siegfried., in: Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard/Nettesheim, Martin, Das Recht der Europäischen Union, Art. 311, Rn. 23, 44 ff.; Hobe, Stephan/Fremuth, Michael Lysander, Europarecht, 10. Aufl. 2020, S. 108 Rn. 7; Wimmel, Andreas, Mitwirkungsrechte des Bundestages an der Haushalts- und Finanzplanung der Europäischen Union, in DÖV 2020, S. 769 (778).

8 BVerfG vom 6.12.2022 - 2 BvR 547/21 und 2 BvR 798/21.

9 BVerfG vom 6.7.2010 – 2 BvR 2661/06.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der COVID-19-Krise“ vorgesehen und insofern strikt zweckgebunden sind.

Bemerkenswert ist, dass die Richter im Urteil Bedenken aufführen, die gegen ihre Argumentation sprechen. So räumen sie ein, dass die „sonstigen Einnahmen“ bisher äußerst gering waren, nun machen sie mit dem NGEU ca. zwei Drittel des EU-Haushalts zwischen 2021 und 2027 aus. Dies ist nicht leicht mit Art. 311 Abs. 2 AEUV in Einklang zu bringen. Die Entscheidung ist insgesamt von dem Bemühen getragen, die Norm, die eine EU-Verschuldung im Grundsatz verbietet, restriktiv auszulegen und damit der Politik Gestaltungsspielräume zu verschaffen. Es ist aber keine Entscheidung contra legem, denn Art. 311 AEUV als allgemeines, aber nicht absolutes Verschuldungsverbot zu interpretieren, ist innerhalb des Wortlauts und der Systematik der Norm gut vertretbar. Der bessere Weg wäre es zwar, die Norm zu reformieren, so dass sich die EU – unter bestimmten Bedingungen – verschulden und als gewichtiger Player in die sozial-ökologische Transformation investieren darf. Aber dies erfordert nach den bisherigen Unionsregeln Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten, die momentan nicht in Sicht ist. Daher spielt sich die Politik der EU zumindest mittelfristig weiterhin unter den Regeln der Verträge ab. Diese so auszulegen, dass der Politik Spielräume verbleiben, ist auch unter demokratietheoretischen Überlegungen zu begrüßen.

Da eine Verschuldung der Union juristisch für zulässig erachtet wurde, ist es nicht fernliegend, dass weitere Kreditaufnahmen folgen könnten. Schließlich ist der Krisenmodus, in dem sich unsere Gesellschaft seit geraumer Zeit befindet, nicht vorbei. Folgewirkungen der Pandemie treffen die europäische Wirtschaft noch immer; der Krieg in der Ukraine hat zu einer Energiekrise geführt, und die sich immer weiter zuspitzende Klimakrise betrifft den gesamten Planeten und stellt alle anderen Krisen in den Schatten. Es wäre also denkbar, dass die EU nach Art. 311 in Verbindung Art. 122 AEUV einen weiteren Aufbaufonds durch Aufnahme von Krediten am Kapitalmarkt schafft, ähnlich dem deutschen KTF (Klima- und Transformationsfonds). Der erforderliche Zweck wäre nicht weniger als die aktive Bekämpfung des Klimawandels und seiner ökonomischen und sozialen Folgen durch eine kluge europäische Industrie- und Sozialpolitik, die die Umstellung auf eine grüne Ökonomie vorantreibt und fördert. Dieses Instrument müsste – nach den oben dargelegten Kriterien - zeitlich befristet sein und dürfte nicht über den regulären EU-Haushalt hinausgehen.

Diese Anforderungen sind machbar. Da das Zeitfenster zur Bekämpfung des Klimawandels immer kleiner wird, wäre ein solches Projekt auch höchst sinnvoll. Dass nicht wenige mit der bisher einmaligen Verschuldung in substantieller Höhe durch die Union nun einen Dammbruch und einen Eintritt in eine Fiskal- und Transferunion fürchten[10], verwundert nicht. Entsprechend argumentiert auch Richter Peter Müller in seinem Sondervotum zum Urteil.[11]

Alles in allem wirkt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2022 zwar bei der Lektüre etwas verklausuliert durch die Formulierung, die Einhaltung der EU-Verträge sei nicht offensichtlich ausgeschlossen. Aber die Zurückhaltung des Gerichts erscheint angesichts des Primats der Politik angemessen.

Deutsche Schuldenbremse – Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023

Vor wenigen Wochen, am 15. November 2023, hat das Bundesverfassungsgericht ein weiteres Urteil gesprochen, dieses Mal zu deutschen Fiskalregeln in Form der Schuldenbremse.[12] Das Urteil hat für ein Beben in der Ampel-Koalition gesorgt; noch ist nicht sicher, dass die Bundesregierung Bestand hat.

10 Beispielsweise Hilpold, Peter: „Next Generation EU und die „Einnahmesouveränität“: Das EU-Eigenmittelsystem vor dem BVerfG“, in EuZW 2023 169 (175); Steinbach, Armin und Grund, Sebastian, „Der EU-Corona-Aufbaufonds – nächste Etappe in die Fiskal- und Transferunion?, in NJW 2023, 405 (409 f.) mit der Kritik, dass das BVerfG den Fall nicht dem EuGH zur Entscheidung vorlegte.

11 BVerfG vom 6.12.2022 - 2 BvR 547/21 und 2 BvR 798/21, Sondervotum Müller Rn. 29 ff.

12 BVerfG vom 15.11.2023 – 2 BvF 1/22.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Allgegenwärtig ist das Urteil seitdem in den verschiedenen Medien und in der gesellschaftlichen Debatte.[13]

Worum geht es in der Entscheidung? Das Gericht hat den zweiten Nachtragshaushalt 2021 im Bund für nichtig erklärt. Mit der Etatänderung wollte die Bundesregierung rückwirkend das für die Folgen der Corona-Pandemie vorgesehene Sondervermögen umwidmen in das Sondervermögen Energie- und Klimafonds (inzwischen Klima- und Transformationsfonds, KTF). Die Zuführung erfolgte erst im Februar 2022 für das abgeschlossene Haushaltsjahr 2021 und enthielt nicht unmittelbar benötigte Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro. Dieser Vorgang ist laut Gericht verfassungswidrig mit der Folge der Nichtigkeit. Die Verfassungswidrigkeit wird von den Richtern auf drei verschiedene Gründe gestützt.

Zentrale Norm für die Prüfung ist Art. 115 GG, dessen Absatz 2 Satz 1 besagt, dass Einnahmen und Ausgaben des Bundes grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen sind. Dieser Anforderung ist nach S. 2 Genüge getan, wenn das Kreditvolumen 0,35 Prozent des BIP nicht übersteigt. Nun bietet die Norm aber in Absatz 2 S. 6 eine Ausnahme, auf die sich die Bundesregierung gestützt hat: Die Kreditobergrenze kann per Mehrheitsbeschluss im Bundestag überschritten werden „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen."

In der Corona-Pandemie mit ihren schwerwiegenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen sieht das Gericht eine „außergewöhnliche Notsituation" im Sinne der Norm, die auch die weiteren Voraussetzungen erfüllt, sich also der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.[14] Insoweit besteht Einigkeit; die Tatbestandsvoraussetzungen für das Aussetzen der Schuldenbremse sind grundsätzlich erfüllt.

Exkurs: Widerspruch zur „Klimaentscheidung" des BVerfG vom 24. März 2021

Gleichzeitig merkt das Gericht – quasi nebenbei – an, dass „Folgen von Krisen, die lange absehbar waren, […] nicht mit Notkrediten finanziert werden" dürfen, denn es fehle aufgrund der langfristigen Entwicklung am Merkmal „der Kontrolle des Staates entzogen"[15] Diesen Hinweis könnte man so auslegen, dass eine Durchbrechung der Schuldenbremse mittels eines entsprechenden Sondervermögens zur Bekämpfung der Klimakrise nicht zulässig sei, denn der Klimawandel ist seit Jahrzehnten bekannt.

Darum ging es im Ausgangsfall aber gar nicht. Wollte das Gericht vorsorglich schon die Grenzen für weitere Ausnahmen von der Schuldenbremse abstecken? Die Aussage läuft auf eine gefährliche Einengung des Art. 115 Abs. 2 S. 6 GG zu, denn eine Krise, die nicht plötzlich kommt, sondern langanhaltend ist, sich aber immer weiter zuspitzt, steht einer Gefahrenlage, die unerwartet eintritt, in nichts nach. Die zugrundeliegende Botschaft mutet geradezu zynisch an: „Ihr hattet genug Zeit zu handeln und seid selbst schuld, dass Ihr es nicht getan habt. Nun tragt die Konsequenzen Eurer Versäumnisse."

Demnach wäre die Schuldenbremse im Ergebnis ein höheres Verfassungsgut als das Recht auf Gesundheit in Form von effektivem Klimaschutz, der die Bewohnbarkeit des Planeten erhält. Genau letzteres Rechtsgut wurde aber in einem weiteren Aufsehen erregenden Urteil, der Klimaentscheidung des BVerfG aus dem März 2021, gestärkt. Das Urteil zur Schuldenbremse steht der Klimaentscheidung

13 Reiners, Hartmut, „Wer oder was ist hier verfassungswidrig?" in Makroskop vom 20.11.2023, https://makroskop.eu/38-2023/wer-oder-was-ist-hier-verfassungswidrig/; Fratzscher, Marcel, „Nicht alle Schulden sind schlechte Schulden" in Zeit online vom 24.11.2023, online unter: https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-11/bundeshaushalt-schuldenbremse-bundesregierung-bundesverfassungsgericht-urteil [letzter Abruf: 8.12.2023]; Meickmann, Till Valentin, „Das Ende der Großzügigkeit" in Verfassungsblog vom 15.11.2023, online unter: https://verfassungsblog.de/das-ende-der-groszugigkeit/ [letzter Abruf: 8.12.2023]; LTO-Redaktion, Reaktionen nach BVerfG-Urteil zur Schuldenbremse: Was das Grundsatzurteil für den Klimaschutz bedeutet", in Legal Tribune Online vom 15.11.2023, online unter: https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bverfg-nachtragshaushalt-2021-schuldenbremse-verfassungswidrig-reaktionen-ausblick/ [letzter Abruf: 8.12.2023].

14 BVerfG vom 15.11.2023 - 2 BvF 1/22, Rn. 188 ff.

15 BVerfG a. a. O., Rn. 109.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

des BVerfG[16] diametral entgegen, die – kurzgefasst – unmissverständlich klarstellt, dass heute versäumte Klimaschutzmaßnahmen Freiheitsrechte von morgen verletzen. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG umfasse auch eine Schutzpflicht des Staates, die Gesundheit der Menschen vor den Gefahren des Klimawandels zu bewahren. Das Verfassungsrang aufweisende Klimaschutzziel des Art. 20 a GG verbiete es dem Gesetzgeber, hohe Emissionsminderungslasten auf nach 2030 zu verschieben. Diese bereits jetzt festzulegen liege in seiner Verantwortung.[17] Hier entschied – im Gegensatz zum aktuellen Urteil – der 1. Senat des Gerichts. Allerdings sollte erwartet werden dürfen, dass die Urteile beider Senate inhaltlich einigermaßen konsistent sind; ansonsten könnte das Vertrauen, das die Bevölkerung noch immer in sein höchstes Gericht setzt, zu Recht leiden.

Dreifache Verfassungswidrigkeit durch Überschreitung der Schuldenbremse

Zurück zum aktuellen Urteil - über den Wortlaut des Art. 115 Abs. 2 S. 6 GG hinaus verlangen die Richter die Erfüllung weiterer Voraussetzungen, damit die Ausnahme zur Schuldenbremse greift. Sie stellen insgesamt drei selbstständige Gründe für eine Verfassungswidrigkeit fest.

So muss ein sachlicher Veranlassungszusammenhang zwischen Notsituation und Überschreitung der Kreditobergrenzen gegeben sein. Positiv ist, dass das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber hier einen Beurteilungsspielraum einräumt und eine gerichtliche Verhältnismäßigkeitsprüfung ablehnt.[18] Allerdings stellt es sehr hohe Anforderungen an die Begründung des Gesetzgebers, die sogenannte „Darlegungslast". Die Begründung der Bundesregierung, dass – kurz gefasst - eine Förderung von Klimaschutz, Transformation und Digitalisierung die nach wie vor von der Pandemie geschwächte Wirtschaft stärkt und es insofern immer noch darum ginge, die Folgen der durch Corona ausgelösten Wirtschaftskrise zu überwinden, reicht dem Gericht nicht aus.[19] Die mangelhafte Darlegung führt zur Verfassungswidrigkeit der Etatänderung (1. Grund).

Weiterhin geben die Richter den Haushaltsgrundsätzen der „Jährlichkeit" (der Haushalt ist immer nur für ein Jahr aufzustellen) und „Jährigkeit" (Mittel dürfen nur im jeweiligen Jahr ausgegeben werden) Verfassungsrang und sehen sie als verletzt an, was die Umwidmung des Sondervermögens ebenfalls verfassungswidrig macht (2. Grund). Bisher war nicht geklärt, ob diese Grundsätze auch für Sondervermögen gelten, aber das Gericht wendet sie strikt und vollumfänglich an. Insbesondere die Anwendung des Grundsatzes der Jährigkeit bereitet ein großes Problem in der Praxis, denn er bedeutet, dass jedes Jahr neu entschieden werden muss, wofür die Mittel ausgegeben werden und keine Längerfristigkeit von Sondervermögen mehr möglich ist. Dass dies private Investitionen hemmt, liegt auf der Hand, denn die Politik kann Investoren so keine Planungssicherheit mehr geben.

Die Transformation der Wirtschaft ist aber ein langfristiges Projekt, das auch langfristige Kreditaufnahmen erfordert. Das Bundesverfassungsgericht stellt auf dieses Argument hin nur lapidar fest, dass nicht ersichtlich sei, „wieso der langfristig angenommenen Krisensituation nicht mit jährlich wiederholten Feststellungen […] ausreichend begegnet werden könnte."[20]

Zu guter Letzt verstößt der Nachtragshaushalt laut Bundesverfassungsgericht auch noch gegen das sogenannte Prinzip der „Vorherigkeit", Art. 110 Abs. 2 S. 1 GG (3. Grund). Er hätte hiernach im Dezember 2021 nicht nur eingebracht, sondern auch beschlossen werden müssen. Eine Verabschiedung nach Ablauf des Haushaltsjahres sei unzulässig.

16 BVerfG vom 24.3.2021 – 1 BvR 2656/18 (u. a.).

17 BVerfG a. a. O., Leitsätze 1 und 5.

18 BVerfG vom 15.11.2023 – 2 BvF 1/22 Rn. 125.

19 BVerfG a. a. O., Rn. 195 ff.

20 BVerfG a. a. O., Rn. 212.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Rechtsfolge der festgestellten Verfassungswidrigkeit ist die Nichtigkeit des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2021 mit der Konsequenz, dass der KTF um 60 Milliarden Euro reduziert wird.[21]

Politischer Umgang mit dem Urteil und Ausblick

Das Urteil ist in der Welt, und die Frage stellt sich, wie am besten damit umzugehen ist. Die Bundesregierung hat bereits reagiert und auch für 2023 eine Notlage erklärt. Dieser Schritt ist sinnvoll und kann gut begründet werden mit der seit dem Ukrainekrieg bestehenden Energiekrise. Auch für 2024 wäre diese Vorgehensweise angebracht.

Mittelfristig braucht es aber eine Reform der Schuldenbremse. Ihre Aufhebung mag man sich zwar wünschen, allerdings ist sie angesichts der Anforderung einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag zurzeit illusorisch. Kern einer Reform müsste sein, dass Zukunftsinvestitionen, die einen gesellschaftlichen Gegenwert schaffen, nicht von der Schuldenbremse umfasst werden. Für die Beibehaltung der Schuldenbremse in ihrer bisherigen Form zu plädieren und sich dabei auf die Zukunft der jungen Generation zu berufen, wie es vielfach getan wird, ist absurd, denn zum einen führen die bisherigen Regelungen dazu, dass jungen Menschen und nachfolgenden Generationen ein Staat mit einer maroden Infrastruktur hinterlassen wird und zum anderen werden gerade sie unter den Folgen des Klimawandels leiden, wenn jetzt nicht genug Geld für die ökologische Transformation ausgegeben wird.

Eine weitere Option besteht darin, ein Sondervermögen für „Klima- und grüne Industriepolitik" analog des 100 Milliarden Euro starken Sondervermögens für die Bundeswehr nach Art. 87 Abs. 1 a GG anzustreben und in das Grundgesetz aufzunehmen.[22] Dies wäre zwar auch nur mit einer Zweidrittelmehrheit, also mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, möglich und ist daher momentan nicht besonders erfolgversprechend. Aber es würde eine politische Debatte entfachen, die die Union in die Verantwortung nimmt. Sie käme in Erklärungsnot und damit in die Defensive, wenn sie nicht mitmacht.

Denn dass der immer schneller voranschreitende Klimawandel die junge Generation bedroht, kann sie ebenso wenig leugnen wie die Tatsache, dass die massenhaften Subventionen von grünen Technologien in den USA und China dem deutschen Industriestandort schwere Wettbewerbsnachteile zufügen. Im Moment besteht die Rolle der größten Oppositionspartei überwiegend darin, angesichts der angeblichen „Tricksereien" der Bundesregierung zu feixen und soziale Kürzungsmaßnahmen, beispielsweise beim Bürgergeld, gegen die Haushaltskrise zu empfehlen.

Dass Klimaschutz viel Geld kostet, ist unbestritten. Es ist aber auch klar, dass es um ein Vielfaches teurer ist, notwendige Investitionen nicht zu tätigen,[23] was zunehmende Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Ernteausfälle und Gesundheitsprobleme durch Hitze heute schon aufzeigen. Wenn die Entwicklung so weiter verläuft wie in den vergangenen Jahren, werden in nicht allzu ferner Zukunft die Ausgaben ein Maß erreichen, dass an die Einhaltung der Schuldenbremse sowieso nicht mehr zu denken ist.

Es ist also höchste Zeit, dass die Politik sowohl in Deutschland als auch in der EU ihre fiskalischen Fesseln ablegt, um die Zukunft im Sinne nachfolgender Generationen demokratisch zu gestalten. ■

21 Das BVerfG hätte die Möglichkeit gehabt, die Rechtsfolge seines Urteils nur auf die Zukunft zu beziehen und die 60 Milliarden Euro unangetastet zu lassen. Aber auch in diesem Punkt hat es sich für die weitreichendste, nämlich rückwirkend bereits eingegangene Verpflichtungen umfassende, Auslegung entschieden.

22 Dafür plädierend z. B. Fratzscher, Marcel, „Rente, Steuern, Schuldenbremse – Wie sich die Haushaltskrise mit einem großen Kompromiss beenden ließe" in Spiegel online vom 8.12.2023, online unter: https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/rente-steuern-schuldenbremse-wie-sich-die-haushaltskrise-mit-einem-grossen-kompromiss-beenden-liesse-a-0f0cd0e4-09cf-4f79-9e97-1cd3c53ce715 [letzter Abruf: 8.12.2023].

23 Wille, Joachim, „Nichtstun in der Klimakrise wird viel teurer" vom 30.3.2021, https://www.klimareporter.de/international/nichtstun-in-der-klimakrise-wird-viel-teurer.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Literaturverzeichnis:

European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe - EuroMemo Group, „Europe in Polycrisis: Struggles for Survival, Climate und Energy Justice“, EuroMemorandum 2023.

Fratzscher, Marcel, „Nicht alle Schulden sind schlechte Schulden“ in Zeit online vom 24.11.2023.

Fratzscher, Marcel, „Rente, Steuern, Schuldenbremse – Wie sich die Haushaltskrise mit einem großen Kompromiss beenden ließe“ in Spiegel online vom 8.12.2023.

Herdegen, Matthias, Europarecht, 22. Auflage München 2020,

Hilpold, Peter: Next Generation EU und die „Einnahmesouveränität“: Das EU-Eigenmittelsystem vor dem BVerfG, in EuZW (Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht) 2023, S. 169 ff.

Hobe, Stephan/Fremuth, Michael Lysander, Europarecht, 10. Aufl. München 2020,

LTO-Redaktion, Reaktionen nach BVerfG-Urteil zur Schuldenbremse - Was das Grundsatzurteil für den Klimaschutz bedeutet, in Legal Tribune Online (LTO) vom 15.11.2023.

Magiera, Siegfried, in: Grabitz, Eberhard/ Hilf, Meinhard/ Nettesheim, Martin, Das Recht der Europäischen Union – Kommentar, Loseblattsammlung, München, Stand Januar 2023,

Meickmann, Till Valentin, „Das Ende der Großzügigkeit“ in Verfassungsblog vom 15.11.2023,

Reiners, Hartmut, Wer oder was ist hier verfassungswidrig?, in Makroskop vom 20.11.2023,

Schumacher, Juliane, Green New Deals – Großer Wurf für gerechten Klimaschutz oder Update des kapitalistischen Modells?, RLS Brüssel 2021,

Steinbach, Armin/ Grund, Sebastian, Der EU-Corona-Aufbaufonds – nächste Etappe in die Fiskal- und Transferunion?, in NJW (Neue Juristische Wochenschrift) 2023, S. 405 ff.

Wille, Joachim, Nichtstun in der Klimakrise wird viel teurer, in Klimareporter online vom 30.3.2021.

Wimmel, Andreas, Mitwirkungsrechte des Bundestages an der Haushalts- und Finanzplanung der Europäischen Union, in DÖV (Die Öffentliche Verwaltung) 2020, S. 769 ff.

PapyRossa Verlag

Die Löhne »zu hoch«, der Sozialstaat »unbezahlbar«, hohe Steuern »Gift für die Wirtschaft«: Derlei Behauptungen machen Stimmung – für mehr Markt und weniger Politik, für mehr soziale Ungleichheit und weniger soziale Sicherheit. Anhand von Zitaten aus Presse und Verbandspublikationen fühlt der Band neoliberalen Mythen auf den Zahn.

Patrick Schreiner
Kai Eicker-Wolf
Wirtschaftsmärchen
Hundertundeine Legende über Ökonomie, Arbeit und Soziales

ISBN 978-3-89438-814-0
Paperback | 270 Seiten | € 19,90

www.papyrossa.de

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

(Über-)Reichtum als gesellschaftliches Problem

von Arne Heise[1]

Verteilungsfragen sind längst zurückgekehrt in unsere modernen, hochentwickelten Gesellschaften des Westens. Nachdem die Vermögens- und Einkommensungleichheit in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten enorm zugenommen hat, wird nun nicht nur die Gerechtigkeitsfrage immer lauter gestellt, Ungleichheit wird auch als Gefährdungspotential für die demokratische Entwicklung angesehen.

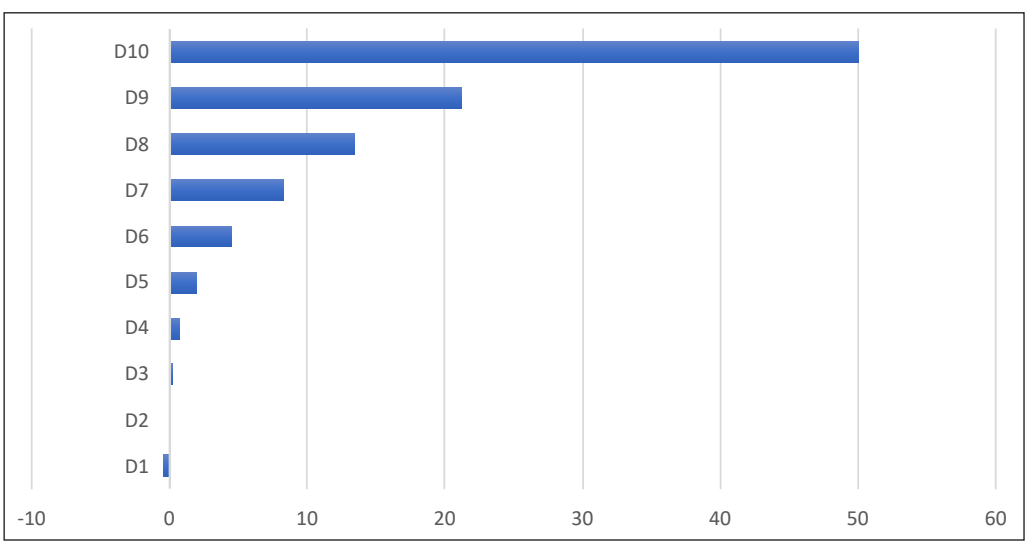
Die Wiener Arbeiterkammer (AK Wien) hat sich in einem Essay-Wettbewerb mit dieser Problemstellung unter dem provokanten Begriff „Überreichtum" beschäftigt, womit die Vermögenskonzentration einer verschwindend geringen Gesellschaftsminderheit gemeint ist. Die AK Wien bezieht ihre Überlegungen auf Österreich, wir wollen uns der bundesdeutschen Realität von (Über-)Reichtum und Armut annähern.

Das empirische Bild

Bis heute ist die Datenlage zum Reichtum in Deutschland nicht ausreichend. Dies liegt methodisch daran, dass Vermögen nicht systematisch erfasst und deshalb mittels Stichproben geschätzt werden müssen, wobei die „Superreichen" systematisch unterrepräsentiert sind. Die extreme Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland ist aber auch auf dieser eingeschränkten Datengrundlage unübersehbar (vgl. Abb. 1): Die reichsten 10 Prozent der Gesellschaft verfügen über etwa die Hälfte des Gesamtvermögens, während die untere Hälfte der Gesellschaft praktisch keinerlei Vermögen hat.

Die tatsächliche Schieflage in der Vermögensverteilung wird noch deutlicher und lässt erahnen, was mit „Überreichtum" gemeint sein kann (vgl. Tab. 1), wenn das reichste Dezil genauer untersucht wird: Das reichste Perzentil (1 Prozent) verfügt (je nach Schätzung) mit 31–34 Prozent des Gesamtnettovermögens über fast zwei Drittel des Vermögens

Abbildung 1: Kumulierte Anteile der Dezile des Haushaltsnettovermögens (2018)



Quelle: Armutsbericht der Bundesregierung 2021, S. 366

1 Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

des obersten Dezil und also allein über fast ein Drittel des gesamten Nettovermögens der Gesellschaft – und damit etwa 30 mal mehr als ihm bei Gleichverteilung zukommen würde. Noch extremer wird es, wenn wir auf die reichsten 0,1 Prozent – die wirklich Superreichen – Deutschlands blicken, die über etwa 16 Prozent des Nettogesamtvermögens verfügen und damit über etwa 160 mal mehr als bei Gleichverteilung!

Tabelle 1: Anteil der Reichsten am Nettogesamtvermögen in % (2014)

	Top-1-Prozent	Top-0,1-Prozent
Szenario 1	34	16
Szenario 2	31	15

Anmerkungen: Die Szenarien 1 und 2 geben unterschiedliche Schätzungen auf Basis der Forbes-Liste in einem Bereich an, der als realistisch eingeschätzt wird. Minimale und maximale Schätzausprägungen reichen von 30–35 Prozent (bei Top-1-Prozent) bzw. 14 – 17 Prozent (bei Top-0,1-Prozent).

Quelle: Armutsbericht der Bundesregierung 2021, S. 389

Ein Blick auf die personelle Einkommensverteilung in Deutschland (vgl. Abb. 2) zeigt eine weniger ausgeprägte Ungleichheit - da die Vermögensbetrachtung „Humankapital" nicht berücksichtigt, muss die Einkommensverteilung weniger ungleich ausfallen als die Vermögensverteilung: Das einkommensstärkste Zehntel verfügt etwa über ein Viertel des Gesamteinkommens und erhält damit ungefähr so viel wie die gesamte untere Hälfte der Einkommensbezieher zusammen.

Schließlich muss darauf verwiesen werden, dass sich die im Steuer- und Sozialsystem Deutschlands angelegte Umverteilungsfunktion über die Reformen der letzten zwei Jahrzehnte hinweg – insbesondere auch durch die Agenda-2010-Politik – deutlich verringert hat (vgl. Tab. 2). Die Steuer- und Sozialpolitik trägt also ebenfalls zur zunehmenden Einkommensungleichheit bei.

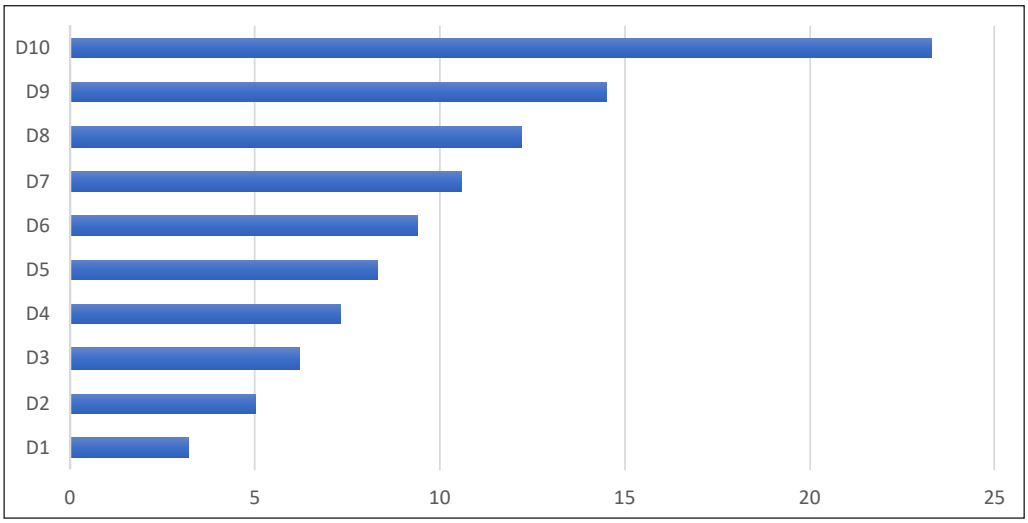
Demokratie in Gefahr?

Die Standardökonomik hat keinerlei Konzepte für die Erklärung einer „gewünschten", „optimalen", „gerechten" oder auch nur „funktionalen" Vermögensverteilung. Die Wohlfahrtsökonomik zeigt immerhin, dass paretooptimale Tauschergebnisse – der Benchmark der Standardökonomik, wenn es um die Effizienz einer Marktwirtschaft geht – bei jeglicher Vermögensverteilung („Erstausstattung") erreicht werden können und die Vermögensverteilung mithin einer politischen, nicht aber ökonomischen Begründung unterstellt werden sollte. Die Einkommensverteilung, so die Logik der Standardökonomik, ergibt sich dann aus den Erträgen der verschiedenen Vermögensbestände, mit denen die Menschen (bzw. Haushalte) ausgestattet sind und diese entsprechen der unterschiedlichen Produktivität der verschiedenen Vermögenstitel – spiegeln also die unterschiedliche Leistungskraft und -bereitschaft der Menschen wider und sollte deshalb auch durch steuerliche oder sozialpolitische Eingriffe nicht grundlegend verändert werden. Argumente kritischer Ökonomen, die auf die negativen Nachfragewirkungen ungleicher Verteilungskonstellationen verweisen, werden damit gekontert, dass diese Wirkungen nur die Konsumnachfrage der Haushalte, nicht aber die Investitionsnachfrage der Unternehmen berücksichtigen und deshalb in die Irre gingen, weil die Investitionstätigkeit der Unternehmen erst die Einkommen der Konsumnachfrage schaffe.

Die neuere politökonomische Literatur verweist nun aber darauf, dass von der Vermögens- und Einkommensverteilung nicht nur ökonomische, sondern auch ernstzunehmen-

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abbildung 2: Einkommensverteilung nach Dezilen (2016)



Anmerkungen: Anteile am Gesamteinkommen in Prozent, Personen in Privathaushalten auf Grundlage des verfügbaren und gewichteten Haushaltseinkommens

Quelle: Bundeszentrale für Politische Bildung; Soziale Situation in Deutschland: Einkommensverteilung, herunterladbar unter: Einkommensverteilung | Die soziale Situation in Deutschland | bpb.de [letzter Zugriff; 27.11.2023].

Tabelle 2: Veränderung von Steuern und Sozialabgaben 2015 gegenüber 1998 (in Prozent)

Perzentile	**Einkommensteuer, Soli,Unternehmens-steuern**	**Indirekte Steuern**	**Steuern und Sozialbeiträge**
	Veränderung in % des Haushaltsbruttoeinkommens		
1. Dezil	+0,1	+5,2	+4,7
2. Dezil	-0,2	+3,9	+3,3
3. Dezil	-0,5	+3,9	+3,7
4. Dezil	-0,5	+3,6	+3,6
5. Dezil	-0,9	+3,3	+2,4
6. Dezil	-1,6	+3,8	+1,1
7. Dezil	-2,0	+2,9	+0,7
8. Dezil	-3,1	+2,5	-0,9
9. Dezil	-2,5	+2,1	-0,6
10. Dezil	-3,5	+1,3	-2,5
Top 1%	-5,3	+0,6	-4,8
Top 0,1%	-4,3	+0,1	-4,1
Insgesamt	-2,3	+2,4	-0,1

Anmerkungen: Dunkle Schattierung zeigt überdurchschnittliche Ent- bzw. Belastung an

Quelle: Bach et al.; Wer trägt die Steuerlast? IMK-Studie Nr. 347, Düsseldorf 2016

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

de politische Effekte ausgehen. Einerseits ist es mittlerweile gesicherte Erkenntnis, dass die Fähigkeit, politische Themen – z. B. Vermögens- und Einkommenssteuern – im eigenen Interesse zu beeinflussen, von der Vermögens- und Einkommenssituation abhängt. Reichere Menschen haben damit entschieden mehr Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen – sei es mittels direktem Lobbying, sei es durch den Einfluss auf die Medien oder die Wissenschaft. Die Wirkungen dieser vermögens- und einkommensabhängigen Machtverteilung zeigen sich in der deutlich höheren Responsivität der Politik gegenüber den Ansprüchen reicher Menschen, aber auch in der höheren Bereitschaft zur Selbstbeschränkung bzw. in einer Fehleinschätzung ärmerer Menschen. Damit wird der antike Zusammenhang, wo politische Macht Voraussetzung für Vermögens- und Einkommensreichtum war, zunehmend umgedreht: Ökonomischer Reichtum schafft politische Macht und untergräbt damit das für Demokratien so essentielle Gleichheitsprinzip.

Die Kehrseite dieser Entwicklung liegt darin, dass ärmere Menschen zunehmend das Vertrauen in demokratische Institutionen verlieren und sich entweder der demokratischen Partizipation entziehen oder gar jene politischen Kräfte stärken, die in populistischer Manier die gesellschaftliche Spaltung in ein „Wir“ (das Volk) und „Die“ (die politische Elite) vorantreiben. Vermögens- und Einkommenspolarisierung geht dann mit gesellschaftlicher Spaltung einher, die allzu oft in rechtem Radikalismus endet.

Politische Handhabe?

Es dürfte wenig Dissens darüber bestehen, dass die aufgezeigten Vermögens- und Einkommensungleichheiten kaum als Ergebnis individueller Leistungsunterschiede gerechtfertigt und folglich kaum als gerecht angesehen werden können. Insbesondere der Anteil der superreichen 0,1 Prozent der Bevölkerung am gesellschaftlichen Wohlstand sind kaum anders als unanständig zu bezeichnen und rechtfertigen die Qualifikation als „überreich“. Und die Tatsache, dass nicht nur die zunehmend ungleiche Verteilung der Markteinkommen, sondern auch die parallel dazu verlaufende Reduktion der Umverteilung durch das Steuer- und Sozialsystem dazu beitragen, die Ungerechtigkeiten zu vergrößern, muss besonders beschämen und vor dem Hintergrund der politischen Auswirkungen auch sprachlos machen. Natürlich ist es hier den Reichen gelungen, die Globalisierung als Triebfaktor zu instrumentalisieren und es muss einer auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Stabilität orientierten Politik gelingen, mittels Einführung bzw. Erhöhung von Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung, Erhöhung der Unternehmens- und einer stärkeren Progression der Einkommensbesteuerung nicht nur die Vermögens- und Einkommensungerechtigkeit wenigstens im Ansatz zu revidieren, sondern auch die Einnahmen der öffentlichen Haushalte angesichts der immensen gesellschaftlichen Aufgaben und der Beschränkungen der öffentlichen Verschuldung durch die Schuldenbremse zu erhöhen. Eine verantwortungsvolle Vermögens- und Einkommenselite wird sich einer solchen Perspektive auch nicht mittels medialer Macht entgegenstellen. ■

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Für einen ökofeministischen European Green Deal

von Katharina Wiese

Katharina Wiese Policy Manager für wirtschaftlichen Übergang und Gleichstellung beim European Environmental Bureau (EEB) in Brüssel.

Foto: © Lien Vandamme

Als Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Ende 2019 die Mitteilung zum „European Green Deal" (EGD) vorstellte, leitete sie eine intensive Phase der Arbeit an der Entwicklung neuer Gesetze, Rahmen und Strategien ein, um dieses Programm mit Leben zu füllen. Für uns als Umweltschützer*innen war dies eine einzigartige Gelegenheit, auf eine bessere und transformative Umweltpolitik zu drängen. Schließlich waren wir der Meinung, dass die Umwelt endlich von den Rändern in den Kern der europäischen Politikgestaltung gerückt ist. Das Thema Nachhaltigkeit und Umwelt spielte in der vorher gegangenen Juncker Kommission der Europäischen Union leider nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Als Feminist*innen waren viele von uns jedoch überrascht, als wir feststellten, dass der „European Green Deal" – das Flaggschiff der politischen Rahmenbedingungen dieser Kommission – keinerlei Bezugnahme auf die Gleichstellung der Geschlechter enthielt. Während die Kommission auch die neue europäische Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter vorlegte, war der gender-unsensible europäische „Green Deal" erstaunlich. Warum spielen Gender und Intersektionale Ungleichheiten eine Rolle in der Klima- und Umweltpolitik? Das bekommen wir immer noch viel zu hören, deshalb ein Erklärungsversuch:

Der Klimawandel und seine ökologischen, sozialen und ökonomischen Konsequenzen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen. Diese sind mit sozial konstruierten Geschlechterrollen und darunterliegenden Machtdynamiken verbunden, die das Leben von Männern und Frauen prägen. Zugleich tragen Männer und Frauen auf unterschiedliche Weise zu Umweltzerstörung bei, wie etwa zu Kohlenstoffemissionen. Geschlechterrollen beeinflussen unter anderem Karriereentscheidungen und Mittel um in Lösungen mit niedrigem Kohlenstoffausstoß zu investieren, unterschiedliche Mobilitäts- und Energiebedarfe und andere Verbrauchsmuster sowie auch die mit Nachhaltigkeit in Verbindung stehenden Werte, die ebenfalls gegendert sind. All dies formt den individuellen CO_2-Fußabdruck und das Verhalten. Aktuelle Studien[1] haben gezeigt, dass Männer, sogar wenn Männer und Frauen gleiche Beträge ausgeben, vor allem durch höheren Benzinverbrauch und höheren Fleischkonsum höhere CO_2-Emissionen verursachen. Untersuchungen[2] haben auch gezeigt, dass Frauen stärker so sozialisiert sind, dass sie sich um andere kümmern und umweltbewusste Verhaltensweisen annehmen. Diese konstruierten Geschlechterrollen haben auch einen negativen Effekt auf Männer, die zum Teil ein nachhaltigeres Verhalten ablehnen, weil sie fürchten, als „verweiblicht" angesehen zu werden.

Die politischen Strategien und Instrumente, die wir ergreifen, um den Klimawandel aufzuhalten oder zu verringern, seien es CO_2-Steuern, Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Umschulungen oder Investitionen und Förderungen von bestimmten Sektoren oder Technologien, haben unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen. Werden diese Auswirkungen nicht beachtet, laufen wir Gefahr, dass bestehende Ungerechtigkeiten verstetigt oder sogar ver-

1 Online unter: https://www.theguardian.com/environment/2021/jul/21/men-cause-more-climate-emissions-than-women-study-finds [letzter Abruf: 31.11.2023].

2 Online unter: https://link.springer.com/article/10.1007/s11199-019-01061-9 [letzter Abruf: 31.11.2023].

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

größert werden. Das heißt, nicht nur auf die Auswirkungen der Politik zum Klimawandel auf Frauen zu schauen, sondern auch darauf, wie sie im Vergleich zu anderen Diskriminierungsarten, die aufgrund von Einkommen, Alter, Fähigkeiten/Behinderung, Rassifizierung oder sexueller Identität bestehen, auf die Betroffenen wirkt. So sind ethnische Minderheiten oft überproportional Umweltgefahren wie Luftverschmutzung und extremen Wetterereignissen ausgesetzt[3]. Eine intersektionale Perspektive ist daher entscheidend.

Wie könnte ein ökofeministischer „European Green Deal" aussehen? Nehmen wir den Bereich Transport und Verkehr als Beispiel. Verkehr macht 29 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU aus[4] und ist einer der größten Treiber für Luftverschmutzung in Städten. Was die Sache noch schlimmer macht, ist, dass im Gegensatz zu anderen Sektoren die Transportemissionen immer noch anwachsen und höher sind als 1990. Mobilitätssysteme sind zudem nicht geschlechtsneutral[5], sondern von männlichen Normen dominiert. Das äußert sich in unterschiedlichen Mobilitätsmustern, die in einer patriarchalen Gesellschaft mit strukturellen Ungleichheiten verknüpft sind. Frauen stemmen immer noch den größten Teil der Sorgearbeit und das wiederum beeinflusst ihre Mobilität. So legen Frauen häufig mehrere kurze Wege hintereinander zurück („Wegekette"), fahren außerhalb der Stoßzeiten und wählen flexiblere Verkehrsmittel mit häufigen Halten, um Betreuungsarbeiten zu erledigen. Strecken, die von Männern zurückgelegt werden, sind eher einzelne Fahrten hin und zurück zum Arbeitsplatz. Studien zeigen zudem[6], dass Frauen stärker gewillt sind, nachhaltigen und grünen Verkehr zu wählen, dennoch ist es weniger wahrscheinlich, dass auf ihren Bedarf eingegangen wird. Obwohl Frauen den größeren Anteil der ÖPNV-Nutzenden ausmachen, gibt es für sie höhere Hürden, die ihre Mobilität und ihren Zugang zu Jobs und Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung einschränken können. Ihre Sozialisierung macht Frauen stärker um ihre Sicherheit besorgt. Entsprechend möglichen Belästigungen passen Frauen zusätzlich ihre Wahl des Verkehrsmittels, der Strecke und der Zeit an, wenn sie zu Fuß gehen oder den ÖPNV nutzen. So fühlen sich nahezu doppelt so viele Frauen wie Männer sich im ÖPNV in London[7] nicht sicher. Daraus folgt, dass Mobilität und Verkehr Männern mehr zugutekommt als Frauen und anderen schutzbedürftigen Gruppen.

Verkehrspolitische Maßnahmen im Rahmen des EGD[8] sind weder nachhaltig noch sozial gerecht und inklusiv. Die Strategien konzentrieren sich weitgehend auf die Förderung von Elektroautos und anderen Fahrzeugen wie Bussen und Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr sowie einen effizienteren Luftverkehr, d. h. eine Strategie, die sich auf eine gesteigerte Nachhaltigkeit der bestehenden Verkehrsinfrastruktur durch verbesserte Technologie konzentriert. Es bestehen keine Guidelines oder Maßnahmen wie man z. B. auf nachhaltige Verkehrsträger umsteigen kann (wie z. B. weniger Autos im Verkehr). Daher priorisiert sie weiterhin die private und individualisierte Mobilität und Luftfahrt gegenüber anderen, nachhaltigeren Verkehrsmitteln, von denen die Menschen gleichermaßen profitieren. Zudem enthalten sie keine konkreten Maßnahmen oder Empfehlungen, wie die Sicherheit von Menschen, insbesondere Frauen, in prekären Situationen als Verkehrsnutzerinnen und -arbeiterinnen erhöht werden kann. Wir brauchen stattdessen verkehrspolitische Maßnahmen, die die Rechte und Bedürfnisse von Frauen und schutzbedürftigen Gruppen umfassend einbeziehen und die Hauptursachen für die Ungleichheit angehen. Nachhaltige

3 Online unter: https://www.eea.europa.eu/publications/unequal-exposure-and-unequal-impacts [letzter Abruf: 31.11.2023].

4 Online unter: https://climate.ec.europa.eu/eu-action/transport_en [letzter Abruf: 31.11.2023].

5 Online unter: https://transportpolicymatters.org/2020/02/06/gender-is-one-of-the-most-robust-determinants-of-transport-choice/ [letzter Abruf: 31.11.2023].

6 Online unter: https://www.tinngo.eu/wp-content/uploads/2021/04/Gender-and-mobility_report.pdf [letzter Abruf: 31.11.2023].

7 Online unter: https://yougov.co.uk/politics/articles/27367-most-women-have-been-sexually-harassed-london-publ?redirect_from=%2Ftopics%2Flegal%2Farticles-reports%2F2020%2F01%2F22%2Fmost-women-have-been-sexually-harassed-london-publ [letzter Abruf: 31.11.2023].

8 Online unter: https://transport.ec.europa.eu/transport-themes/mobility-strategy_en [letzter Abruf: 31.11.2023]. Online unter: https://eeb.org/library/a-feminist-european-green-deal-towards-an-ecological-and-gender-just-transition/ [letzter Abruf: 31.11.2023].

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Verkehrsmittel müssen für alle attraktiver gemacht werden, so dass sie nicht zu klimaschädlichen wechseln. Dazu brauchen wir u. a. eine massive Ausweitung des ÖPNV-Sektors mit gerechten, bezahlbaren, sicheren und zugänglichen Mobilitätsdienstleistungen, von denen alle profitieren; das Suffizienz-Prinzips ist im Bereich der Mobilität anzuwenden, z. B. durch die Schaffung von 15 Minuten-Städten, in denen alle Dienstleistungen und alles, was benötigt wird, in einem Umkreis eines 15-Minuten Fußwegs erreichbar sind; den Wechsel zu sauberen und öffentlichen Mobilitätslösungen gilt es zu fördern indem Subventionen und öffentliche Investitionen für umweltverschmutzende Bereiche wie etwa Steuersenkungen für Flugbenzin oder Investitionen in den Flughafen- und Autobahnausbau verboten werden.

Insgesamt deckt sich der EGD nicht mit den Strategien zur Gleichstellung der Geschlechter in der Kommission Von der Leyen. Viele der neuen Strategien und Gesetze, die im Rahmen des EGD vorgelegt wurden, sind entweder komplett genderinsensibel oder sie fußen nicht ausreichend auf einer geschlechtsspezifischen Analyse. Auch wenn Unterschiede zwischen den Geschlechtern gesehen werden, gehen die Strategien in der Regel nicht ausreichend auf diese ein.

Voraussetzungen eines „European Green Deal 2.0“

Im Hinblick auf die Europawahlen im Sommer nächsten Jahres müssen wir schon jetzt den EGD neu denken und die Gleichstellung in alle Schritte der Politikgestaltung und ihrer Umsetzung einbeziehen. Ein ökofeministischer „European Green Deal 2.0“ reicht weit über die Strategien zur Klimaneutralität hinaus und zielt auf eine systematische Transformation unseres ökonomischen, sozialen und politischen Systems ab, fort von einer Fixierung auf das BIP-Wachstum hin zu Werten wie Inklusion, Fürsorge und Gemeinwohl der Menschen und des Planeten, bei dem die Natur und ihre Ressourcen als lebensnotwendige Grundlage gesehen werden, von der wir alle abhängig sind.

Ein feministischer und intersektionaler Ansatz zu einer „Just Transition“ reicht über ein paar temporäre Verteilungsmechanismen hinaus und versucht, die Ursachen unterschiedlicher Arten von Ungleichheit anzugehen. Er bringt die existierenden Machtstrukturen in ein neues Gleichgewicht, indem die in Europa und weltweit am stärksten marginalisierten Gruppen ins Zentrum gerückt werden. In diesem Modell einer auf Fürsorge und Gemeinwohl basierten Wirtschaft wird Arbeit, die zuvor nicht anerkannt wurde und die zumeist von Frauen oder anderen marginalisierten Gruppen ausgeführt wird, ein Wert zuerkannt. Die europäische Wirtschaft, ihre Verbrauchs- und Produktionsmuster und ihre Weltwirtschaftspraktiken führen zu einem Umwelt- und Klimafußabdruck, der Auswirkungen auf Menschen überall in der Welt hat, besonders im Globalen Süden, wo die europäischen Liefer- und Wertschöpfungsketten ihre Rohstoffe, landwirtschaftlichen Produkte und Arbeitskräfte finden; vor allem auf Frauen, die oft zu den schutzbedürftigsten Gliedern in ihren Gesellschaften und Ökonomien zählen. Ein ökofeministischer und intersektionaler EGD 2.0 bedeutet auch, Europas Rolle in (neo-) kolonialen Prozessen zu reflektieren und die Machtgefälle im Hinblick auf den Zugang zu Ressourcen und Arbeitskräften sowie auch bei Entscheidungen auf internationaler Ebene zu beseitigen. Eine „Just Transition“ bedeutet, dass schädliche Praktiken sowie die Ausbeutung von Arbeitskräften und Ressourcen im Globalen Süden unterbunden werden. ■

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Rezension: Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt. Aktualität kollektiver Widerstandserfahrungen

von Paul Oehlke[1]

Richard Detje / Dieter Sauer
Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt
Aktualität kollektiver Widerstandserfahrungen
160 Seiten, 2023, 12,80 €
ISBN 978-3-96488-181-6

Richard Detje und Dieter Sauer analysieren schon seit zwölf Jahren Krisenerfahrungen der Beschäftigten in ihrem Arbeitsleben. Dies erfolgt vor Ort in ausgewählten Betrieben aus Industrie- und Dienstleistungsbereichen, in dieser Studie mit jüngst kampferfahrenen Betriebsrät:innen und Gewerkschaftssekretär:innen. Die Autoren wenden sich nach der Corona-Krise im letzten Band (siehe hierzu spw 6, 2021, 75, 76) nunmehr der Entwicklung kollektiver Widerstandserfahrungen in Interviews und Gruppendiskussionen zu. Hierbei steht die Frage der Solidarität im Zentrum, die an das Lebenswerk ihres verstorbenen Kollegen Otto König (1945-2023) in der IG Metall Geschäftsstelle Gevelsberg-Hattingen anknüpft.

Solidaritätsbegriff auf dem Prüfstand

Vor dem Hintergrund einer multiplen Krisensituation und ihrer hautnahen Zuspitzung während der Corona-Epidemie identifizieren Detje und Sauer eine erneuerte Aufwertung des Solidaritätsbewusstseins. Empathie und Hilfsbereitschaft überbrücken den gestörten sozialen Zusammenhalt in einem gemeinsam handelnden „Wir". So sinngemäß in dem Motto „ungebrochen solidarisch" des Maiaufrufs 2023 des DGB. Ihrem klassenübergreifenden Solidaritätsbegriff in einer krisengebeutelten „Schicksalsgemeinschaft" liegen freilich Veränderungen in der Arbeitswelt zugrunde, die allgemeinem soziologischen Verständnis nach zunehmend von sozialstrukturellen Differenzierungen und individualisierten Lebensstilen geprägt sind.

Diesem vielfach geteilten Befund stellen die Autoren eine neu erwachte Kampfbereitschaft seit dem Herbst 2022 quer durch Industrie und Dienstleistungen gegenüber, insbesondere im Bereich öffentlicher Infrastrukturen: Post, Bahn, Nahverkehr und Kommunen. Sie sprechen von einer neuen Welle der Solidarität über betriebliche, professionelle und sektorale Schranken hinweg, die sich mit zivilgesellschaftlichen Bündnispartnern von Sozialverbänden bis zur Klima- und Ökologiebewegung entfaltet. In dieser gesellschaftlichen Aktivierung wenden sich die Autoren alltäglichen Erfahrungen und Entstehungskontexten von Solidarisierungen zu, die sich weniger im „medialen Radar" befinden, aber noch zu hebende Lernpotenziale enthalten.

In kapitalistischen Verwertungsprozessen begrenzte Solidarität

Vor den betrieblichen Fallstudien wollen die Autoren den begrifflichen Rahmen im konstituierenden Kontext der „arbeitsweltlichen Geschichte" klären. Dabei rekurrieren Detje und Sauer allerdings nicht auf die Entstehung der Arbeiterbewegung als „historischen Lernprozess" (Thompson, Vester) im Zuge frühkapitalistischer Enteignung, Landnahme, Ausbeutung und Verarmung. Statt eines polit-ökonomischen Zugangs der historischen Entwicklung von Solidarität wählen sie in Abwendung von moralischen Bekundungen „karikativer" Alltags- und Menschenrechtssolidarität eine industrie-soziologische Herangehensweise, ausgehend von den aktuellen

1 Paul Oehlke ist Sozialwissenschaftler; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zunächst zu sozialen Bewegungen, dann im Rahmen staatlicher Humanisierungsaktivitäten zu arbeitspolitischen Innovationsprozessen in Programmen und Projekten auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene; ab 2007 weiterhin zu flüchtlings- und prostitutionspolitischen, verfassungs- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen in diversen kritischen Zeitschriften - hier etwa: Sozialismus 2/2008 im Supplement; Widerspruch 50, 57 (2/2009); Z 104, 106; BdWi 2018, jW am 21.1.2020.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Erfordernissen zusammenhängender Produktionsprozesse. Diese verlangen entsprechende kooperative Strukturen des Arbeitsprozesses als „materiell-sozialer Basis der Solidarität" in einem funktionalen und zugleich sozialen Raum mit kollektiven und performativen Lernprozessen nach Thompson: „it was present at its own making" (134).

Traditionelle Solidaritätsstrukturen unterliegen jedoch einer fortschreitenden Erosion durch Dezentralisierung der Betriebe, Vereinzelung in der Arbeit und systematische Abwertung von Beschäftigung, die organische Formen der Zusammenarbeit, in der Zeit wachsende Kollegialität und bewusstes organisatorisches Interessenhandeln beim Outsourcing von Betriebsteilen erschweren. Hierbei unterscheiden die Autoren in ihren Fallbetrieben unterschiedliche Felder in ihren hemmenden Bedingungen: schrumpfende Industriearbeit mit Verlagerungstendenzen in der Fertigung, zunehmende industrielle Angestelltentätigkeiten unter (digitalem) Rationalisierungsdruck und das breite Feld der privaten und öffentlichen Dienstleistungen mit restriktiven Beschäftigungs- und komplexen Organisationsbedingungen, zudem bei zersplitterten und prekären Arbeitsformen mit häufig von Migrant:innen geprägten Belegschaften.

Angesichts der unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken und interessenpolitischen Strukturen skizzieren Detje und Sauer ebenso vielfältige Formen des Widerstands. Bei Betriebsschließungen und starken Interessenvertretungen sorgen die Kämpfe um die Erhaltung der Arbeitsplätze für breiten Zusammenhalt, selbst wenn diese in Sozialplänen und Transfergesellschaften nur bedingt erfolgreich verlaufen, etwa bei den Schließungen von Werften in Bremen und Hamburg, hier unter dem bekannten Motto: „Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat schon verloren." So sehr die Fertigungsbelegschaften den Kern des freilich ermüdenden Widerstands bilden, so wenig sind die numerisch wachsenden, vielfach qualifizierten Angestellten in der Industrie bereit, sich widerständig zu organisieren. Betriebsräte stehen vor der schwierigen Aufgabe, statt „Politik für die Arbeiter ... jetzt Politik mit den Angestellten" (146) zu machen.

Grenzüberschreitende Solidarität in sozialer Perspektive

Wie diese Formen des Widerstands wider alle begrenzenden Bedingungen kapitalistischer Verwertungslogik dennoch entstehen können, zeigen sie an einzelnen Beispielen - etwa im Wandel von Fertigungs- zu Angestelltenbelegschaften, bei dem im Zuge von zunehmend indirekten Steuerungsmethoden der häufig ältere Betriebsrat individuelle Kommunikationsformen direkter Ansprache entwickeln muss. Strategien für die zumeist jüngeren Kolleg:innen stellen einen herausfordernden Paradigmenwechsel für alle Beteiligten dar. Dies wird bei Arbeitszeitfragen besonders deutlich: weitgehende, zumeist gesetzlich abgesicherte Regulierung in der Fertigung oder selbstbestimmte Einteilung im Homeoffice, allerdings bei vorgegebenen Ergebnissen: im Extremfall Selbstausbeutung durch Autonomie! Zuweilen in solchem doppelten Widerspruch befangen, ist der Betriebsrat gezwungen, eine aktivierende Vermittlungsfunktion zu übernehmen.

Im Kampf von Mitarbeiter:innen eines ausgegliederten Servicebereichs eines städtischen Klinikums um die Rückkehr in einen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes erfolgt eine Bündelung zentraler Fragestellungen grenzüberschreitender Solidarität, hier zwischen Beschäftigten in der Reinigung, Wäscherei, Küche und im Zentrallager, Waren und Patiententransport mit denen in Pflege- und medizinischen Bereichen. Es geht um nicht weniger als die gespaltene Logik gesundheitsökonomischer Effizienz wieder in die um die Sorge der Patienten zu überführen - also um die aktuelle Frage moralischer Ökonomie, in der gegenüber betriebswirtschaftlich verengten Erwägungen die sozialen und finanziellen Abwertungen von Servicefunktionen wie gewerkschaftlicher Interessenvertretung in solidarischen Arbeitskämpfen überwunden werden können. Erfolge verlangen aber die Entwicklung übergreifender Solidarität auf kommunaler Ebene: in Zivilgesellschaft, Medien und Politik.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Fazit

Die vorliegende Darstellung kollektiver Widerstandserfahrungen zeigt an ausgewählten Beispielen, wie unter vielfach autoritär „ versperrten“ Rahmenbedingungen einer radikalisierten Marktgesellschaft sich Belegschaften, wenn auch häufig scheiternd, wieder gegenüber einseitigen finanziellen Kalkülen des Managements zu wehren beginnen. Dabei besticht die sachliche Argumentation, die klare Gliederung der einzelnen Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse bis hin zu den abschließenden Schlussfolgerungen der Solidarisierung als „Möglichkeitssinn“ (153). Die Erschließung notwendiger Solidarisierungen über den Betrieb hinaus führt die anfängliche Fokussierung auf betriebliche Kooperationsstrukturen wieder in die Gesellschaft als Hort der Solidarität, die ihre modernen Anfänge in frühkapitalistischer Aneignung und Exploitation von Arbeit erfuhr. ■

PROKLA

PROKLA. Seit 1971

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT

Schwerpunktthemen

- Nr. 209: Die Linke zwischen Krise und Bewegung (4/2022)
- Nr. 210: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien (1/2023)
- Nr. 211: Tarifvertrag (2/2023)
- Nr. 212: Perspektiven auf Ostdeutschland (3/2023)
- **Nr. 213: Wieviel 1973 steckt in 2023? 50 Jahre Brüche und Kontinuitäten (4/2023)**

Jetzt auch im Digital- und Sozial-Abo* ab 29,- Euro im Jahr * und im Förder-Abo!

Probeheft anfordern!

PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de

Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de

BERTZ + FISCHER

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

80 Jahre Detlev Albers
Intellektueller – Praktiker – Mahner – Ratgeber

von Herbert Grimberg und Beenhard Oldigs[1]

Am 13. November 2023 wäre der Mitbegründer und ehemalige Herausgeber der Zeitschrift spw, Detlev Albers, 80 Jahre alt geworden. Er wurde in 1943 Goslar geboren. Danach zogen seine Eltern nach Hamburg. Dort ging er bis zum Abitur zur Schule und begann 1963 das Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften, zunächst an der Universität Bonn, danach in Hamburg. 1969 bestand Detlev das erste juristische Staatsexamen in Hamburg. Danach war er von 1969 bis 1973 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler beschäftigt.[2]

Am 9. November 1967 – Detlev war 23 Jahre alt - sorgte er erstmals bundesweit für Öffentlichkeit. Als AStA-Vorsitzender entrollte er zusammen mit seinen Kommilitonen und seinem Freund Gert-Hinnerk Behlmer anlässlich der Feier des Rektorats an der Universität Hamburg ein Transparent mit dem mittlerweile berühmten Zitat: „Unter den Talaren - Muff von 1000 Jahren."[3] Bis heute steht dieser knappe Ausruf für die Verabschiedung der Ordinarienuniversität und den Aufbruch zur Demokratisierung an den Universitäten. Es war der Leitspruch des Anfangs der Studentenbewegung. Die Wirkung ging weit über die Studentenbewegung hinaus. Detlev Albers und Gert–Hinnerk Behlmer hatten zwei Jahre zuvor an der Trauerdemonstration zum Tod von Benno Ohnesorg in Hannover teilgenommen. Vom schwarzen Stoff - benutzt als Trauerflor - mit dem die Studierenden im Juni 1967 ihren Protest und ihre Trauer ausdrückten, hatten sie noch etwas „gerettet". Mehr aus Zufall als aus Absicht diente der Stoff für die geschickte Inszenierung im Hamburger Audimax. Es hat gepasst! Durch das Bild mit dem Transparent und den sieben! Wörtern wurde Detlev Albers durch die mediale Verbreitung bekannt. Ausgeruht darauf hat er sich nicht. Der klassische Aktivist war er nicht, schon mehr der Intellektuelle, der jedoch auch pragmatisch handelnd unterwegs war.[4]

Bereits im Juli 1967 (und danach in vier Auflagen) schrieb Detlev Albers für den Verband Deutscher Studentenschaften (vds) das Buch „Demokratisierung der Hochschule – Argumente zur Drittelparität".[5] Detlev war Mitglied des Hochschulausschusses des vds und studentischer Beauftragter für die Neugründung der Uni Bremen.[6] Noch vor seiner Dissertation veröffentlichte er zusammen mit Werner Goldschmidt und Paul Oehlke 1971 im Rowohlt Verlag (in der Reihe rororo aktuell) das Buch: „Klassenkämpfe in Westeuropa"[7] welches in mehreren Auflagen erschien.

Mit dem Thema Klassenkämpfe in Italien beschäftigte er sich neben seiner Doktorarbeit auch noch später.[8] Und in zahlreichen deutschen Übersetzungen italienischer PCI- und Gewerkschaftsfunktionäre schrieb er ein Vor- bzw. Nachwort.[9]

1 Dr. jur. Herbert Grimberg ist Rechtsanwalt in Düsseldorf und war 1994 bis 2021 Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft NGG, Nord, in den End-1970iger und Anfang 1980iger Jahre verschiedenste Funktionen in der Bremer SPD und Jusos, u. a. Juso-Unterbezirksvorsitzender und Juso-Landesvorsitzender.

Beenhard Oldigs, Bremen, ist Dipl. Ökonom und seit 2017 Rentner, jetzt freiberuflich als Dozent in der politischen Bildung tätig, Vorsitzender der Historischen Kommission beim Landesverband der SPD Bremen.

2 Angaben nach: Albers, Detlev, Ursachen und Verlaufe sozialer Konflikte dargestellt am Beispiel der italienischen Streikbewegung 1968 – 1971, Diss, FU Berlin 1973; S. 380

3 Dokumentiert auf: https://www.zeitgeschichte-hamburg.de/contao/files/fzh/pdf/19%20Tage%20Hamburg-Nicolaysen%209.11.1967.pdf [lerrter Abruf: 1.12.2023]. Das Transparent ist mittlerweile im Hamburger Universitätsmuseum öffentlich zugänglich, vgl. Hamburger Abendblatt vom 10.11.1997, S. 13.

4 Jens Böhrnsen in seiner Trauerrede vom 13.6.2008.

5 Verlag Studentenschaft Bonn/Beuel 1968.

6 Ebenda, S. 4.

7 Reinbek bei Hamburg 1971 mit einem Vorwort von Peter von Oertzen. Die politischen Lebenswege von Peter von Oertzen und Albers kreuzten sich die nächsten Jahrzehnte häufiger.

8 Beispielhaft: 1976 zusammen mit seinen Koautoren Goldschmidt und Oehlke: „Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa, Berlin 1976, Demokratie und Sozialismus in Italien, Frankfurt/ New York 1978, mit der damals sicher zutreffenden Einschätzung: „dass Italien gegenwärtig in eine Phase letztlich revolutionärer Gesellschaftsveränderungen eintritt.", ebenda S. 7.

9 Z. B. Bruno Trentin 1978, Pietro Ingrao 1979, Luciano Lama 1980.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

1974 promovierte Detlev Albers an der FU Berlin bei Wolf-Dieter Narr. Im selben Jahr wurde er „Hochschullehrer am Fachbereich Arbeitslehre/Politik“[10] der Universität Bremen und deren drittelparitätische Mitbestimmung (Je ein Drittel: Hochschullehrer/Studierende/Beschäftigte der Universität). Von 1977 – mit 33 Jahren - bis 1981 war Detlev Albers dann Konrektor der Universität.[11]

Hierfür war er als studentischer Vertreter ein Wegbegleiter, der die dafür notwendige Kärrnerarbeit und das mitunter anstrengende Argumentieren nicht scheute. Detlev Albers prägte wie kaum ein anderer den Reformansatz der Bremer Universität.[12]

Ende der 1970ziger Jahre beschäftigte er sich mit den „Perspektiven der Eurolinken“. Auf drei Tagungen von 1978, 1981 und 1982 diskutierte ein für die westeuropäische Linke kompetenter Kreis, wie z. B. Josef Hindels, Lombardo Radice, Peter Pelinka, Pietro Ingrao, Josef Cap, Jean Pierre Chevènement, Wolfgang Abendroth, Frigga Haug, um europäische Wege der Zusammenarbeit zu klären.

Detlev setzte seine Arbeiten fort über Otto Bauer, Antonio Gramsci[13] und Antonio Labriola[14], wobei Albers den Satz Labriolas „Ich akzeptiere jede Kritik, bin ich doch selbst in allem, was ich sage und schreibe, ein Kritiker; ich stehe voll und ganz zu dem Ausspruch: Verstehen heißt überwinden, aber ich muss doch hinzufügen: Überwinden heißt, verstanden zu haben“[15] besonders bemerkenswert fand.

Detlev Albers war 1966 Mitglied der SPD geworden und war aktiv bei den Hamburger Jungsozialisten und er wurde zum sogenannten „Cheftheoretiker“ der Stamokap-Fraktion bzw. des Hannoveraner Kreises. Für den Strategiekongress der Jungsozialisten 1971 verabschiedete die Juso Landeskonferenz Hamburg am 27.11.1971 das Hamburger Strategiepapier[16]. 1975 auf dem Juso-Bundeskongress in Wiesbaden stand Detlev Albers wiederum im Rampenlicht. Die designierte Juso-Bundesvorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul erklärte kategorisch, dass sie als Juso-Bundevorsitzende nicht zur Verfügung stände, wenn Detlev Albers in den Juso-Bundesvorstand gewählt würde.

Im Laufe der Jahre näherten sich Detlev Albers und Heidi Wieczorek–Zeul sowohl politisch als auch persönlich mehr und mehr an. Die teilweise persönlichen und politischen früheren destruktiven Auseinandersetzungen der verschiedenen Juso-Fraktionen hatten sie zum Glück überwunden. Heidi Wieczorek–Zeul betonte sehr authentisch in ihrer Trauerrede, sie habe mit Detlev nicht nur einen Genossen, sondern einen Freund verloren. Aus innerparteilicher und persönlicher Gegnerschaft war Freundschaft geworden. „Uns verband die Arbeit in der SPD - Europakommission und an den Grundsatzprogrammen der SPD, dem Berliner und dem Hamburger Programm, für das er so sehr gearbeitet hat. Und ich weiß, wie sehr es ihn schmerzte, dass er auf dem Parteitag nicht mehr in den SPD–Parteivorstand gewählt wurde, der die Umsetzung des Hamburger Programms zu leisten hat.“[17]

Strömungen im linken Lager exakt zu kategorisieren kann vielfach zu Missverständnissen führen. Erst recht musste dies Detlev Albers erfahren. Er lehnte zeitlebens eine dogmatische Interpretation marxistischer Kategorien ab. Ihn in die Nähe der Stamokap-Interpretation der DKP zu „drücken“ war und ist

10 Zitat aus. Albers u.a. Otto Bauer und der „dritte“ Weg, Frankfurt/New York 1979, S. 181.

11 Er trat für die „Hochschullehrer Gruppierung Demokratische Hochschule (DH) an und auf. Es gab mehrere Hochschullehrer-Gruppierungen. Eine von anderen Sozialdemokraten war die sog. „Munte-Fraktion“, benannt nach einem Hotel in der Nähe der Universität Bremen.

12 Anmerkung: Die Verf. Er war Mitherausgeber von drei Tagungsbänden der internationalen Otto – Bauer – Konferenz.

13 Drei Tagungsbände der internationalen Otto-Bauer-Konferenz. Albers u.a., Otter Bauer und der „dritte“ Weg, Frankfurt/New York, 1979, Albers u.a. Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt/New York 1981. Albers u. a. Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken, Berlin 1982.

14 Den Marxismus historisch denken, wiederabgedruckt in: Albers, Sozialismus im Westen, Berlin 1987, S. 20 ff, 40 ff.

15 Frigga Haug, Antonio Labriola, Drei Versuche zur Materialistischen Geschichtsauffassung, Berlin 2018, S. 280.

16 Abgedruckt in: Der Thesenstreit um „Stamokap“. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek, 1973, mit einer Einleitung zum Hamburger Strategiepapier von Albers, ebenda.

17 Siehe auch: spw 05/2008 S. 53.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ein deutliches, zumeist mit politischer Absicht versehenes Missverständnis.

Zweimal überzog ihn seine Partei mit einem Parteiordnungsverfahren: 1971 wegen des Verstoßes gegen das Kooperationsverbot mit Kommunisten und 1977 mit knapp 2 Dutzend anderen SPD-Mitgliedern aus Hamburg[18] wegen der Unterstützung des aus der SPD ausgeschlossenen Juso-Vorsitzenden Klaus Uwe Benneter.[19]/[20] Danach gab es 1977 in der SPD Zeitung Vorwärts eine Auseinandersetzung um Stamokap, an der Detlev Albers maßgeblich beteiligt war.[21]

Die Ereignisse um den Ausschluss von Benneter aus der SPD hatten neben vielen anderen die Folge, dass im Oktober 1978 die Theorie-Zeitschrift spw u. a. von Detlev Albers mitgegründet wurde und er als einer der neun Herausgeber die Zeitschrift in den ersten Jahren maßgeblich prägte.

Die spw stand und steht in der Tradition der Zeitschrift Sozialistische Politik und Wirtschaft, die am 1. Februar 1923 von Paul Levi gegründet wurde. Jahre später wurde im Hannoveraner Kreis eine neue Theoriedebatte „angeschoben". Im Dezember 1977 wurde von den Jungsozialisten im Bezirk Ostwestfalen–Lippe eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der auch Detlev Albers Mitglied war. Diese Arbeitsgruppe entwickelten die „Herforder Thesen", die im Mai 1978 von Bezirksausschuss und Bezirksvorstand verabschiedet wurden.[22]

Die Herforder Thesen fanden eine beachtliche Verbreitung und wurden in vielen Organisationseinheiten der Jusos und der SPD diskutiert. Ein Jahr später, 1979, wurde u. a. von Detlev Albers ein Sammelband herausgegeben, die in der (wissenschaftlichen) Öffentlichkeit veröffentlichen Anmerkungen wurden mit einer eingehenden Stellungnahme der Autoren veröffentlicht.[23] Die Anmerkungen stammten aus allen Strömungen der SPD-Linken und Juso-Strömungen.

Bedeutsam war eine Debatte, die sich auf der Dokumentationsseite der FR niederschlug. Eine Gruppe linker SPD-Mitglieder aus Bremen entwickelten ein Papier mit der Überschrift: „Wider das Rechthaben wollen eines marxistischen Pfaffentums"[24] Detlev Albers sollte eine Antwort formulieren, entschied sich aber dafür, das Antwortpapier mit anderen Bremer SPD-Mitgliedern aus dem Zusammenhang des Hannoveraner Kreises zu schreiben.[25]

Im Mai 1980, zwei Jahre nach der ersten Auflage, folgte die zweite Fassung der Herforder Thesen, deren Umfang sich vervierfachte.[26] Ein gutes halbes Jahr später fand die Bielefelder Konferenz über die Herforder Thesen statt. In dem Dokumentationsband findet sich im Vorwort u. a. von Detlev Albers der Satz: „Man wird auch weit zurückgehen müssen, um einen vergleichbaren linkssozialdemokratischen Diskussionsvorschlag von mehreren hundert Teilnehmern mit ähnlicher Intensität zu finden."[27] Teilnehmende waren u. a.: Wolfgang Abendroth, Joachim Bischoff, Josef Cap, Lottemii Doormann, Detlef Hensche, Peter von Oertzen[28], Lothar Peter.

18 Der SPD Bezirksamtsleiter Hamburg Altona, Hans-Peter Strenge, umschrieb in einer Hamburger SPD-Distriktversammlung den (vor-)herrschenden Willen in der Hamburger SPD sinngemäß dahingehend, dass man wie bei einer zu großen Pizza den „linken Rand abschneiden müsse".

19 Detlev Albers sprach damals im kleineren Kreis davon: „Die wollen nur mich!".

20 Ausgangspunkt war ein Interview von Klaus Uwe Benneter in der Zeitschrift „konkret". Inkriminiert wurde vor allem seine Aussage; „Die Mitgliedschaft in der SPD ist kein Dogma, man muss sinnvoll mitarbeiten können". Das sei eine taktische Aussage, so der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr. Erzählt werden kann, dass Detlev Albers im kleineren Kreis davon berichtete, dass er auf Wunsch von Klaus Uwe Benneter vor der Freigabe das Interview gelesen und die (vermeintliche) Brisanz nicht erkannte.

21 Fischer, Jens, Stamokap und Godesberg, Auseinandersetzung um sozialdemokratische Praxis und Theorie, Bonn, 1977. U. a. Hans-Jochen Vogel plädierte für eine Unvereinbarkeit von Stamokap und SPD. Dies ist insofern von Bedeutung, dass Detlev Albers und Hans-Jochen Vogel in den letzten Lebensjahren einen intensiven, freundlichen Umgang pflegten (Auskunft von Detlev Albers' Bruder Kersten gegenüber den Verf.).

22 Bezirk Ostwestfalen-Lippe, Herforder Thesen Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin 1978.

23 spw-Sonderheft, Für eine sozialistische Perspektive Zur Diskussion um die Herforder Thesen – Position und Gegenposition, Berlin (West) 1979.

24 FR vom 17.2.1979.

25 FR v. 19. Und 20.3.1979.

26 Bezirk Ostwestfalen-Lippe, Herforder Thesen Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, wesentlich überarbeitete, erweiterte Ausgabe, Berlin 1980.

27 spw Sonderheft, Linke Sozialdemokraten & bundesrepublikanische Linke, Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen, Berlin 1981.

28 Er war schon an der Diskussion über das Godesberger Programm beteiligt und formulierte über die „Thesen": ... „weil nach langer, langer Zeit, man kann sagen, zum ersten Mal nach 1945, der Versuch gemacht wurde, ein umfassendes Konzept sozialistischer Politik auf marxistischer Grundlage für Sozialisten in der SPD zu entwickeln."

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Wir (die Verfasser) wissen ob der Bedeutung, die die Herforder Thesen für Detlev Albers hatten. Natürlich gab es einen Anknüpfungspunkt an dem Hamburger Strategiepapier, zugleich war es eine eigenständige linkssozialdemokratische, sozialistische Positionierung.[29]

Die vorgenannten Tätigkeitsfelder zeigen, dass Detlev Albers nie irgendwann der Theoretiker oder später dann der Praktiker war. Von Beginn der 1970er-Jahre war er beides. Er hatte in seinem alten Hamburger SPD-Ortsverein auch Funktionen. Dies auch noch zu der Zeit, in der er in Bremen Hochschullehrer und Konrektor war. Er wollte aber die Pendelei aufgeben und in Bremen SPD-Arbeit machen und sich auch in Funktionen einbringen. Das war für den „Stamokap-Chef-Theoretiker" aber in seinem Ortsverein in Bremen unmöglich. Es galt in vielen SPD-Ortsvereinen in Bremen das Gesetz: Einmal „Stamokap-Arsch", immer „Stamokap-Arsch"[30]. Nach gutem Zureden entschloss er sich, seinen Wohnort in Bremen zu wechseln. Somit kam er in den SPD-Ortsverein Bremen-Neustadt. In diesem Ortsverein hatten die Vertreter der Stamokap–Fraktion eine Pari–Pari-Situation mit den Reformsozialisten um Henning Scherf, der damals auch Mitglied dieses Ortsvereins war.[31] Nur so war es möglich, dass Detlev nunmehr in der Bremer SPD Funktionen bekommen konnte.

So begann er 1987 für die SPD seine Tätigkeit im (Stadtteil-)Beirat Bremen-Neustadt (dessen Sprecher er zeitweilig war), die er bis 1995 fortführte. Zunächst skeptisch beäugt vor allem von den Ortsvereinen in unmittelbarer Nachbarschaft arbeitete er sich intensiv in Themen der Kommunalpolitik ein und verschaffte sich durch seine Kenntnisse und durch sein Kümmern vor Ort schnell Respekt nicht nur in der eigenen Partei, sondern auch in den Fraktionen konkurrierender Parteien. Er wusste Bescheid über die Bordsteinkante in der Pappelstraße der Bremer Neustadt, stritt für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und konnte dennoch oder gerade deswegen die großen Linien der ökologischen Transformation vorausdenken und formulieren.[32]

Er wohnte in der Bremer Neustadt und machte dort vor Ort Politik und dennoch war er auch in Europa zu Hause. 2004 gründete er die Zeitschrift Social Europe Journal (SEJ).[33] Bis zu seinem Tod war er Chefredakteur dieser Zeitschrift. Zuvor hatte er schon am Institut für Politikwissenschaft die Leitung des Bremer Forums für Europäische Regionalpolitik übernommen.[34]

Der Einsatz für einen Stadtteil in Bremen und die Weiterentwicklung für ein soziales und gerechtes Europa bedeuteten für Detlev Albers nicht, sich erst auf dem europäischen Spielfeld zu tummeln, um sich danach in den „Niederungen" der Kommunalpolitik zu begeben. Wer ihn ein bisschen besser kannte spürte wie sehr er es genoss, dass der Professor von der Uni im Stadtteil akzeptiert wurde, ja sogar gemocht wurde. Die Gestaltungsmöglichkeiten allerdings waren begrenzt und die „Sitzungen" nach den Sitzungen waren für ihn eher anstrengend als gesellig.[35]

In seiner sehr persönlichen und würdigen Trauerrede für Detlev am 13. 6. 2008 brachte es der ehemalige Präsident des Senats Jens Böhrnsen für viele, die es nicht wussten, auf den Punkt: „Vielleicht hätte er den Platz im Rampenlicht leichter erobert mit seinem Klavierspiel." Detlev spielte gerne und leidenschaftlich Klavier. In einem Stern-Interview sagte er Maos Satz „Wer Beethoven spielt, ist reaktionär" habe ihm eine Zeitlang das Klavierspielen verleidet. „Unfassbar, welchen Schwachsinn wir damals geglaubt haben". In

29 Insofern ist es bedauerlich, dass die Herforder Thesen in der Geschichte des Hannoveraner Kreises im Treibsand der Geschichte zu versinken drohen. Z. B. Kremer, der Hannoveraner Kreis- Die ersten 20 Jahre der Strömung, Dortmund 2021, S. 14 ff (19 eine kurze Erwähnung, zugleich der deutlich erweiterten Zustimmung zu den 53 Thesen (S. 20), ähnlich Fahimi, Franz, 25 Jahre Hannoveraner Kreis, spw 2/97, hier werden die 53 Thesen hervorgehoben.

30 So ein Zitat zu Detlev Albers zitiert in: Spiegel 46/95, „Die ewigen Rebellen".

31 Von den acht Mitverfassern der Bremer Antwort stammten vier aus dem (späteren) SPD-Ortsverein von Detlev.

32 taz 02.06. 2008; die Verfasser.

33 Memento, Internet Archive, 2.9.2010.

34 Institut für Politikwissenschaften, Universität Bremen.

35 Anmerkung: Die Verfasser.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

guter Erinnerung ist die Feier von Detlev Albers, Frank Teichmüller (damals Bezirksleiter der IG Metall) und Klaus Mehrens (damals 1. Bevollmächtigter der IG Metall Hamburg), zu deren jeweiligem 50. Geburtstag. Die Feier fand im Parteibüro der Eimsbütteler SPD statt und die Gäste konnten Detlevs Künste des Klavierspielens genießen. Seine frühe Affinität zu Italien, er liebte die italienische Leichtigkeit, konnte ausgezeichnet italienisch sprechen, hat ihn geprägt. Er liebte es mit seinem Freund Gert Hinnerk Behlmer auf dem Motorrad an die Nordseeküste zu fahren und ein Krabbenbrötchen zu essen.

1993 wurde Detlev Albers zum ersten Mal in den Landesvorstand der Bremer SPD gewählt und im Oktober 1995 wurde er zum Landesvorsitzenden gewählt. Er blieb dies bis zum Jahr 2004. Er erreichte damit eine Kontinuität, die es vor seiner Amtsübernahme lange Zeit nicht mehr gab.[36] Gleichzeitig war Henning Scherf am 4 Juli 1995 zum Präsidenten des Senats gewählt. Er wurde damit der Präsident einer Großen Koalition. Dabei war dies nicht die Wunschkonstellation von Scherf gewesen. Scherf hatte wie Albers für Rot-Grün geworben. Doch die Basis der Partei hatte nach einer derben Wahlniederlage am 14. Mai 1995 in einer Mitgliederbefragung etwas verwirrend abgestimmt. Es gab eine knappe Mehrheit für die Große Koalition und gleichzeitig wollten sie Henning Scherf.

Für Detlev Albers war die Große Koalition noch viel weniger das Bündnis, was er sich gewünscht hatte. Einerseits musste er sich - loyal wie er war – für die Große Koalition einsetzen und andererseits überließ er Henning Scherf die Gestaltung und erst recht die Kommunikation.[37] Der Landesvorsitzende Albers versuchte sich über Bremen hinaus im Frankfurter Kreis und in der Grundwertekommission programmatisch zu profilieren. Bundesweit gelang ihm dies ganz gut. Aber in Bremen waren ziemlich viele Mitglieder der Meinung, dass Detlev nicht hart genug gegenüber der Großen Koalition auftrat und er Scherf nicht entschieden genug widersprach.

Zwei Mal hatte er bei den Wahlen zum Landesvorsitzenden Gegenkandidaturen. Mit dem heutigen Europaabgeordneten und spw-Mitherausgeber Joachim Schuster trat sogar ein profilierter Kandidat aus dem linken Lager gegen ihn an. Die andere Gegenkandidatur war eher ein Mix aus verschiedensten diffusen Strömungen. Wie so häufig spielten hier und da auch persönliche Befindlichkeiten eine Rolle.[38] Beide Male konnte Detlev die Mehrheit der Delegierten deutlicher als erwartet von sich überzeugen. Seine rhetorischen Fähigkeiten trugen mit Sicherheit dazu bei.

Nach fast zehn Jahren als Landesvorsitzender in Bremen widmete er sich mit Blick auf dem Hamburger Parteitag wieder stärker der Programmarbeit. Er hat das Hamburger Programm nicht nur mitgeschrieben, sondern seine Handschrift ist prägend. Als ehemaliger Hamburger hat er sich auf diesem Parteitag programmatisch gegen Olaf Scholz als es z. B. um die Passagen zum Demokratischen Sozialismus ging, mit der Unterstützung des Parteivorsitzenden Kurt Beck durchgesetzt. Allerdings wurde er auf dem Parteitag 2007 nicht wieder in den Bundesvorstand gewählt. Dies hat ihn sehr geschmerzt.

Detlev Albers starb am 31.5.2008 mit 64 Lebensjahren an den Folgen eines Schlaganfalls. Die Trauerfeier fand am 13.6.2008 statt. Die Trauerredner waren der damalige Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen, Heidemarie Wieczorek-Zeul und sein bester Freund Gert Hinnerk Behlmer, der in seiner Trauerrede Detlevs Verhältnis zur SPD treffend ausdrückte mit den Worten: „Er hat der SPD mehr gegeben als die SPD ihm.“ ■

36 150 Jahre Sozialdemokratie Bremen und Bremerhaven; Hrsg: Brückner, Meyer – Braun, Oldigs.

37 Ebenda.

38 Auskunft von Carsten Sieling gegenüber Verf.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Einer wie Bernie Sanders

Ein linkes Buch über das „Anpacken“ und Verändern

von Ernst Dieter Rossmann[1]

Buchtitel:
Bernie Sanders
Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein
2023 J.G. Cott´asche Buchhandlung
Nachfolger GmbH

Um es gleich vorweg zu sagen: Es ist ein wirklich gelungenes linkes Sach- und Kampfbuch, was Bernie Sanders und sein Co – Autor John Nichols in diesem Jahr geschrieben haben. Getragen von ihrer politischen Mission einer freien und gerechten Gesellschaft wollen sie unter dem Titel „Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein“ erklären, analysieren, aufrütteln, Hoffnung geben und mit Zuversicht zum Widerstand und zum Streiten für ein besseres Amerika und eine bessere Welt aufrufen.

Ein Politiker, der beim Lesen Mut macht

Das tun sie in einer klaren, anschaulichen, ebenso empathischen wie programmatischen Sprache und Diktion, in zehn Kapiteln übersichtlich aufgebaut, mit zahlreichen zugespitzten und damit zugleich motivierenden Überschriften, die die Lektüre der 430 Seiten nie langweilig werden lassen. Ganz im Gegenteil: Das volkspädagogische und basisdemokratische Mantra - „für die Menschen und mit den Menschen“ - des Vollblutpolitikers Bernie Sanders hat in dem Buch die Feder geführt. Es soll aus der elitären Blase des politischen Establishments zu den Amerikaner*innen durchdringen, die Kampfgefährt*innen nach vorne treiben und die junge Generation begeistern - aber nicht nur sie. Sanders will mit diesem Buch Funken schlagen und Kraft geben für den langen Weg, auf dem der brutale Kapitalismus in Amerika überwunden werden kann - und nicht nur dort.

Das Cover–Bild, wie es die J.G. Cotta´sche Buchhandlung dem Text vorangestellt hat, zeigt ganz in dieser Anlage des Buches einen Bernie Sanders ohne Jackett, beim Aufkrempeln seiner Ärmel, mit klarem Blick und zusammengepressten Lippen, die Wut und Entschlossenheit signalisieren sollen, noch lange nicht „ins letzte Gefecht“ zu ziehen. Und die zugleich Humor, Gewitztheit und Menschenfreundlichkeit durchscheinen lassen – trotz eines Herzinfarktes, den der 82-Jährige in seiner letzten großen Wahlkampagne abwettern musste und trotz seines langen politischen Lebens, das er in höchsten Ämtern geführt hat. Viele wie Bernie Sanders hat es nicht gegeben und gibt es nicht unter den linken demokratischen Führungspersönlichkeiten auf dieser Welt, wenn es um einen selbstbewusst gelebten biographischen Hintergrund, eine überzeugende Entwicklung hin zu Authentizität und eine immer wieder neu aufgeladene Wirksamkeit auf der „Höhe der Zeit“ geht, um eine einprägsame Formel des großen Willy Brandt zu zitieren.

Der lange Weg ins Zentrum der amerikanischen Politik

Nach manchen Anläufen in den 1970er Jahren, die seine Ambitionen für den Senat mit nicht einmal 5 Prozent an Zustimmung zerschellen ließen, erreichte Bernie Sanders 1981 das Amt des Bürgermeisters von Burlington, der mit damals 38.000 Menschen größten Stadt im kleinen US–Bundesstaat Vermont, die er dann beharrlich und bürgernah über die nächsten zehn Jahre hin zu einer kleinen amerikanischen Musterstadt entwickeln konnte.

Was das italienische Bologna oder das österreichische Wien lange Zeit für die Linke in Europa sein sollte und noch immer ist, wurde Burlington – ein Beispiel für einen amerikanischen „Sozialismus in einer Stadt“, um Bernie Sanders selbst zu zitieren. Ein großes Wort gewiss für eine sehr konkrete lebensnahe Praxis – aber so ist Bernie Sanders nun einmal – in aller

1 Dr. Ernst Dieter Rossmann war 34 Jahre lang Abgeordneter für die SPD, erst im Landtag von Schleswig–Holstein und seit 1988 im Bundestag; von 2006 bis 2014 Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD–Bundestagsfraktion; seit 2009 Mitglied der SPD-Grundwertekommission.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bescheidenheit und Volksnähe zugleich sehr ambitioniert und in manchem auch schillernd.

So konnte er für seinen Aufstieg in das Repräsentantenhaus als parteiloser Abgeordneter 1990 erst mit der Unterstützung der „National Rifle Assoziation of America“ in Vermont eine Mehrheit erreichen. Er hat diese seitdem mit wachsender Zustimmung bis hin zu Mehrheiten - über 65 Prozent in sieben Wahlen - erst für das Repräsentantenhaus und dann für den Kongress verteidigen können, wobei er sich wechselnd als Unabhängiger und auch als Mitglied der Demokratischen Partei registrieren ließ.

Politisch begründeter Eigensinn und strategisch angelegte Unabhängigkeit in einer gleichwohl unverbrüchlichen Grundloyalität zur Demokratischen Partei bewies Sanders dann auch in seinen zwei Kandidaturen für deren Nominierung als Präsidentschaftskandidat. Auch wenn diese am Ende zwar Aufsehen erregend, aber nicht erfolgreich waren, sind sie in Vielem politische Lehrstücke - von dem Profil der Inhalte her, den Mitteln und Methoden der Kampagne und den Konsequenzen und Wirkungen für die Zukunft. „Den Wahlkampf beenden, die Bewegung weitertragen“ bringt den unerschütterlichen demokratischen Optimismus dieses linken Urgesteins bei allen schmerzlichen Niederlagen programmatisch und strategisch auf den Punkt. Davon wird in dem Buch intensiv berichtet, ohne langatmig oder gar lamoyant zu werden. Ganz im Gegenteil!

Zwei Werke – eine Mission

So wie Bernie Sanders nach seiner erfolglosen Kandidatur gegen Hillary Clinton 2016 mit diesem Impetus ein langes Buch unter dem aufrührenden Titel „Unsere Revolution – Wir brauchen eine gerechte Gesellschaft“ geschrieben hat, hat er dies dann 2023 mit einem Folgewerk fortgesetzt, dessen Titel „Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein“ im Urteil mancher Beobachter*innen, so Christine Dankbar in der Frankfurter Rundschau vom 15.10.2023 „fast schon versöhnlich“ klingt. Aber tatsächlich ist dieses zweite Buch in seiner Kritik am Hyperkapitalismus und der Milliardärs– Oligarchie in den USA und darüber hinaus viel härter und weitreichender, in seiner Auseinandersetzung mit konservativen und eigennützigen Beharrungskräften in der Demokratischen Partei viel zugespitzter und in seiner Sorge um die amerikanische Demokratie viel drangvoller, als es noch in seinem ersten Werk der Fall war.

Das muss nicht wunder nehmen nach den Erfahrungen, die er persönlich in seinem zweiten und sicherlich letztem Anlauf auf die Präsidentschaftskandidatur machen musste, nach vier Jahren Trump, dem er als dem „gefährlichsten Präsidenten in der Geschichte Amerikas“ eine „klare Verachtung für Demokratie und Rechtsstaat“ nachweist, und nach den dramatischen Verwerfungen, die er in für ihn zutiefst unmoralischen Spaltungen zwischen „superreich“ und „bitterarm“ in der amerikanischen Gesellschaft, und den tiefgreifenden Verwerfungen in der Arbeitswelt, im Gesundheitssystem, in der Bildung und bei den Medien in seinem Amerika diagnostiziert. Deshalb beginnt sein Buch mit einem persönlichen Bekenntnis: „ Je älter man wird, heißt es immer, desto konservativer wird man. Bei mir ist es umgekehrt: Je älter ich werde, desto wütender werde ich auf das hyperkapitalistische System, in dem wir leben, und desto mehr sehne ich mich nach tiefgreifenden Veränderungen in diesem Land“ (S.9). Dies ist dann auf jeder Seite seines Buches nachzulesen.

Mit dieser persönlichen Wut solidarisiert er sich mit der Wut und ja, dem Hass, den er bei den Armen und Kranken in den USA spürt, bei der von ihm immer wieder in den Blick gerückten „Arbeiterklasse“, in der er die große Mehrheit der direkt Wert schaffenden Menschen in den USA zusammenfasst, und bei den jungen Menschen, die seine größten Unterstützer sind. Nur bleibt Sanders bei dieser Wut und diesem Hass gar auf Einzelne nicht stehen, sondern will diese Wut und diesen Hass konstruktiv wenden. „Es geht nicht darum, Oligarchen zu verteufeln oder sie zu beneiden. Menschen wie Musk, Bezos, Zuckerberg, Gates, Buffett, die Waltons, die Kochs und ihresgleichen sind gewöhnlich intelligente Menschen. Sie arbeiten tendenziell hart und gehen Risiken ein. Und oft

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sind sie innovativ… Der Kampf gegen die amerikanische Oligarchie – und die plutokratischen Arrangements, die dieser Vorschub leisten – hat mit einzelnen Personen nichts zu tun. Bei der Ungleichheit geht es nicht um Individuen. Es geht um eine systembedingte Krise“ (S.157).

Diese macht er in einem eigenen zentralen Kapitel (S. 145 ff.) fest an dem Diktum „Milliardär*innen sollte es nicht geben“. Immer wieder an verschiedenen Stellen seines Buches verweist er darauf, dass in den USA 0,1 Prozent der Menschen über rund 90 Prozent des Wohlstands verfügen und dass die drei Familien Walton, Mars und Koch allein über ein Vermögen von 348, 7 Milliarden US-Dollar besitzen, unglaubliche 4 millionenmal so viel wie eine durchschnittliche US–Familie. Und dass die persönlichen drei Supermilliardäre – Bezos, Gates und Buffett – schon vor der Pandemie so viel Vermögen kontrollierten wie die gesamte untere Hälfte der US–Bevölkerung und nach der Pandemie noch um vieles mehr. Schließlich: Drei Firmen – Blackrock, Vanguard und die State Corporation – kontrollieren inzwischen Vermögenswerte von über 20 Millionen US-Dollar, was dem Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten von Amerika entspricht (S.153). Und deren BIP ist ja bekanntlich das größte der Welt. (vgl. https://de.statista.com)

Seine Antworten auf diesen kapitalgestützten oligarchischen Hyperkapitalismus – Helmut Schmidt hätte hier von „Raubtierkapitalismus“ gesprochen und Franz Müntefering von „Heuschrecken“ - lauten, dass die Menschen in den USA und in vergleichbaren Ländern das „System umkrempeln“ müssen, einen „neuen ethischen Maßstab“ brauchen und die Reichen so massiv besteuern müssen, dass es keine Milliardär*innen mehr gibt. So weit wären allerdings weder ein Helmut Schmidt noch ein Franz Müntefering gegangen. Aber immerhin haben sie genauso wie Bernie Sanders diese schreiende Ungerechtigkeit angesprochen, auf einen Begriff gebracht und damit eine politische Debatte auslösen wollen. Ihrer Wortmächtigkeit und ihrer Gravitas gelang es damals jedenfalls, hierzu eine Medienbarriere und einen Schutzschirm von Schweigsamkeit zu durchbrechen, der für die Dominanz des großen Geldes nun einmal existentiell ist. Der heutigen Sozialdemokratie würde eine solche Agenda sicherlich gut tun. Für Bernie Sanders und seine Mitstreiter*innen auf dem linken Flügel der Demokratischen Partei ist dies ihre Mission.

Which side are you on? - Die Hoffnung liegt in der Arbeiterklasse

Was für einen deutschen Sozialdemokraten in Parlamenten oder Regierungen auch eher ungewöhnlich wäre, ist die unverfälschte, selbstbewusste und hoffnungsvolle Fokussierung und Orientierung auf die „Arbeiterklasse“, die Bernie Sanders seinem Kampf für ein freies und gerechtes Leben, seiner Programmatik, seiner Strategie und auch seiner politischen Praxis zu Grunde legt. Dass ihm zugleich in dem gesamten Text bisweilen der weiter gespannte Begriff der „Arbeitnehmer“, wie er für den Sprachgebrauch in der deutschen und europäischen Sozialdemokratie vorherrschend ist, unterkommt, kann auch der Übersetzung geschuldet sein. Besondere politökonomische oder sozialwissenschaftliche Differenzierungen dieser „Arbeiterklasse“ in einer neo–marxistischen Logik oder analytischen Gesellschaftssoziologie lassen sich bei ihm jedenfalls nicht finden. Sein Klassenbegriff ist politisch und kampagnenfähig aufgeladen und soll in seiner gegenwärtigen Breite wie historischen Tiefe identitätsstiftend sein, und das über den enger werdenden Rahmen der klassischen industriellen Arbeiterschaft und ihres Klassenbewusstseins hinaus. Also definiert er: „Unser Wahlkampf wurde von der Arbeiterklasse am Laufen gehalten – von Lehrkräften, Postangestellten, Amazon–Lagerarbeiter*innen, Pflegekräften, Kleinunternehmer*innen, Landwirt*innen und Veteran*innen“ (S.30),

Bernie Sanders Bekenntnis: „Was die Rechte der Arbeitnehmer*innen angeht, bin ich nie neutral gewesen. Im großen Ringen der Arbeiterklasse mit der Unternehmerklasse stehe ich auf der Seite der Arbeiter*innen“ (S.227). Sein Credo: „Echte Veränderung kommt nie von oben. Gewählte Mandatsträger*innen sollten sich mit den Arbeiterfamilien solidarisieren und alles in ihrer Macht Stehende tun, um deren Autonomie zu stärken. Sie sollten sie nicht

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

´anführen`" (S.226). Seine Praxis: „Ich habe es immer als Teil meiner Aufgabe verstanden, sei es als Bürgermeister, Mitglied des Repräsentantenhauses, Senator oder Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, den Arbeitnehmer*innen den Rücken zu stärken, wenn sie für wirtschaftliche Gerechtigkeit kämpfen. Ich durchbreche keine Streikpostenketten. Ich stelle mich dazu" (S.227). Das sollte gewiss auch für deutsche Sozialdemokraten wieder selbstverständlich werden, wenn sie denn nicht nur Parlamentspartei und kompetentes Management der Macht sein wollen, sondern wieder Bewegungspartei wie Aktivistennetzwerk und dazu Vorbild und Wegweiser für den notwendigen Wandel. Lasst uns als SPD dabei auch stolz von den Arbeiter*innen, ihrer Klasse und ihrer Solidarität sprechen, ihnen zuhören, sie anerkennen und an ihrer und ihrer Familien Seite stehen. Und das weder aus Nostalgie noch Barmherzigkeit, sondern in wechselseitiger Anerkennung und im Respekt vor ihrer Arbeit und ihrem Leben.

Obwohl politisch mächtig und mit allen Wassern gewaschen in seinen über 40 Jahren in hohen Ämtern, u.a. als Vorsitzender des Kriegsveteranenausschusses im Senat wie aktuell als Vorsitzender von dessen Haushaltsausschuss, durchziehen Beispiele solcher mit den betroffenen Menschen seiner „Arbeiterklasse" unmittelbar geteilten Solidarität das Buch. Spürbar wird bei der Lektüre, dass Sanders damit nicht nur den Menschen selbst Name, Stimme und Selbstbewusstsein gibt, wo andere nur mehr verschwurbelt und funktional–distanziert von ihren Wähler*innen und „den Menschen draußen im Lande" sprechen. Bernie Sanders zieht auch die eigene Kraft und den eigenen Antrieb und seine Orientierung für seine Programmatik aus dem Erleben und Zuhören und Sprechen und Streiten mit diesen Menschen – landauf und landab, bis in die Dörfer und kleinen Städte in den Tiefen des großen Landes, in von den Menschen selbstorganisierten Foren und großen Versammlungen. Er lebt diese Basis und hält sich fern von Spendendinnern und Gala–Festen der oberen 10.000. Private Großspenden werden nicht angenommen. Auf den Beifall von der falschen Seite verzichtet er. Das gibt ihm Freiheit und Kraft. Er bleibt zu Kompromissen fähig, aber er ist nicht korrumpierbar. Das schafft Glaubwürdigkeit, an der die Linken in aller Welt immer wieder arbeiten müssen. Oder sie werden zur Marginalie.

Es liest sich gut, wie Bernie Sanders davon berichten kann, wie sich die Menschen öffnen und politisches Zutrauen entwickeln, wenn sie dort abgeholt werden, wo sie wohnen, und in ihrer eigenen Sprache ernst genommen werden. Dazu gehören dann auch Pathos, Emotionalität, Empathie, um Stolz auf die eigene Leistung und das Einfordern der eigenen Menschenrechte. Und es tut auch gut, dass dieses von Sanders offensichtlich nicht nur zu Wahlkampfzeiten geschieht, sondern dauernde Aufgabe und Selbstverpflichtung ist. Millionen von Menschen dankten es ihm, in ihrer Aufmerksamkeit und Begeisterung in traditionellen Versammlungen, mit Basisarbeit und Netzwerkorganisationen, mit fast 30 Millionen Followern in den sozialen Medien und einer Wahlkampf. und Kampagnenfinanzierung durch Millionen von Klein – Spender*innen.

Bernie Sanders war und ist eben nicht elitär, auch wenn er bedeutend und mächtig ist. Auch deshalb ist er mit Recht Vorbild für junge Linke in den USA und in aller Welt. Und selbst wenn er von sich ganz persönlich und seinem Handeln und Auftreten schreibt, wird immer wieder deutlich: „Not me, us" ist seine Maxime und Parole. Das gibt seiner linken Programmatik und Praxis Stärke und der linken Bewegung Dynamik. Mit einem Blick auf Linke in Deutschland verwundert es dagegen, wie gerade jüngere führende Köpfe auch der Sozialdemokratie aus der Generation der Singularitäten im Bundestag, auf Parteitagen oder in den Medien im Ich–Jargon sprachen, selbst wenn sie für eine ganze Partei oder Fraktion die Stimme erheben und deren Anliegen vertreten dürfen. Da wird das „Me" schnell wichtiger als das „Us" und der Kampf um Distinktion bedeutsamer als das Leben von Solidarität.

Immer wieder: Einen Wahlkampf beenden und dann die Bewegung weitertragen

Auch das Buch nach seiner letzten großen Kampagne zur Präsidentschaftskandidatur

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2020 muss Bernie Sanders mit der Einsicht in eine Niederlage beginnen. Aber es ist charakteristisch für den alt gewordenen demokratischen Sozialisten, dass er einmal mehr den Blick danach in die Zukunft wendet – in eine Kampfansage an Trump, in eine Unterstützung für den obsiegenden Joe Biden, dem er unter der Überschrift „Was ich an Joe Biden mochte" ein kleines Extra–Kapitel widmet und in dem Aufbau einer progressiven Agenda für den Biden–Wahlkampf und dessen erste Regierungszeit. Die Unterstützung nachrückender junger Kräfte in den Reihen der Demokraten in beiden Kammern gehört für ihn selbstverständlich auch dazu.

Bernie Sanders selbst nimmt als Vorsitzender des mächtigen Haushaltsausschusses in diesen ersten Monaten nach der Niederlage von Trump und im Kampf für ein besseres ökonomisches und ökologisches Wiederaufbauprogramm der USA eine Schlüsselrolle ein. Die Auseinandersetzungen in den Kammern wie in der demokratischen Partei selbst um den „American Rescue Plan" (ARP), vorgesehen gegen den herrschenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Notstand, und den sogenannten „Build Back Better Act", ausgerichtet auf langfristige strukturelle Probleme, lesen sich wie ein spannender politischer Thriller. Nur dass es dabei um Millionen von Menschen gegangen ist und deren Stundenlöhne, Sozialleistungen, Impfschutz und Gesundheitszustand sowie um massive Investitionen in die saubere Energie, verlässliche Infrastruktur und eine nachhaltige Wirtschaft.

Bei allen Erfolgen, die er durchfechten konnte und die in übrigen Teilen der Welt als gigantischer Durchbruch wahrgenommen werden wie z.B. der ARP mit einem Volumen von 1,9 Billion US–Dollar, reicht das Ergebnis Bernie Sanders nicht. „Wir hätten Millionen, die den Glauben verloren hatten, Hoffnung geben und ihnen anschließend zeigen können, dass ihre Regierung durchaus in der Lage ist, anstatt für die Vermögenden und Mächtigen für sie (Hervorhebung im Original) zu arbeiten" (S.143).

Wo andere darauf ins Hadern kämen und destruktive Energie gegen die eigene Regierung und das eigene Lager entwickeln würden, weist Bernie Sanders den Weg nach vorne. Radikal, bestimmt, programmatisch. „Ich sage den Leuten nicht, sie sollen sich mit dem zufrieden geben, was sie bekommen oder sich damit abfinden, dass sie manches nie bekommen. Ich fordere sie auf, mehr zu verlangen. Und deshalb ist es […] an der Zeit darüber zu reden, was wir verlangen müssen" (S.143). Auch deshalb hat er sieben Jahre später dieses zweite Buch geschrieben.

Fünf Kapitel für den notwendigen neuen Aufbruch

In seinem Buch von 2023 fasst er Analyse, Kritik und Forderungen hierzu in fünf zentralen Kapiteln zusammen, die sich auseinandersetzen

1) mit der konsequenten und massiven Begrenzung der unfassbar großen Privatvermögen und Kapitelmacht von wenigen Oligarchen und Finanztrusts,

2) mit der Beendigung der Gier im Gesundheitssystem und der Anerkennung, dass Gesundheitsfürsorge ein Menschenrecht und kein Privileg ist,

3) mit dem überfälligen Ausbau der Arbeitnehmerrechte und dem Wiederaufbau einer starken Gewerkschaftsbewegung,

4) mit dem Menschenrecht auf Bildung und einer Bildungsreform, bei der Lernende und Lehrende an erster Stelle stehen und

5) mit politischen Reformen für Alternativen zu einem kommerziellen Mediensystem, damit der öffentliche Diskurs in Amerika nicht länger banalisiert und geschwächt wird.

Sanders reduziert damit die zentralen Handlungsfelder auf fünf, während er in seinem Buch von 2016 noch zehn davon ausgemacht hatte für „Eine Agenda für ein neues Amerika", wie es damals hieß. „Der Niedergang der amerikanischen Mittelschicht", „Kampf dem Klimawandel", „Eine echte Strafrechtsreform",

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Einwanderungsreform jetzt", „Die Schwächsten schützen" sind die damaligen Überschriften für Leitziele, die von ihm jetzt nicht mehr explizit und ausführlich behandelt werden. Das mag auch damit zu tun haben, dass die von ihm zum Subjekt jeder durchgreifenden Veränderung gemachte Arbeiterklasse diese Anliegen nicht an erster Stelle ihrer Erwartung von Gerechtigkeit und Wohlfahrt sieht und hierfür zum Kämpfen zu motivieren ist. An deren Seite erkennbar zu stehen ist aber sein Werte getragenes und macht-strategisches Ziel.

Die sieben Jahre später neu justierten und konzentrierten Schwerpunkte in fünf umfangreichen, äußerst sachkundig, politisch engagiert, mit eingängiger Sprache geschriebenen Kapitel heben sich dabei wohltuend von einschlägigen Kapiteln in Wahlprogrammen ab. Sie zeichnen für den Nicht–Amerikaner das Bild eines Landes von trauriger Wirklichkeit eines ungebremst brutalen Hyperkapitalismus und einer degenerierenden traditionsreichen Demokratie einerseits und eines Landes großer Möglichkeiten für ein freies und gerechtes Leben für alle Menschen andererseits. Sanders mag ein freier Geist und Weltbürger sein, aber er ist auch ein stolzer Amerikaner – trotz alledem und in der Tradition einer von ihm hochgehaltenen linken Geschichte in seinem vielgesichtigen großen Land.

Immer wieder lenkt Bernie Sanders den Blick dabei auf große Persönlichkeiten und Sozialreformer der Demokratischen Partei, von dem von ihm hoch verehrten Franklin D. Roosevelt und seinem historischen „New Deal" bis zu Lyndon B. Johnson und seiner „Great Society". Die Anlehnung der Clintons an die Bedürfnisse und Wegweisungen der Wall Street sind für ihn dagegen ein schmerzlicher Irrweg.

Auch Menschen wie Eugene Victor Debs, Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft sowie in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erfolgreicher Organisator der „Socialist Party of America" und fünffacher Präsidentschaftskandidat, führt er in seinem Buch als Vorbild und „Held" seit jungen Erwachsenenjahren in die Debatte ein, genauso wie Martin Luther King, den legendären Bürgerrechtler. Bei allem Blick auf Amerika geht sein Horizont über Amerika hinaus, wenn er Referenzen für seine programmatischen Forderungen sucht – in Finnland für das Bildungssystem, in Norwegen für die Medienpolitik, in Deutschland für die Rechte der Gewerkschaften.

Manches in seinem Zukunftsprogramm wirkt dabei für die Sozialdemokratie sicherlich sehr vertraut. Anderes setzt Anstöße für eine Diskussion, die auch dringend in Europa zu führen ist, wenn es nicht eine schleichende Assimilation an amerikanische Verhältnisse geben soll. Ich nenne hierzu

1) für den Steuerbereich beispielhaft seine Vorschläge zu einer neuartigen progressiven Erbschaftssteuer,

2) für die Gesundheitspolitik seine Auseinandersetzung mit der wachsenden Zahl an „Verzweiflungskrankheiten" und die Konsequenzen für Prävention und Pflege,

3) für die Arbeitswelt das Instrument einer staatlichen Jobgarantie und die Einführung einer Robotersteuer,

4) für die Bildungsreform die Förderung von Community–Schulen und

5) gegen die „Medienwüste" einen „New Deal für den Journalismus" und eine öffentliche Subventionierung von qualifizierten Lokalmedien.

Wie unschwer zu erkennen ist, erarbeitet Bernie Sanders dabei eine innenpolitische, vorrangig auf die amerikanische Gesellschaft gerichtete Agenda. Nicht dass ihm globale Probleme und Herausforderungen nicht bewusst wären, von den immensen Militärausgaben der USA und dem militärisch–industriellen Komplex bis zu der extremen Klimabelastung durch den amerikanischen Energieverbrauch und den ungeklärten Fragen einer weltumspannenden Handels- und Geopolitik. Er spricht diese Fragen an, die Freunde wie Partner der USA in aller Welt zweifellos bewegen. Aber er stellt sie in diesem Buch nicht in den Mittelpunkt. Das Trumpsche „America first" kommt dem

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

unabhängigen Demokraten dabei nicht über die Lippen. Ihm geht es um „echte Politik", die die Herausforderungen des Hyperkapitalismus und seine Wirkungen in allen gesellschaftlichen Bereichen mit sich bringen und deren positive Wirkungen dann am Ende auch über die USA hinausreichen.

Sanders' Schlussappell: Wir sind im Klassenkampf. Schlagen wir zurück.

„Wir müssen dem Kapitalismus endlich die Stirn bieten und grundlegenden Wandel in einem korrupten und manipulierten System einfordern." Mit diesen martialischen Worten leitet Sanders sein Schlusskapitel ein, in dem er über „echte Politik" mit seinen Leser*innen sprechen will. „Echte Politik ist für ihn kluge Politik" (S.388). Ganz dialogisch gibt er auf neun Kernfragen, die in seiner Analyse von Mainstream–Politiker*innen und kommerziellen Medien vorsätzlich und gezielt gemieden werden, neunzehn konzentrierte Antworten, die in eine Agenda für die „normalen Amerikan*innen", so Sanders, einfließen sollten. Seine Stichworte sind: „Das große Geld aus der Politik verbannen", „Das Wahlrecht verteidigen", „Die Verfassung ans 21. Jahrhundert anpassen", „Das Electoral College abschaffen", „Den US–Senat reformieren", „Die Funktionsweise des Obersten Gerichtshofes überdenken", „Die amerikanische Medienlandschaft neu beleben", „Jede Form von Vorurteilen überwinden", „Arbeiterrechte wie Menschenrechte behandeln", „Das `zweite Maschinenzeitalter' gestalten", „Gesundheitsfürsorge als ein Menschenrecht begreifen", „Ein neues Geschäftsmodell für die Pharmaindustrie", „Unsere Kinder schützen" , „Ältere Menschen mit Behinderung schützen", „Social–Security–Leistungen müssen verbessert werden", „Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen", „Monopole aufbrechen", „Milliardär*innen dazu zwingen, ihre Steuern zu zahlen" und „Wir müssen den Planeten schützen". So lauten die kompakten Botschaften in seinem Schlusskapitel.

Mit Verlaub – das können bis auf den Teil, der sich speziell der Revitalisierung der demokratischen Polity-Strukturen in den USA und dem Kampf gegen den Einfluss des großen Geldes der Hyperkapitalisten auf die Finanzierung von Parteien und Kampagnen zuwendet, auch Überschriften für ein nächstes Wahlprogramm der Sozialdemokratie in Deutschland sein. Deshalb war es von den Inhalten her bedauerlich, dass die Deutschland-Vorstellung seines Buches durch Bernie Sanders in der Bundeshauptstadt Berlin bei der Rosa–Luxemburg–Stiftung im Haus der Kulturen der Welt und nicht bei der Friedrich–Ebert–Stiftung in der Hiroshima Straße stattgefunden hat. Dabei kann der linke Demokrat aus Vermont der Sozialdemokratie in Deutschland und in Europa insgesamt doch klare Erkenntnisse und praxisnahe Gegenmittel für deren Kampf gegen Rechtspopulismus wie Rechtsextremismus und die AfD als deutschem Verschnitt des disruptiven Anti–Demokraten Trump auf den Weg mitgeben.

Was Bernie Sanders umtreibt und die Sozialdemokratie auch in unserem Land umtreiben muss, sind die Resignation bis hin zur Verachtung von prekär lebenden Menschen gegenüber der Demokratie und der Teilhabe an Wahlen und Parteien insgesamt wie auch die drohende Entfremdung, die von der Arbeiterklasse – und im deutschen Sprachgebrauch würden wir hier von der „Arbeitnehmerschaft" sprechen - gegenüber der Sozialdemokratie als ihrer klassischen politischen Vertretung und erst recht von Teilen der Sozialdemokratie zu deren Leben und politischen Denken und Wollen droht. In typischer Anschaulichkeit berichtet Sanders von einem Kandidaten der Demokraten aus West Virginia: „Wenn ich den Leuten an der Tür erzähle, wofür ich mich einsetzen werde, finden sie das gut. Aber wenn sie mich fragen: „Von welcher Partei sind Sie?" und ich antworte. „Ich bin Demokrat" dann sagen sie: „Dann vergessen Sie es."" Was hier pointiert aus einem Arbeiterbezirk berichtet wird, kann Sanders leider auch aus vielen industriell bis ländlich geprägten Einzelstaaten des Landes insgesamt berichten. Seine Analyse: Trump und dessen Republikaner beherrschen die Kunst, den Frust der Arbeiterklasse für sich zu nutzen, indem sie der arbeitenden Bevölkerung „Erklärungen" für ihre Existenzangst liefern, die auf Lügen basieren, das Bedürfnis nach „Sündenböcken" bedienen und permanent einen Fundus an Animositäten aufbauen, die sie ausnutzen können.

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Für eine erneuerte Demokratische Partei – links und frei

Dem setzt Bernie Sanders die drängende Aufforderung entgegen, dass die Demokraten da sein müssen, wenn die Arbeiterklasse sie braucht. „Die Demokratische Partei muss mehr sein als nur eine üppig finanzierte, von Berater*innen gelenkte, Werbespots produzierende Wahlmaschine. Sie muss eine Bewegung sein, die unerschütterlich an der Seite der Arbeiterfamilien unseres Landes steht“ (S.423), Und seine Schlüsselfrage: „Die zentralen Fragen, die sich die Demokraten stellen müssen, sind einfach: Will die Partei ihre Türen öffnen und Bürger*innen der Arbeiterschicht, People of Colour und junge Wähler*innen willkommen heißen, die neuen Schwung bringen könnten. Ist die Partei bereit, Leuten zuzuhören, die für grundlegende Reformen kämpfen wollen? Ist sie bereit, die Partei zu sein, die mit dem großen Versprechen ökonomischer, sozialer und ethnischer Gerechtigkeit ernst machte? Oder will sie einen überkommenen Status quo erhalten, der für das politische Business as usual keine wirkliche Gefahr darstellt?“ (S.409).

Sanders Vorschläge richten sich an eine Partei in einem tief gespaltenen Land, das in zwei Lager zerfallen ist, keine Koalitionsregierungen kennt und keine ausdifferenzierte Parteienlandschaft im links–ökologischen Lager. Tatsächlich sind die Demokraten in den USA keine sozialdemokratische Partei, wie wir sie in Deutschland kennen. Und dennoch tut diese gut daran, in ihrer Spitze wie in ihrer Breite die immer konstruktive Kritik des linken Senators aus Amerika ernst zu nehmen. Denn wie heißt es doch bei Bertold Brecht:

„Vorwärts und nicht vergessen
Unsere Straße und unser Feld.
Vorwärts und nicht vergessen,
wessen Straße ist die Straße,
wessen Welt ist die Welt?“

Bernie Sanders stellt hierzu die richtigen Fragen und gibt vor allen Dingen viele richtige Antworten – links und frei. ■

Verlagsmitteilung

45 Jahre erscheint nun die spw. Ende 1978 kam das Heft Nummer eins in Berlin heraus. Im Editorial der 1. Ausgabe schrieb Klaus-Peter Wolf (damals stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten) „Die Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ wird von linken Sozialdemokraten herausgegeben. Nützlich sein soll sie für Sozialdemokraten, die in der Partei und in den Gewerkschaften arbeiten. Nur wenn sie diesen Anspruch und die damit verknüpfte Aufgabe, praktisch umsetzbare politische Handlungsstrategien zu liefern, wird einlösen können, kann sie sich einen Platz im Spektrum der Vielzahl linker Theoriezeitschriften erstreiten“. Diesen Platz hat sich die spw erstritten. Heute zählt sie zu den ältesten bundesrepublikanischen linken Zeitschriften. 10 Jahre nach dem ersten Erscheinen wanderte der Verlag nach Köln und weitere 10 Jahre später nach Dortmund. Dort hat heute noch spw seinen Verlagssitz.

Mit dieser Dezemberausgabe der spw verlässt Sascha Howind uns als Chefredakteur. Er tritt im Januar 2024 einen neuen Job an. Wir danken ihm sehr für seine engagierte Arbeit in den letzten zwei Jahren und wünschen ihm alles erdenklich Gute für die Zukunft.

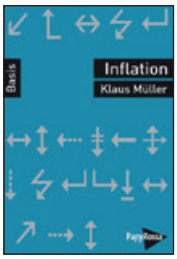
Die Geschäftsführung

Generiert durch den spw Verlag/Redaktion GmbH. Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Leser*in werden – Prämie wählen!

spw

Meinungsstark!
Links!
In der Sozialdemokratie!



Prämienpaket 1

Klaus Müller
Inflation
Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie
PapyRossa Verlag

Christian Oswald
Jenseits des Arbeitszwangs
Thesen zu einer anderen Gesellschaft
Westfälisches Dampfboot

Prämienpaket 2

Jürgen-Michael Reimer
Der absurde Kapitalismus
PapyRossa Verlag

Carmen Ludwig, Hendrik Simon, Alexander Wagner (Hrsg.)
Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität?
Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus
Westfälisches Dampfboot

Neue Abonnent*innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

☐ Ich möchte ein **spw**-Probeabo!
Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.

☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____

Inlands-Abo: 37,- € bei Bankeinzug bzw. 39,- € per Rechnung:
- ☐ Normal-Abo per Post
- ☐ Online-Abo als PDF zum Download

☐ Auslandsabonnement Europa: 49,- €

Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3

Die **spw** geht an:

_____
Name, Vorname

_____
Straße, Nr.

_____
PLZ, Ort

_____
E-Mail (freiwillige Angabe)

_____
Datum, Unterschrift

☐ Ich wünsche Bankeinzug:

_____
Geldinstitut

_____
IBAN BIC

_____
Datum, Unterschrift

☐ Ich bin mit der Verwendung meiner persönlichen Daten und der Speicherung einverstanden. Siehe Datenschutzerklärung auf www.spw.de

☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Abo per Fax: 0231 / 202 00 24 oder unter: www.spw.de